



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1Y6432A

1973

Montag, den 19. November 1973

Nr. 47

	Seite		Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei		Personalmeldungen	
Staatliche Anerkennung von Rettungstaten	2033	Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	2053
Der Hessische Minister des Innern		Im Bereich des Hessischen Kultusministers	2054
Gewährung von Mehrarbeitsentschädigung für Beamte; hier: Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsentschädigung für Beamte vom 26. 10. 1973	2034	Im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt	2055
Sichtvermerksbestimmungen der Republik Vietnam	2034	Regierungspräsidenten	
§ 158 BBG in Verbindung mit dem G 131, § 172 HBG; hier: Einkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst	2024	DARMSTADT	
Änderung der Grenze zwischen der Stadt Frankfurt/Main und der Stadt Oberursel (Taunus), Hochtaunuskreis	2034	Zulassung als Gegenschachverständiger für die Untersuchung von Lebensmittelgegenproben	2055
Wertermittlung von Grundstücken nach den §§ 136 ff. BBauG; hier: Wertermittlungs-Richtlinien	2034	Vorhaben der Firma H. Tempel, Pappfabrik, Lautertal-Elmshausen	2055
Bauaufsichtliche Zustimmung zu Baumaßnahmen des Bundes und des Landes	2035	Vorhaben der Firma Farbwerke Hoechst AG, Werk Offenbach	2055
Der Hessische Minister der Justiz		Auflösung der Betriebskrankenkasse der Firma Granit- und Syenitwerke Karl Kreuzer, Bensheim	2056
Organisation der Ortsgerichte	2036	Verordnung über das Naturschutzgebiet „Enkheimer Ried“, in der Gemarkung Bergen-Enkheim im Landkreis Hanau vom 30. 10. 1973	2056
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik		KASSEL	
Widmung einer Neubaustrecke der Bundesautobahn Bad Homburg — Darmstadt (A 91) in den Gemarkungen Sprendlingen, Dreieichenhain, Langen und Egelsbach im Landkreis Offenbach	2037	Auflösung des Rindviehversicherungsvereins a. G. Frielendorf	2058
Bau und Betrieb einer Gas-Hochdruckleitung in Oberursel	2037	Buchbesprechungen	2058
Der Hessische Sozialminister		Öffentlicher Anzeiger	
Gemeinsamer Runderlaß betr. Richtlinien für die Förderung sozialer Gemeinschaftseinrichtungen (Investitionsförderungsrichtlinien — IFR) vom 1. 6. 1971	2037	Vorhaben der Firma CABOT in Großauheim	2070
Weihnachtsbeihilfen 1973	2037	Änderung der Satzung der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD)	2070
Verzeichnisse der zur Annahme und Beschäftigung von Praktikanten (Praktikantinnen) ermächtigten Krankenanstalten sowie sonstigen Einrichtungen für die Berufe der medizinisch-technischen Assistentin, des Krankengymnasten, des Masseurs, des Masseurs und medizinischen Bademeisters, der Beschäftigungstherapeuten und des Orthoptisten	2039	Genehmigung zur Erweiterung des Linienverkehrs von Knüllwald nach Borken	2070
Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt		Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs innerhalb der Gemeinde Tann/Rhön	2070
Verwaltungsabkommen über die Vogelschutzzone für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland — Institut für angewandte Vogelkunde —	2052	Genehmigung zur Erweiterung des Linienverkehrs von Eichenberg nach Walburg	2071
Gebührenordnung für amtstierärztliche Dienstgeschäfte	2053	Genehmigung der Erweiterung des Linienverkehrs von Eschwege nach dem Sender Hoher Meißner	2071

Seite 2033

1420

Der Hessische Ministerpräsident

Staatliche Anerkennung von Rettungstaten

Mit Urkunde vom 1. Juni 1973 habe ich
 Herrn Dieter Fischbach, Wiesbaden, für die unter Lebensgefahr ausgeführte Rettung von zwei Menschen vor dem Tode am 23. Oktober 1972
 die Hessische Rettungsmedaille
 verliehen.

Mit Urkunden vom 1. Juni 1973 habe ich
 Herrn Werner Walter, Wiesbaden, für die Rettung von zwei Menschen vor dem Tode am 23. Oktober 1972
 Herrn Werner Epkes, Südgeorgsfehn, Gemeinde Uplengen, für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 20. Juli 1972
 Dank und Anerkennung
 ausgesprochen.

Mit Urkunde vom 23. März 1973 habe ich
 Herrn Klaus Schneider, Urloffen, für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 20. Juni 1972
 Dank und Anerkennung
 ausgesprochen.
 Wiesbaden, 1. 11. 1973

Der Hessische Ministerpräsident
 I A 1 — 14 c
 St.Anz. 47/1973 S. 2033

1421

Der Hessische Minister des Innern

Gewährung von Mehrarbeitsentschädigung für Beamte;

hier: Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsentschädigung für Beamte vom 26. Oktober 1973 (BGBl. I S. 1517)

Bezug: Mein Erlaß vom 23. Juni 1972 (StAnz. S. 1234)

Durch die Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsentschädigung für Beamte vom 26. Oktober 1973 (BGBl. I S. 1517) ist die Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsentschädigung für Beamte vom 26. April 1972 (BGBl. I S. 747) wie folgt geändert worden:

1. § 4 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Entschädigung beträgt je Stunde bei Beamten in den Besoldungsgruppen

A 1 bis A 4 7,50 Deutsche Mark

A 5 bis A 8 8,50 Deutsche Mark

A 9 bis A 12 11,25 Deutsche Mark

A 13 bis A 16 15,— Deutsche Mark.“

2. In § 4 Abs. 3 werden

in Nummer 1 die Worte „12,— Deutsche Mark“ durch die Worte „12,75 Deutsche Mark“,

in Nummer 2 die Worte „15,— Deutsche Mark“ durch die Worte „16,— Deutsche Mark“,

in Nummer 3 die Worte „18,— Deutsche Mark“, durch die Worte „19,25 Deutsche Mark“,

in Nummer 4 die Worte „21,— Deutsche Mark“ durch die Worte „22,50 Deutsche Mark“ und

in Nummer 5 die Worte „21,— Deutsche Mark“ durch die Worte „22,50 Deutsche Mark“

ersetzt.

Die Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsentschädigung für Beamte vom 26. Oktober 1973 ist mit Wirkung vom 1. August 1973 in Kraft getreten.

Wiesbaden, 2. 11. 1973

Der Hessische Minister des Innern

I B 24 — P 1564 A — 8

StAnz. 47/1973 S. 2034

1422

Sichtvermerksbestimmungen der Republik Vietnam

Bezug: Mein Erlaß vom 23. 8. 1973 (StAnz. S. 1622)

Wie die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Saigon nunmehr berichtet hat, können sich ausländische Touristen aus nicht-kommunistischen und nicht-pro-kommunistischen Staaten ab sofort bis zu 7 Tagen ohne Einreisevisum in der Republik Vietnam aufhalten.

Der visumfreie Aufenthalt kann bis zu einem Monat verlängert werden, wenn ein Flugschein für die Weiter- oder Rückreise vorgelegt wird.

Wiesbaden, 2. 11. 1973

Der Hessische Minister des Innern

III A 31 — 23 c 02

StAnz. 47/1973 S. 2034

1123

§ 158 BBG in Verbindung mit dem G 131, § 172 HBG;

hier: Einkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst

Nach der Vwv Nr. 11 zu § 158 BBG bleibt ein durch Überstunden oder Sonntagsarbeit erzieltetes Einkommen unberücksichtigt. Dies gilt gem. Vwv Nr. 11 a zu § 158 BBG ebenso für Zulagen und Zuschläge für besondere Arbeiterschwernisse und Gefahren sowie für Belohnungen in besonderen Fällen oder für besondere Leistungen.

Zweifelhaft war, ob die an nebenberufliche Lehrkräfte gewährte Urlaubsvergütung zum anrechnungspflichtigen Einkommen i. S. des § 158 BBG gehört. Nach dem Bundesurlaubsgesetz besteht Anspruch auf den gesetzlichen Mindesturlaub

und damit ggf. auf Abgeltung dieses Urlaubs (§§ 1, 3, 7 Abs. 4 BUrlG), z. B. wenn ein Ruhestandsbeamter mit 10 Wochenstunden als nebenberufliche Lehrkraft im öffentlichen Schuldienst tätig ist.

Die Zweifelsfrage ist von den Versorgungsreferenten des Bundes und der Länder dahingehend entschieden worden, daß die Barabgeltung eines nicht gewährten Urlaubs bei der Ruhensberechnung nach § 158 BBG außer Betracht zu lassen ist. Ich habe mich dieser Auffassung angeschlossen und bitte, sowohl bei Durchführung des G 131 als auch bei Anwendung des § 172 HBG künftig entsprechend zu verfahren.

Für die zurückliegende Zeit hat es sein Bewenden.

Wiesbaden, 1. 11. 1973

Der Hessische Minister des Innern

I B 3 — P 1638 A — 1

StAnz. 47/1973 S. 2034

1424

Änderung der Grenze zwischen der Stadt Frankfurt am Main und der Stadt Oberursel (Taunus), Hochtaunuskreis

Die Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 24. Oktober 1973 beschlossen:

„Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) und § 14 der Hessischen Landkreisordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 131) werden mit Wirkung vom 1. Januar 1974 in die Stadt Oberursel (Taunus) im Hochtaunuskreis aus der Stadt Frankfurt am Main folgende Flurstücke eingegliedert:

Gemarkung Weißkirchen

Flur 15 mit Ausnahme der Flurstücke 1696/1, 213/1700, 154/1730, 218/0.1730, 219/0.3419, 221/3419, 3419/1, 3419/3, 3419/4, 3419/5, 3419/6, 3419/7, 3419/8, 3419/9, 3419/10, 3419/11, 3419/12, 3419/13, 3419/14, 3419/15, 3419/16, 3419/17, 3419/18, 3419/19 und 3419/20.“

Wiesbaden, 6. 11. 1973

Der Hessische Minister des Innern

IV A 11 — 3 k 08 05

StAnz. 47/1973 S. 2034

1425

Wertermittlung von Grundstücken nach den §§ 136 ff. BBauG;

hier: Wertermittlungs-Richtlinien

Bezug: Meine Erlasse vom 2. 7. 1969 (StAnz. S. 1267), 14. 8. 1970 (StAnz. S. 1741) und 14. 2. 1973 (StAnz. S. 442)

Mit Erlaß vom 14. 2. 1973 (StAnz. S. 442) habe ich meine mit Erlaß vom 2. 7. 1969 (StAnz. S. 1267), geändert durch Erlaß vom 14. August 1970 (StAnz. S. 1741), ausgesprochene Empfehlung, die Wertermittlungs-Richtlinien bei Erstattung von Wertgutachten nach dem Siebenten Teil des Bundesbaugesetzes anzuwenden, aufgehoben, weil die Richtlinien nicht mehr der Neufassung der Wertermittlungsverordnung (bekanntgemacht unter dem 15. August 1972 — BGBl. I S. 1416) unter Berücksichtigung der Regelungen des Städtebauförderungsgesetzes entsprachen.

Inzwischen hat der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau die Wertermittlungs-Richtlinien neu gefaßt und der geänderten Rechtslage angepaßt. Im Interesse einer einheitlichen Beurteilung der Grundstücks- und Gebäudewerte empfehle ich daher erneut den Gutachterausschüssen, die Wertermittlungs-Richtlinien in ihrer neuen Fassung vom 27. 7. 1973, die der Hessische Minister der Finanzen mit Erlaß vom 29. 8. 1973 (StAnz. S. 1691) veröffentlicht hat, bei der Wertermittlung nach den Vorschriften des Bundesbaugesetzes und des Städtebauförderungsgesetzes anzuwenden.

Um die Gutachten der behördlichen und gerichtlichen Beurteilung zugänglich zu machen, wird für geboten erachtet, sie in Anlehnung an die den Wertermittlungs-Richtlinien angefügten Vordrucke zu erstatten.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Gutachten auch Grundlage zur Beurteilung der Angemessenheit der Kosten im Zusammenhang mit Förderungen nach dem Städtebauförderungsgesetz sind. Um insoweit einen gleichen Maßstab sicher-

zustellen, kann ich grundsätzlich nur Gutachten nach Maßgabe der Wertermittlungs-Richtlinien zum Nachweis der Angemessenheit anerkennen. Das schließt die Beteiligung anderer Gutachter neben oder, wenn notwendig, auch an Stelle des Gutachterausschusses nicht aus, wenn sie ihre Gutachten nach den Richtlinien erbringen. Etwaige Abweichungen von den Richtlinien sind eingehend zu begründen; sie werden dann anerkannt werden können, wenn besondere Umstände des Einzelfalles sie rechtfertigen.

Wiesbaden, 2. 11. 1973

Der Hessische Minister des Innern
V A 4 — 61 c 08/15 — 9/73
St.Anz. 47/1973 S. 2034

1426

Bauaufsichtliche Zustimmung zu Baumaßnahmen des Bundes und des Landes

Baumaßnahmen des Bundes und des Landes bedürfen nach § 64 der Hessischen Bauordnung (HBO) an Stelle der Baugenehmigung einer Zustimmung, sofern sie unter Leitung von Beamten des höheren bautechnischen Verwaltungsdienstes oder ihnen nach näherer Bestimmung meiner Behörde gleichgestellter Personen mit entsprechender Vorbildung vorbereitet und ausgeführt werden.

Für das Zustimmungsverfahren gilt folgendes:

1. Zuständigkeit

Für die Erteilung der Zustimmung einschließlich der zugehörigen Ausnahmen, Befreiungen und Anordnungen ist nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 und 5 des Bauaufsichtsgesetzes meine Behörde als oberste Bauaufsichtsbehörde zuständig. Diese Zuständigkeit habe ich mit Anordnung vom 10. 10. 1973 (GVBl. I S. 393) in vollem Umfang ab 1. 12. 1973 auf die oberen Bauaufsichtsbehörden übertragen. Obere Bauaufsichtsbehörden sind nach § 3 Abs. 2 Bauaufsichtsgesetz die Regierungspräsidenten, für die Städte Frankfurt am Main und Wiesbaden meine Behörde.

2. Anzeigen

2.1 Die zustimmungspflichtigen Baumaßnahmen sind der oberen Bauaufsichtsbehörde schriftlich anzuzeigen (§ 73 Abs. 1 Satz 1 HBO). In der Anzeige sind die für die Leitung der Entwurfs- und Ausführungsarbeiten verantwortlichen Bediensteten zu benennen (§ 73 Abs. 1 Satz 2 HBO).

2.2 Der Anzeige sind nach § 73 Abs. 4 i. V. m. § 67 Abs. 1 Satz 2 HBO die für die Beurteilung der Maßnahme und zur Bearbeitung der Anzeige erforderlichen Unterlagen (Bauvorlagen) beizufügen. Erforderlich sind die Bauvorlagen des Bauantrags mit Ausnahme der statischen Berechnungen. § 25 Abs. 1 bis 9 und 11 bis 13 der Verordnung zur Durchführung der Hessischen Bauordnung (DVO HBO) findet entsprechende Anwendung (§ 26 Satz 2 DVO HBO). Besonders wird auf § 25 Abs. 9 DVO HBO hingewiesen, wonach der Maßstab der Bauzeichnungen in der Regel nicht kleiner als 1:100 sein darf. Ein kleinerer Maßstab bis 1:200 kann zugestanden werden, wenn er eine einwandfreie Beurteilung der Maßnahme zuläßt und die Darstellungen und Angaben, die in § 25 Abs. 8 DVO HBO angeführt sind, eindeutig enthält.

Die Bauvorlagen sind bei Baumaßnahmen in kreisfreien Städten und in kreisangehörigen Gemeinden, denen die Bauaufsicht übertragen ist (siehe Verordnung vom 27. 4. 1970 — GVBl. I S. 301), zweifach und in den übrigen Fällen dreifach beizufügen.

2.3 Befreiungen von den Vorschriften der Hessischen Bauordnung und der auf ihr beruhenden Verordnungen und Bauvorschriften sind in der Anzeige oder gesondert schriftlich zu beantragen (§ 75 Abs. 2 HBO). Dabei sind nach § 28 DVO HBO die Vorschriften anzugeben, von denen abgewichen wird; in der Begründung des Antrags ist insbesondere auf die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gewährung der Befreiung einzugehen.

Das gleiche gilt, auch wenn dies nicht ausdrücklich gesetzlich gefordert ist, für Befreiungen von Festsetzungen eines Bebauungsplanes nach § 31 Abs. 2 des Bundesbaugesetzes (BBauG).

3. Beteiligung anderer Behörden

3.1 Nach § 73 Abs. 4 i. V. m. § 68 HBO werden wie im Baugenehmigungsverfahren auch im Zustimmungsverfahren die Behörden gehört, deren Zuständigkeitsbereich berührt

wird. Darüber hinaus ist in anderen Rechtsvorschriften, wie in den §§ 14 Abs. 2, 31, 36 und 37 BBauG, § 9 Abs. 2 Bundesfernstraßengesetz, § 24 Hessisches Straßengesetz und §§ 12 und 14 Luftverkehrsgesetz, das Einvernehmen oder die Zustimmung anderer Behörden mit im bauaufsichtlichen Verfahren zu treffenden Entscheidungen gefordert. Ferner sind in weiteren Fällen besondere Verwaltungsakte anderer Behörden Voraussetzung der bauaufsichtlichen Entscheidung, wie nach §§ 19 und 32 Wasserhaushaltsgesetz, §§ 25, 41 und 71 Hessisches Wassergesetz, § 34 Flurbereinigungsgesetz, § 51 BBauG, §§ 9 Abs. 8 und 9 a Abs. 5 Bundesfernstraßengesetz und § 23 Hessisches Straßengesetz.

3.2 Soweit besondere selbständige Entscheidungen anderer Behörden notwendig sind, hat der öffentliche Bauherr diese unabhängig vom Zustimmungsverfahren herbeizuführen. Aber auch die sonstigen Stellungnahmen, Einvernehmenserklärungen und Zustimmungen sollte er, zumal er ohnehin in Vorbereitung seines Bauvorhabens die zu beteiligenden Behörden anzusprechen haben wird, zur Beschleunigung des Verfahrens selbst einholen und der Anzeige beifügen (vgl. § 68 Abs. 1 Satz 3 HBO). Vermag er die Einvernehmenserklärungen und Zustimmungen nicht zu erhalten, so sind die entsprechenden Behörden im bauaufsichtlichen Zustimmungsverfahren zu beteiligen; das gilt auch, wenn die Behörden Einvernehmen oder Zustimmung versagt haben.

3.3 Besondere Bedeutung kommt der Beteiligung der Gemeinde, in deren Bereich das Bauvorhaben ausgeführt werden soll, zu. Allgemein ist der Gemeinde nach § 8 Abs. 2 Bauaufsichtsgesetz rechtzeitig vor Baubeginn Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Zur Wahrung ihrer städtebaulichen Planungshoheit ist gemäß §§ 14 Abs. 2, 31 und 36 Abs. 1 BBauG ihr Einvernehmen mit Ausnahmen von einer Veränderungssperre, mit Ausnahmen und Befreiungen von Festsetzungen eines Bebauungsplanes und mit Entscheidungen über die Zulässigkeit von Vorhaben nach den §§ 33 bis 35 BBauG gefordert. Im Sinne dieser Vorschriften ist für Vorhaben, die der bauaufsichtlichen Zustimmung bedürfen, die Zustimmungsbehörde als Baugenehmigungsbehörde anzusehen.

Das Einvernehmen der Gemeinde kann, sofern es nicht erreicht zu werden vermag, nach § 37 Abs. 1 BBauG durch die Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde ersetzt werden, wenn die besondere öffentliche Zweckbestimmung des Bauvorhabens erforderlich macht, von den Vorschriften des Bundesbaugesetzes oder den auf Grund des Bundesbaugesetzes erlassenen Vorschriften, insbesondere der Baunutzungsverordnung und den Bebauungsplänen, abzuweichen. Handelt es sich dabei um Vorhaben, die der Landesverteidigung, dienstlichen Zwecken des Bundesgrenzschutzes oder dem Zivilschutz dienen, so entfällt das Erfordernis des Einvernehmens und ist nur die Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde erforderlich (§ 37 Abs. 2 Satz 1 BBauG). Die Gemeinde ist jedoch zuvor zu hören. Dabei kann sie dem Vorhaben widersprechen mit der Folge, daß der zuständige Bundesminister im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministern und im Benehmen mit der zuständigen obersten Landesbehörde über die Abweichung zu entscheiden hat. Dieser ist auch zur Entscheidung berufen, wenn die höhere Verwaltungsbehörde ihre Zustimmung nach § 37 Abs. 2 Satz 1 BBauG versagt.

Ohne Einvernehmen der Gemeinde bzw. in den Fällen des § 37 BBauG ohne positive Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde oder des zuständigen Bundesministers kann die bauaufsichtliche Zustimmung nicht erteilt werden. Dies gilt nicht, wenn Vorhaben nach § 37 Abs. 2 BBauG auf Grundstücken verwirklicht werden sollen, für deren Beschaffung ein Verfahren nach § 1 Abs. 2 Landesbeschaffungsgesetz durchgeführt wurde, in dem die Einwendungen der Gemeinde oder der höheren Verwaltungsbehörde gemäß § 37 Abs. 4 BBauG abschließend erörtert worden sind. Unter dieser Voraussetzung entfällt das Verfahren nach § 37 Abs. 2 BBauG; die Gemeinde wird somit vor der Entscheidung über die Zulässigkeit von Vorhaben nicht gehört; ein von ihr gleichwohl erhobener Widerspruch steht der bauaufsichtlichen Zustimmung nicht entgegen; einer Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf es nicht.

Die notwendige Einvernehmenserklärung oder Stellungnahme der Gemeinde sollte der öffentliche Bauherr vorweg einholen und der Anzeige beifügen. Soweit § 37 Abs. 4

BBauG zum Zuge kommt, ist der Nachweis der abschließenden Erörterung im Landbeschaffungsverfahren, z. B. durch Vorlage eines Auszuges aus der Terminniederschrift, zu erbringen.

Die Entscheidungen der höheren Verwaltungsbehörde nach § 31 Abs. 2, § 36 Abs. 1 Satz 2, § 37 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 BBauG bzw. des zuständigen Bundesministers sind im Rahmen des bauaufsichtlichen Zustimmungsverfahrens zu treffen bzw. einzuholen. Im übrigen wird wegen der Beteiligung der Gemeinde und der höheren Verwaltungsbehörde nach den Vorschriften des Bundesbaugesetzes auf meinen Erlaß vom 23. 12. 1970 (StAnz. 1971 S. 252), geändert durch Erlaß vom 22. 8. 1973 (StAnz. S. 1624), hingewiesen.

- 3.4 Zu hören ist auch die untere Bauaufsichtsbehörde. Sie hat das öffentliche Bauvorhaben vorzuprüfen. In ihrer Stellungnahme hat sie insbesondere auf seine Übereinstimmung mit den in § 73 Abs. 2 Satz 2 HBO genannten Vorschriften sowie auf Befreiungen von baurechtlichen Vorschriften und Abweichungen von bauaufsichtlichen Richtlinien für Bauten besonderer Art und Nutzung einzugehen. Für notwendig gehaltene Auflagen und Bedingungen sind vorzuschlagen; auf erforderliche anderweitige behördliche Stellungnahmen, Zustimmungen, Einvernehmensklärungen, Genehmigungen, Erlaubnisse und dergleichen ist hinzuweisen. Die Bauaufsichtsbehörden von Städten mit eigener Berufsfeuerwehr haben eine Überprüfung des Vorhabens durch ihre Berufsfeuerwehr zu veranlassen und deren Ergebnis ihrer Stellungnahme beizufügen.

Auch die Stellungnahme der unteren Bauaufsichtsbehörde sollte vor Erstattung der Anzeige vom öffentlichen Bauherren selbst eingeholt werden. Sie bietet einen ersten Anhalt für die bauaufsichtliche Beurteilung im Zustimmungsverfahren und gibt ihm ggf. Gelegenheit zur Überarbeitung seiner Planung bzw. zur besonderen Begründung einer Befreiung oder sonstigen Abweichung.

- 3.5 Wegen der Beteiligung der Straßenbauverwaltung, soweit sie sich auf Schießstandanlagen und Munitionsniederlagen bezieht, verweise ich auf meinen Erlaß vom 21. 11. 1969 (StAnz. S. 2071).

4. Beteiligung der Nachbarn

Nach § 73 Abs. 4 i. V. m. § 68 Abs. 1 Satz 2 HBO sollen wie im Baugenehmigungsverfahren auch im Zustimmungsverfahren die Nachbarn gehört werden, bevor von Vorschriften, die ihrem Schutz dienen, Ausnahmen zugelassen oder Befreiungen — auch Befreiungen von Festsetzungen eines Bebauungsplanes nach § 31 Abs. 2 BBauG wegen der dort geforderten Würdigung nachbarlicher Interessen — gewährt werden. Wie bei der Beteiligung der Behörden erscheint es auch hier zur Beschleunigung des Verfahrens zweckdienlich, daß der öffentliche Bauherr selbst vor Erstattung der Anzeige mit den Nachbarn Verbindung aufnimmt und ihr Einverständnis herbeiführt. Insoweit brauchen die Nachbarn nicht nochmals im Zustimmungsverfahren gehört zu werden (§ 68 Abs. 1 Satz 3 HBO). War ein Einverständnis nicht zu erreichen, so soll

der Anzeige der Schriftverkehr mit dem Nachbarn beigelegt werden. Die Nachbarn sind in diesem Falle nochmals von der Zustimmungsbehörde zu hören.

5. Prüfung der Bauvorhaben

- 5.1 Die Prüfung der Bauvorhaben an Hand der Anzeige und der Bauvorlagen ist beschleunigt durchzuführen. Etwaige Zweifelsfragen sind schnellstmöglich zu klären, fehlende Unterlagen oder Angaben in den Bauvorlagen sofort festzustellen und nachzufordern, die Behörden und Nachbarn, die noch im Verfahren zu beteiligen sind, unverzüglich, ggf. über die untere Bauaufsichtsbehörde, zu hören und etwa erforderliche Entscheidungen nach § 31 Abs. 2, § 36 Abs. 1 und § 37 Abs. 1 und 2 BBauG zu treffen bzw. über mich die Entscheidung des zuständigen Bundesministers herbeizuführen.

An der Prüfung ist der brandschutztechnische Dezernent zu beteiligen, wenn Ausnahmen oder Befreiungen von dem Brandschutz dienenden Vorschriften begehrt werden oder es sich um Bauten besonderer Art und Nutzung im Sinne des § 55 HBO handelt.

- 5.2 Nach § 73 Abs. 2 Satz 1 HBO brauchen im Zustimmungsverfahren die Baumaßnahmen nur stichprobenartig überprüft zu werden. Stets sind sie aber auf ihre Übereinstimmung mit den Festsetzungen eines Bebauungsplanes, mit den Vorschriften über die Zulässigkeit von Vorhaben nach den §§ 29 bis 38 BBauG und mit Vorschriften, die dem Schutz Dritter dienen, zu überprüfen (§ 73 Abs. 2 Satz 2 HBO). Auch bedarf es in jedem Falle einer Entscheidung über etwaige Ausnahmen und Befreiungen, so daß auch insoweit auf eine Prüfung nicht verzichtet werden kann. Im übrigen sollte sich die Prüfung auf die Hauptgefahrenpunkte des Vorhabens mit Schwergewicht auf den Brandschutz beschränken. Die Standsicherheit ist nicht zu prüfen.

- 5.3 Sind Behörden und Nachbarn nicht mehr zu hören, die zur Beurteilung erforderlichen Unterlagen vollständig und Rückfragen beim öffentlichen Bauherren nicht mehr erforderlich und stehen auch keine selbständigen Entscheidungen anderer Behörden aus, die für die Erteilung der Zustimmung notwendig sind, so sollte innerhalb eines Monats über die Zustimmung entschieden werden.

- 5.4 Die Zustimmung wird in Form eines Bescheides erteilt, mit dem eine Ausfertigung der mit einem Sichtvermerk versehenen Bauvorlagen verbunden ist. Je eine Mehrausfertigung des Zustimmungsbescheides ist der unteren Bauaufsichtsbehörde und der Gemeinde zu übersenden; ist die Gemeinde gleichzeitig untere Bauaufsichtsbehörde, genügt eine Mehrausfertigung.

Dieser Erlaß gilt ab 1. 12. 1973. Gleichzeitig tritt mein Erlaß vom 16. 2. 1971 (StAnz. S. 449) außer Kraft.

Wiesbaden, 9. 11. 1973

Der Hessische Minister des Innern
V A 4 / V A 3 — 64 a 02/09 — 4/73
StAnz. 47/1973 S. 2035

1427

Der Hessische Minister der Justiz

Organisation der Ortsgerichte

I

Auf Grund des § 1 Abs. 2 des Ortsgerichtsgesetzes vom 6. Juli 1952 (GVBl. S. 124), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. Mai 1972 (GVBl. I S. 102), wird im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister des Innern bestimmt:

Landgerichtsbezirk Limburg

Amtsgerichtsbezirk Wetzlar

Die Gemeinden Fellingshausen, Königsberg, Krumbach, Rodheim-Bieber und Vetzberg haben sich zu der neuen Gemeinde Biebertal zusammengeschlossen.

Die Ortsgerichte der früheren Gemeinden Fellingshausen, Königsberg, Krumbach und Rodheim-Bieber werden aufgehoben.

Das Gebiet der früheren Gemeinde Vetzberg wird aus dem Bereich des gemeinsamen Ortsgerichts Krofdorf-Gleiberg ausgegliedert.

Für die Gemeinde Biebertal wird das Ortsgericht Biebertal errichtet.

II

Das Verzeichnis der Ortsgerichte vom 20. Juni 1968 (JMBL. S. 250) ist auf Grund des Abschn. I wie folgt zu berichtigen:

Landgericht Limburg

VI. Amtsgericht Wetzlar

Die lfd. Nrn. 22, 36, 40 und 62 sind zu streichen. Bei der lfd. Nr. 39 ist die Zeile „mit: Vetzberg“ zu streichen. Nach Nr. 8 ist „Nr. 8 a. Biebertal“ einzufügen.

III

Dieser Erlaß tritt am 1. Januar 1974 in Kraft.

Wiesbaden, 29. 10. 1973

Der Hessische Minister der Justiz
3842/2 — II/7 — 260/73
StAnz. 47/1973 S. 2036

1428

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

Widmung einer Neubaustrecke der Bundesautobahn Bad Homburg — Darmstadt (A 91) in den Gemarkungen Sprendlingen, Dreieichenhain, Langen und Egelsbach im Landkreis Offenbach, Regierungsbezirk Darmstadt

Die in den Gemarkungen Sprendlingen, Dreieichenhain, Langen und Egelsbach im Landkreis Offenbach, Regierungsbezirk Darmstadt, neugebaute Teilstrecke der Bundesautobahn Bad Homburg — Darmstadt (A 91)

von km 9,568 (an der Anschlußstelle Sprendlingen)
 bis km 17,448 (an der Anschlußstelle Egelsbach) = 7,880 km
 einschließlich der neugebauten Bundesautobahn-Anschlußstelle Langen

erhält mit Wirkung vom 1. November 1973 die Eigenschaft einer Bundesautobahn und wird Bestandteil der Bundesautobahn Bad Homburg — Darmstadt (A 91) (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG] vom 6. August 1961 — BGBl. I S. 1741 —).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3 a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll

einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 29. 10. 1973

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
 IV a 2 — 63 a 30

StAnz. 47/1973 S. 2037

1429

Bau und Betrieb einer Gas-Hochdruckleitung in Oberusel

Anordnung

Auf Grund des § 11 des Energiewirtschaftsgesetzes vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1451) in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Energiewirtschaft und Wasserversorgung vom 17. Juli 1946 (GVBl. S. 188) wird zugunsten der Hessen-Nassauischen Gas-AG, Frankfurt am Main-Höchst, die Zulässigkeit der Beschränkung oder, soweit dies nicht ausreicht, der Entziehung von Grundeigentum oder von Rechten am Grundeigentum in der Gemarkung Oberusel, Ortsteil Stierstadt, Hochtaunuskreis, Regierungsbezirk Darmstadt, für den Bau und Betrieb einer Gas-Hochdruckleitung in Oberusel im Wege der Enteignung festgestellt.

Die Befugnis zur Durchführung der Enteignung erlischt, wenn der Antrag auf Einleitung des Enteignungsverfahrens nicht bis zum 31. Oktober 1975 gestellt worden ist.

Wiesbaden, 26. 10. 1973

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
 IV b 1 — 921.013.038
 Im Auftrag
 gez. Frank

StAnz. 47/1973 S. 2037

1430

Der Hessische Sozialminister

Richtlinien für die Förderung sozialer Gemeinschaftseinrichtungen (Investitionsförderungsrichtlinien — IFR) vom 1. Juni 1971 (StAnz. S. 1014)

Gemeinsamer Runderlaß

Mit Wirkung vom 1. Januar 1974 wird Anlage A/2 zu den IFR, Teil V lfd. Nr. 3, wie folgt geändert:

Lfd. Nr.	Einheit	Kostenrichtwerte	
		DM	
		Bis 31. 12. 1973	Ab 1. 1. 1974
3.1	15,00 × 27,00 m	460 000	540 900
3.2	18,00 × 33,00 m	560 000	660 000
3.3	22,00 × 45,00 m	900 000	1 000 000
3.4	22,00 × 45,00 m mit Tribüne	1 000 000	1 100 000
3.5	27,00 × 45,00 m	1 000 000	1 100 000
3.6	27,00 × 45,00 m mit Tribüne	1 100 000	1 200 000
3.7	Zuschlag je Trennvorhang	35 000	35 000
3.8	Konditionsraum, rd. 50 qm einschließlich Einrichtung	50 000	55 000

Diese Regelung erfolgt vorab zur vorgesehenen Neufassung der IFR und wird in dieser berücksichtigt werden.

Der Runderlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Rechnungshof.

Wiesbaden, 16. 10. 1973

Der Hessische Sozialminister
 M — P 1 a — 93 c — 26 — IFR

Der Hessische Minister der Finanzen
 B 1325/3 — 1 — IV A 7
 StAnz. 47/1973 S. 2037

1431

Weihnachtsbeihilfen 1973

I.

Höhe der Beihilfe, Personenkreis

- Den unter Nr. 2—4 näher bezeichneten Personen soll auch in diesem Jahr eine Weihnachtsbeihilfe in folgender Höhe gewährt werden:
 - Alleinstehenden und Haushaltsvorständen 60,— DM
 - jedem in der Familie lebenden hilfeberechtigten Angehörigen 30,— DM
 - Hilfsempfängern in Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen 30,— DM
 - Pflegekindern in Familienpflege (§§ 27, 69 JWG) 30,— DM
- Die Weihnachtsbeihilfe erhalten **ohne besonderen Antrag** von Amts wegen durch die für sie zuständigen Dienststellen (Sozialämter, Jugendämter, Fürsorgestellen für Kriegsoffer):
 - Sozialhilfeempfänger, denen laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt gemäß Abschnitt 2 BSHG gewährt werden sowie Empfänger von Hilfen in besonderen Lebenslagen, sofern diese Leistungen auch Hilfe zum Lebensunterhalt enthalten;
 - Empfänger laufender Leistungen der Kriegsofferfürsorge, sofern diese Leistungen Hilfe zum Lebensunterhalt enthalten; Empfängern von Leistungen nach § 26 Abs. 4 BVG sind Weihnachtsbeihilfen nur dann zu gewähren, wenn der Unterhaltsbeitrag nicht nach § 18

Abs. 4 KfürsV berechnet wird. Bei Gewährung von Erziehungsbeihilfe nach § 27 BVG sind berechtigt zum Bezug der Weihnachtsbeihilfe das auszubildende Kind oder die Halbweise als Familienangehörige, Vollwaisen jedoch als Alleinstehende;

- c) Minderjährige, denen laufende Leistungen der Jugendhilfe gemäß § 6 Abs. 2 JWG gewährt werden, sofern diese Leistungen auch Aufwendungen für den notwendigen Lebensunterhalt enthalten.
3. Minderbemittelte können die Weihnachtsbeihilfe durch die Träger der Sozialhilfe oder Kriegsofopferfürsorge nur auf Grund eines schriftlichen Antrages erhalten, der unter Vorlage von Beweismitteln ausreichend zu begründen ist. Zu dem Personenkreis der Minderbemittelten können auch Empfänger von Arbeitslosenhilfe gehören. Als Minderbemittelte im Sinne dieser Bestimmungen gelten Personen, deren monatliches Nettoeinkommen (§ 76 BSHG) den für sie maßgeblichen Sozialhilfebedarfssatz nicht oder um nicht mehr als 10% übersteigt. Der Sozialhilfebedarfssatz errechnet sich aus den Regelsätzen (§ 22 BSHG), den Mehrbedarfszuschlägen (§§ 23, 24, 33 Abs. 2, 41 und 42, 53 Abs. 2 BSHG), der Miete und Zuschlägen für dritte und weitere Kinder bis zu 18 Jahren in Höhe von 50 v. H. ihrer Regelsatzbeträge. Erziehungs- und Ausbildungsbeihilfen aller Art sind nicht als Einkommen zu betrachten, wenn sie zur Bestreitung der reinen Ausbildungskosten dienen. Das Blindengeld gemäß den Richtlinien des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen für die Gewährung von Blindengeld an Blinde und hochgradig Sehschwache vom 10. 5. 1966, geändert durch Beschluß vom 9. 7. 1970, gilt nicht als Einkommen im Sinne dieser Bestimmungen. Bei der Ermittlung des Einkommens bleiben die Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz oder ein ihr entsprechender Betrag sowie die Schwerstbeschädigtenzulage nach dem BVG unberücksichtigt. Kriegereltern ist der Freibetrag nach Nr. 2 der Richtlinien für die Anwendung des § 25a Abs. 6 BVG zuzuerkennen (Erlasse vom 18. 2. und 28. 7. 1971 — StAnz. S. 1429 und 1857).

Übersteigt das anrechnungsfähige Einkommen den 110-prozentigen Sozialhilfebedarfssatz, so ist die Weihnachtsbeihilfe entsprechend zu kürzen. Ergibt sich hierbei ein geringerer Betrag als 10 DM, so ist der Auszahlungsbetrag der Weihnachtsbeihilfe auf volle 10 DM aufzurunden. Minderbemittelte in Anstalten, Heimen und gleichartigen Einrichtungen, deren Einkommen die monatlichen Pflegekosten zuzüglich Taschengeld nicht oder nur geringfügig übersteigt, erhalten wie Sozialhilfeempfänger eine Weihnachtsbeihilfe von 30 DM; der übersteigende Betrag ist jedoch auf die Weihnachtsbeihilfe anzurechnen.

II.

Gemeinsame Vorschriften

4. Die Weihnachtsbeihilfen sind keine Pflichtleistungen der Sozialhilfe, Jugendhilfe oder Kriegsofopferfürsorge, sondern freiwillige Leistungen des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften; auf ihre Gewährung besteht kein Rechtsanspruch.
5. Jugendlichen, die in Jugendwohn-, Lehrlings- oder Schülerheimen leben und keine Angehörigen im Bundesgebiet haben, kann eine Weihnachtsbeihilfe in Höhe von 60,— DM gewährt werden, wenn die sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind. Dies gilt auch für die aus öffentlichen Mitteln unterstützten Jugendlichen, die zwar Angehörige im Bundesgebiet haben, diese jedoch zu Weihnachten aus zwingenden Gründen nicht besuchen können. Jugendliche, die das Weihnachtsfest zu Hause bei ihren Familien erleben, können die Weihnachtsbeihilfe nur im Rahmen dieser Familiengemeinschaft nach Abschnitt I durch die für den Wohnsitz der Angehörigen zuständige Behörde erhalten.
6. Personen in Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen sollen die Weihnachtsbeihilfe grundsätzlich in bar erhalten, wenn eine sinnvolle Verwendung erwartet werden kann.
7. Patienten der Psychiatrischen Krankenhäuser erhalten ebenfalls Weihnachtsbeihilfe von je 30,— DM, es sei denn, daß sie zu denjenigen Personen gehören, denen kein Taschengeld gewährt werden kann, weil dessen bestimmungsgemäße Verwendung nicht möglich ist (§ 21 Abs. 3 BSHG); diese Kranken sind in anderer Weise zu bedenken.
8. An Personen, die in Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen außerhalb Hessens untergebracht sind, sollen Weihnachtsbeihilfen in Höhe des Betrages gewährt werden, der am Unterbringungsort gezahlt wird.
9. Bei Personen, die mit nicht hilferechtigten Angehörigen zusammenleben (z. B. hilferechtigke oder minderbemittelte Mutter wohnt bei ihrem nicht hilferechtigten verheirateten Sohn oder bei ihrer nicht hilferechtigten verheirateten Tochter), ist bei Berechnung der in Betracht kommenden Weihnachtsbeihilfe in aller Regel von dem Satz für Alleinstehende und Haushaltsvorstände (60,— DM) auszugehen, auch wenn in solchen Fällen dieser Status nicht gegeben ist.
10. Weihnachtsgratifikationen, die ohne rechtliche Verpflichtung von anderer Seite gewährt werden, sind wie Zuwendungen nach § 78 Abs. 2 BSHG zu behandeln. Beamten, Angestellten und Arbeitern sowie Versorgungsempfängern des öffentlichen Dienstes, die im November/Dezember dieses Jahres eine Sonderzuwendung erhalten, kann eine Weihnachtsbeihilfe nach diesen Bestimmungen nicht gewährt werden.
11. Die Weihnachtsbeihilfen sind möglichst frühzeitig auszu zahlen; für eine ausreichende Bekanntmachung in ortsüblicher Weise ist zu sorgen. Anträge, die erst nach Weihnachten eingehen, können nur ausnahmsweise zur Vermeidung unbilliger Härten bis spätestens 31. 1. 1974 berücksichtigt werden.

III.

Kostentragung und Abrechnung

12. Die Aufwendungen für die Weihnachtsbeihilfen trägt das Land bei Minderbemittelten (Nr. 3) und bei Pflegekindern in Familienpflege (Nr. 1 d) in voller Höhe. Für Personen, die laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten (Nr. 2), trägt das Land

bei Alleinstehenden und Haushaltsvorständen	35,— DM,
bei Jugendlichen in Jugendwohn-, Lehrlings- und Schülerheimen (Nr. 5)	35,— DM,
bei hilferechtigten Angehörigen sowie bei Hilfeempfängern in Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen (Nr. 1 b und c)	20,— DM,

wenn die Weihnachtsbeihilfe in der unter Nr. 1 genannten vollen Höhe gewährt worden ist. Andernfalls trägt das Land bei Alleinstehenden, Haushaltsvorständen und bei den unter Nr. 5 genannten Jugendlichen den 25,— DM, bei Angehörigen sowie Hilfeempfängern in Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen den 10,— DM übersteigenden Betrag.

13. Landesmittel, die zur Gewährung von Weihnachtsbeihilfen zur Verfügung gestellt werden, dürfen nicht mit etwaigen Steuer- oder Mietrückständen oder überzahlten Leistungen der Sozialhilfe, Jugendhilfe oder Kriegsofopferfürsorge aufgerechnet werden.
14. Die Aufwendungen, die das Land trägt, sind von den Regierungspräsidenten im Landeshaushalt bei Kap. 0820 — 653 72 zu buchen. Den kreisfreien Städten und den Landkreisen sind angemessene Abschlagszahlungen zu gewährleisten.
15. Eine Verrechnung der Weihnachtsbeihilfen für den Personenkreis der nichtpauschaliereten Kriegsfolgenhilfe (Zugewanderte aus der DDR und der Stadt Berlin sowie Empfänger von Kriegsofopferfürsorge) mit dem Bund ist nicht zulässig.
16. Die kreisfreien Städte und die Landkreise rechnen die Aufwendungen für die Weihnachtsbeihilfen nach dem in 3facher Ausfertigung vorzulegenden Formblatt „Weihnachtsbeihilfen (1)“ bis spätestens 15. 2. 1974 mit den Regierungspräsidenten — Landesabrechnungsstellen — ab. Es ist sicherzustellen, daß innerhalb der Verwaltung die Abrechnungen mehrerer Dienststellen (Sozialamt, Jugendamt, Fürsorgestelle für Kriegsofopfer) zu einer Gesamtabrechnung der jeweiligen kommunalen Gebietskörper-

schaft zusammengefaßt werden. Die Landesabrechnungsstellen fassen die Abrechnungsergebnisse ihres Bezirks im Formblatt „Weihnachtsbeihilfen (2)“ zusammen und legen mir dieses in doppelter Ausfertigung bis spätestens 1. 3. 1974 vor. Der Landeswohlfahrtsverband rechnet mit mir unmittelbar bis spätestens 15. 2. 1974 nach dem Formblatt „Weihnachtsbeihilfen (1)“ ab, das in doppelter Ausfertigung vorzulegen ist.

Meine Erlasse vom 6. November 1972 — (StAnz. S. 2067) und 11. Dezember 1972 (StAnz. 1973 S. 16) sind gegenstandslos geworden.

Wiesbaden, 22. 10. 1973

Der Hessische Sozialminister
M — II A 1 b — 50 v 02
StAnz. 47/1973 S. 2037

1432

Verzeichnisse der zur Annahme und Beschäftigung von Praktikanten (Praktikantinnen) ermächtigten Krankenanstalten sowie sonstigen Einrichtungen für die Berufe der medizinisch-technischen Assistentin, des Krankengymnasten, des Masseurs, des Masseurs und medizinischen Bademeisters, der Beschäftigungstherapeuten und des Orthoptisten

Gemäß § 10 des Gesetzes über die Ausübung des Berufes der medizinisch-technischen Assistentin vom 21. Dezember 1958 (BGBl. S. 981) sind die in der Anlage 1 der angegebenen Krankenanstalten und sonstigen Einrichtungen zur Annahme von Praktikanten ermächtigt worden.

Gemäß § 10 des Gesetzes über die Ausübung des Berufes des Masseurs, des Masseurs und medizinischen Bademeisters und des Krankengymnasten vom 21. Dezember 1958 (BGBl. I S. 985) sind für den Beruf des Krankengymnasten die in der Anlage 2 und für die Berufe des Masseurs sowie des Masseurs und medizinischen Bademeisters die in der Anlage 3 angegebenen Krankenanstalten und medizinischen Badeanstalten zur Annahme von Praktikanten ermächtigt worden.

Gemäß § 15 Abs. 1 der vorläufigen Vorschriften über die staatliche Anerkennung von Beschäftigungstherapeuten vom 28. November 1963 (StAnz. S. 1393) sind die in der Anlage 4 angegebenen Krankenanstalten zur Beschäftigung von Praktikanten ermächtigt worden.

Gemäß § 22 Abs. 3 der Vorschriften über die staatliche Anerkennung von Orthoptisten (Orthoptistinnen) vom 7. Januar 1967 (StAnz. S. 195) ist die in der Anlage 5 angegebene Universitätsklinik zur Beschäftigung von Praktikanten ermächtigt worden.

Mein Erlaß vom 19. Juni 1969 (StAnz. S. 1243) wird — mit Ausnahme der Anlage 5 (Verzeichnis der zur Beschäftigung von Praktikanten ermächtigten Krankenanstalten für den Beruf der Diätassistenten [Diätassistentinnen]) — aufgehoben.

Diese Anlage 5 wird am 30. September 1974 gegenstandslos.

Wiesbaden, 27. 8. 1973

Der Hessische Sozialminister
III A 5 a — 18 b 44
StAnz. 47/1973 S. 2039

*

Anlage 1

Verzeichnis der zur Annahme von Praktikantinnen ermächtigten Krankenanstalten und sonstigen Einrichtungen für den Beruf der Med.-Techn. Assistentin

Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	Zahl der Praktikantenstellen	Tätigkeitsgebiet			
			a) Med. Strahlentk.	b) Histologie	c) Med. Mikrobiologie, Serologie	d) Klin. Chemie und Hämatologie
1	2	3	4			
Regierungsbezirk Darmstadt						
6320 Aisfeld In der Rambach	Kreiskrankenhaus	2				a d
6380 Bad Homburg v. d. H. Urseler Str. 33	Kreiskrankenhaus	3				a c d
Bad Homburg v. d. H.	Parksanatorium — Klinik d. Bundesbahnvers.- Anstalt	2*)				a c d
Bad Homburg v. d. H. Auf der Steinkaute 21—23	Richard-Croon-Haus Dr. G. Brand	1				a c d
Bad Homburg v. d. H. Kaiser-Friedrich-Promenade	Sanatorium Geh.-Rat Trapp LVA Hessen	1				a c d
Bad Homburg v. d. H. Luisenstr. 80—82	Versorgungskuranstalt Gustav-Weigand-Stiftung	2				a d
6123 Bad König/Odw.	Medizinische Klinik	1				d
6350 Bad Nauheim Burgallee 18	Med.-Diagn. Institut Prof. Dr. von Bormann	2				c d
Bad Nauheim Ernst-Ludwig-Ring 2	Sanatorium Grand-Hotel der LVA Rheinprovinz	2				d
Bad Nauheim Terrassenstr. 2—4	Sanat. Grödel, Kurverw. des Hess. Staatsbades	2				a d
Bad Nauheim Ludwigstraße 23	Sanatorium Rhein-Ruhr der LVA Rheinprovinz	2				a d
Bad Nauheim Lindenstraße 15	Sanatorium Victoria der LVA Württemberg	1				d
Bad Nauheim Ludwigstraße 29—31	„Hessen-Sanatorium“ der LVA Hessen	2				a d
Bad Nauheim Bahnhofsallee 10	Sanatorium Hassia der LVA Hessen	1				d
Bad Nauheim Parkstraße 1	Kerckhoff-Herzfor- schungsinstitut d. Max-Planck-Ges.	7				d
Bad Nauheim Franz-Groedel- Straße 6	Klinisches Sanatorium f. Herz-, Kreis- lauf u. Rheumakranke „Haus Baden“	1				d
Bad Nauheim Kurstraße 32	Spree-Sanatorium der LVA Berlin	1				d
Bad Nauheim Hochwaldstraße 50	Städt. Krankenhaus	1				d
Bad Nauheim Goethestraße 4—6	Taunus-Sanatorium der BVA Berlin	2				a d
Bad Nauheim Luisenstraße 17	Versorgungsanstalt der LVA Hessen	1				d
Bad Nauheim Beneckestraße 6—8	Kerckhoff-Klinik d. Minerva GmbH f. d. Forschung München	3				d
Bad Nauheim Ludwigstraße 37—39	Klinik und Institut für Physikal. Medizin u. Balneologie d. J. L. Univ. Gießen	4				a d
Bad Nauheim Ludwigstraße 41	Konitzkystift der Stadt Bad Nauheim	2				d
6482 Bad Orb Jahnstraße 29	Sanatorium Pfeiffer-Krug	2				a d
Bad Orb Würzburger Straße 7—11	Spessart-Sanatorium	2				a c d
6208 Bad Schwalbach Emser Str. 29/31	Kreiskrankenhaus	2				a d
Bad Schwalbach Merianstraße 10	Kurklinik der LVA Oldenburg-Bremen	1				a d

Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	Zahl der Praktikantenstellen	Tätigkeitsgebiet a) Med. Strahlenkd. b) Histologie c) Med. Mikrobiologie, Serologie d) Klin. Chemie und Hämatologie
1	2	3	4
Bad Schwalbach Höhenstraße 16	Röntgeninstitut Frau Dr. E. Petry	1	a
Bad Schwalbach Parkstraße 6	Sanatorium der LVA Hessen	2	a d
6232 Bad Soden/Ts. Kronberger Str. 38	Kreis Krankenhaus Main-Taunus	4	a d
Bad Soden/Ts. Debusweg 2	Taunus-Sanatorium der LVA Württemberg	2	a c d
6129 Breuberg-Sandbach im Odenwald	Ernst-Ludwig-Sanator. f. Innere Krankheit	1	d
6483 Bad Soden- Salmünster Hessenhof	Sanatorium der LVA Hessen	1	d
6140 Bensheim Hospitalstraße 81	Heilig-Geist-Hospital	1	d
3560 Biedenkopf Hainstraße 71—75	Rotes-Kreuz- Krankenhaus	1	a d
6333 Braunfels/L. Hecksbergweg 23-27	Kreis Krankenhaus „Falkeneck“	3	a d
6470 Büdingen Steinweg 14	Mathildenhospital	2	a d
6100 Darmstadt Dieburger Str. 31	Alice-Hospital vom Roten Kreuz	1	d
Darmstadt Elisabethenstr. 5	Dr. med. K. F. Holm Facharzt f. Chirurgie	1	a
Darmstadt Rheinstraße 7—9	Dr. Irmgard Bartelt Institut für Laboratoriumsdiagnostik	2	d
Darmstadt Landgraf-Georg- Straße 100	Elisabethenstift	4	a d
Darmstadt	Firma Merck	6	d
Darmstadt Bismarckstraße 28	Städt. Kliniken	8	a b c d
Darmstadt Wilh.-Glässig- Straße 2	Institut für Med. Strahlenkunde Dr. Josef Weber	1	a
6110 Dieburg Kratzengasse 4	Krankenhaus St. Rochus	1	d
6340 Dillenburg Rotebergstraße 2	Kreis Krankenhaus	4	a c d
Dillenburg Oranienstraße 32	Staatl. Medizinal- Untersuchungsamt	2	c d
6228 Eltville Rheingauer Straße 62—64	Städt. Krankenhaus	2	a c d
6122 Erbach i. Odw.	Kreis Krankenhaus	1	d
6243 Falkenstein	Taunusklinik Falkenstein der LWV Hessen	2	a c d
6093 Flörsheim Hospitalstraße 15	Marion Krankenhaus	1	d
6000 Frankfurt/M. Ludwig-Rehn- Straße 14	Anatomisches Institut der Universität Frankfurt a. M.	4	b
Frankfurt Ludwig-Rehn- Straße 14	Universitätskliniken	unbegr.*)	a b c d
Frankfurt/M. Ludwig-Rehn- Straße 14	Institut für Therapeu- tische Biochemie d. Univ. Frankfurt a. M.	2	d
Frankfurt/M. Ludwig-Rehn- Straße 14	Abtl. f. Zytologie a. d. Universitäts- Frauenklinik	2	b
Frankfurt/M. Ludwig-Rehn- Straße 14	Pharmakologisches Institut der Univ. Frankfurt a. M.	6	d

Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	Zahl der Praktikantenstellen	Tätigkeitsgebiet a) Med. Strahlenkd. b) Histologie c) Med. Mikrobiologie, Serologie d) Klin. Chemie und Hämatologie
1	2	3	4
Frankfurt/M. Ludwig-Rehn- Straße 14	Institut f. vegetative Physiologie u. chem. Physiologie der Univ. Frankfurt a. M.	4	c d
Frankfurt/M. Ludwig-Rehn- Straße 14	Institut für Animalische Physiologie der Universität	3	b c d
Frankfurt/M. Ludwig-Rehn- Straße 14	Blutspendedienst Hessen	2*)	c d
Frankfurt/M. Paul-Ehrlich- Straße 41	Institut für Humangenetik und vergleichende Erb- pathologie der Univ.	1	b c d
Frankfurt/M. Paul-Ehrlich- Straße 43—44	Paul-Ehrlich-Institut Staatl. Anstalt für experimentelle Therapie	4	b c d
Frankfurt/M. Paul-Ehrlich- Straße 41	Hygiene-Institut der Stadt u. Univ.	6*)	c
Frankfurt/M. Forsthausstr. 104	Institut f. Gerichtliche und Soziale Medizin der Universität	3*)	b c d
Frankfurt/M. Siesmayerstr. 70	Institut f. Mikrobiologie (Naturwissenschaftl. Fakultät der Uni- versität Frankfurt a. M.)	4	c
Frankfurt/M. Siesmayer Str. 70	Zoologisches Institut der Universität	1	b d
Frankfurt/M. Deutschordenstr. 48	Institut f. Zoonosen- forschung a. d. Uni- versitätskliniken	1	b c
Frankfurt/M.- Fechenheim	Casella Farbwerke Mainkur AG	5	b d
Frankfurt/M. Deutschordenstr. 48	Staatl. Veterinär- Untersuchungsamt	6	b c d
Frankfurt/M. Deutschordenstr. 46	Max-Planck-Institut für Hirnforschung (Neuropath. Abt.)	4*)	b
Frankfurt/M.- Niederr. Marienburgstr. 3	Orthop. Univ.-Klinik Friedrichsheim	unbegr.*)	b d
Frankfurt/M. Friedberger Landstr. 430	Berufsgenossenschaftl. Unfallkrankenhaus	2*)	a d
Frankfurt/M.	Krankenhaus Bethanien	1	a d
Frankfurt/M. Nibelungenallee 37 bis 41	Bürgerhospital	4*)	a c d
Frankfurt/M. Daimlerstraße 25	Chemiewerk Homburg	3	b c d
Frankfurt/M. Eschersheimer Landstraße 122	Diakonissen-Anstalt	1	d
Frankfurt/M. 80	Farbwerke Hoechst AG	6	b c d
Frankfurt/M. Lange Straße 4—8	Hospital zum Hl. Geist	2	a d
Frankfurt/M. Scheffelstr. 2—16	Krankenhaus Malngau vom Roten Kreuz	1	a d
Frankfurt/M.- Praunheim Steinbacher Hohl Nr. 2 bis 26	Krankenhaus Nordwest	4*)	a b c d
Frankfurt/M. Schifferstraße 80	Krankenhaus Sachsenhausen	3	d
Frankfurt/M. Ginnheimer Straße 1—31	St.-Elisabeth- Krankenhaus	3	a d
Frankfurt/M. Seckbacher Landstraße 65	St.-Katharinen- Krankenhaus	5	a d

Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	Zahl der Praktikantenstellen	Tätigkeitsgebiet a) Med. Strahlenkd. b) Histologie c) Med. Mikrobiologie, Serologie d) Klin. Chemie und Hämatologie
1	2	3	4
Frankfurt/M. Rich.-Wagner-Straße 14	St. Marien-Krankenhaus	2	a d
Frankfurt/M. Wilhelm-Epstein-Straße 2	St. Markus-Krankenhaus	10	a c d
Frankfurt/M. Oeder Weg 11	Dr. Martin Schulze, Facharzt f. Laboratoriumsdiagnostik	2	b c d
Frankfurt/M. Baseler Straße 21	Prof. Dr. H. Mommsen Forschungslaboratorium	1	c d
Frankfurt/M. Gr. Eschenheimer Straße 16-18	Versorgungsärztl. Untersuchungsstelle	2	a d
Frankfurt/M. Reinbeckstraße 1	Dr. Lothar Wolf Facharzt f. Laboratoriumsdiagnostik	2	c d
6230 Ffm.-Höchst Gotenstraße 6	Stadtkrankenhaus	5	a b c d
Ffm.-Höchst Gotenstraße 6	Patholog. Institut am Stadtkrankenhaus Ffm.-Höchst	2	b
6000 Frankfurt/Main-Niedenau 80	Dr. Gerhard Stifter, Facharzt f. Laboratoriumsdiagnostik	3	b c d
Frankfurt/M. 1 Niedenau 80	Dr. med. Kirberger Facharzt f. Laboratoriumsdiagnostik	6	c d
Frankfurt/Main.-Niederrad Heinrich-Hoffmann-Straße 10	Neurologische u. Neurochirurgische Klinik	4	a b c d
Frankfurt/Main-Niederrad Flughafenstraße 4	Biotestseruminstitut (wissenschaftl. Abtlg.)	3	c d
Frankfurt/Main Niedenau 80	Dr. Franz Mündel Facharzt f. Laboratoriumsdiagnostik	4	c d
6230 Ffm.-Höchst	Radiologisches Zentralinstitut des Stadtkrankenhauses	2*)	a
6360 Friedberg Kaiserstraße 141	Städt. Bürgerhospital	3	a d
6460 Geinhausen Herzbachweg 14	Kreis Krankenhaus	3	a d
6300 Gießen Gaffystraße 9	Albert-Jesioneck-Krankenhaus	2	d
Gießen Wilhelmstraße 14	Krankenhaus Baisersche Stiftung	3	a d
Gießen Schubertstraße 60	Bundeswehr-Lazarett	4	a d
Gießen Johannesstraße 7	Ev. Schwesternhaus Gießen-Krankenhaus	3	a d
Gießen	Institut für Röntgenologie u. Strahlen-Heilkunde Dr. Roller	2	a
Gießen	LVA Hessen Abt. Krankenvers. vertrauensärztl. Dienst	1	a
Gießen Frankfurter Straße 50	Staatliche Lehranstalt für techn. Assistenten in der Medizin	2	d
Gießen Friedrichstraße 24	Max-Planck-Institut für Hirnforschung	7	b
Gießen An der Johanneskirche 4	Institut f. Laboratoriumsdiagnostik Dr. Georg-Wilh. Orth	4	c d
Gießen Licher Straße 106	Psych. Krankenhaus des LWV Hessen	1	d
Gießen Liebigstraße 24	St.-Josefs-Krankenhaus	1	d
Gießen Körnerstraße 8	Heilstätte Seltersberg der LVA Hessen	2	a d
Gießen Friedrichstraße 25	Kliniken und Institute der Justus-Liebig-Universität:		

Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	Zahl der Praktikantenstellen	Tätigkeitsgebiet a) Med. Strahlenkd. b) Histologie c) Med. Mikrobiologie, Serologie d) Klin. Chemie und Hämatologie
1	2	3	4
Gießen Friedrichstraße 25	Anatomisches Institut	4	b
Gießen Friedrichstraße 25	Abt. f. Med. Physik	1	d
Gießen Friedrichstraße 25	Augenklinik	2	d
Gießen Friedrichstraße 25	Chirurgische Klinik	8	a d
Gießen Friedrichstraße 25	Frauenklinik	3	a d
Gießen Friedrichstraße 25	Hals-Nasen-Ohren-Klinik	2	a d
Gießen Friedrichstraße 25	Hautklinik	2	d
Gießen Friedrichstraße 25	Hygiene-Institut u. Medizinaluntersuchungsamt	6	c
Gießen Friedrichstraße 25	Institut für Strahlenkunde u. Strahlenschutz	4	a d
Gießen Ludwigstraße 27	Institut für Humangenetik	2	b d
Gießen Frankfurter Str. 87	Institut für Virologie a. d. Med. Fakultät	2	c
Gießen Wilhelmstraße 20	Institut für Ernährungswissenschaft	5	d
Gießen Klinikstraße 32b	Institut für klinische Chemie	15	d
Gießen Friedrichstraße 27	Kinderklinik	2	d
Gießen Friedrichstraße 32	Medizinische Klinik	4	a d
Gießen Friedrichstraße 32	Medizinische Poliklinik	3	a d
Gießen Schlangenzahl 29	Klinik und Poliklinik f. Zahn-, Mund- u. Kieferkranke d. Justus-Liebig-Universität	1	a b
Gießen Friedrichstraße 32	Med. Klinik u. Poliklinik Abt. f. Klinische Immunologie u. Bluttransfusion	2	c
Gießen Klinikstraße 32	Patholog. Institut	4	b
Gießen Klinikstraße 32	Patholog. Institut Lehrstuhl II	2	b
Gießen Rudolf-Buchheim-Straße 4	Pharmakologisches Inst. Physiolog.-Chem. Institut	1 3	d d
Gießen Ludwigstraße 27	Institut f. Humangenetik	2	b c
Gießen Am Steg 18	Neurolog. Univ.-Klinik	2	a d
Gießen Am Steg 18	Neuropsychiatr. Univ.-Klinik	2	d
Gießen Freiligrathstr. 2	Orthopädische Klinik	2	d
Veterinär-Med. Fakultät:			
Gießen Frankfurter Str. 87	Institut für Bakteriolog. und Immunologie	1	c
Gießen Frankfurter Str. 92	Institut f. Biochemie u. Endokrinologie d. Haustiere a. d. Justus-Liebig-Universität	2	d
Gießen Frankfurter Str. 94	Med. u. Gerichtliche Veterinärklinik der Justus-Liebig-Univers.	3	a d
Gießen Frankfurter Str. 94	Veterinär-Patholog. Univers.-Institut	3	b
	Veterinär-Physiologisches Institut	2	d
	Veterinär-Hygiene und Tierseucheninstitut d. Just.-Liebig-Univers.	3	b c

Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	Zahl der Praktikantenstellen	Tätigkeitsgebiet a) Med. Strahlenkd. b) Histologie c) Med. Mikrobiologie, Serologie d) Klin. Chemie und Hämatologie
1	2	3	4
Regierungsbezirk Kassel			
3548 Arolsen/Waldeck Große Allee 50	Stadtkrankenhaus	1	d
3430 Bad Hersfeld Sellerstraße 29	Kreis-Krankenhaus	4	a c d
3437 Bad Sooden- Allendorf Balzerbornweg 27	Sanatorium Balzerborn	1	d
Bad Sooden- Allendorf Berliner Straße 5	Werra-Sanatorium	1	d
3590 Bad Wildungen	Fachklinik Bad Wildungen der LVA Oldenburg- Bremen	2	d
Bad Wildungen Laustraße 30	Stadtkrankenhaus	2	a d
Bad Wildungen Brunnenallee 39	Sanatorium und Privat- klinik Fürstenhof	1	d
Bad Wildungen Fürst-Friedrich- Straße 2	Sanatorium Wicker	2	d
3440 Eschwege Luisenstraße 23	Kreis-Krankenhaus	2	a d
3558 Frankenberg Forststraße 9	Kreis-Krankenhaus	2	d
3580 Fritzlar Brüdergasse 4	Hospital zum Hl. Geist	1	d
6400 Fulda Buttlerstraße 74	Herz-Jesu-Krankenhaus	1	d
Fulda Marquardstraße 31	Staatl. Medizinal- Untersuchungsamt	2	c d
Fulda Edelzeller Straße 4	Städt. Krankenhaus	6	a d
6412 Gersfeld/Rhön	Sanatorium u. Kranken- haus Dr. L. Siegmund	1	d
3525 Helmarshausen	Bezirks-Krankenhaus der Arbeiterwohlfahrt	1	d
3520 Hofgeismar Liebenauer Str. 1	Kreis-Krankenhaus	1	d
3588 Homberg	Kreis-Krankenhaus	1	d
3524 Immenhausen Robert-Koch-Str. 3	Lungenheilstätte Philippsstiftung e. V.	1	d
3500 Kassel- Wilhelmshöhe Burgfeldstraße 11	Burgfeld-Krankenhaus	3	a d
Kassel Weinbergstraße 7	Elisabeth-Krankenhaus	1	a d
Kassel Frankfurter Str. 167 „Park Schönfeld“	Kinder-Krankenhaus	1	d
Kassel Herkulesstraße 111	Kinder-Krankenhaus „Zum Kind von Brabant“	1	d
Kassel Goethestraße 85	Krankenhaus des Kurhess. Diakonissenhauses	1	a d
Kassel- Wilhelmshöhe Wilhelmshöher Allee 345	Orthopädische Klinik des LWV Hessen	2	a
Kassel	Röntgeninstitut der AOK	2	a
Kassel Friedrich-Ebert- Straße 41	Röntgeninstitut Dr. Hans v. Heckern	3	a
Kassel Hansteinstraße 29	Rotes-Kreuz-Krankenhaus	2	a
Kassel Druselstraße 61	Staatl. Veterinärunter- suchungsanst.	2	b c d

Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	Zahl der Praktikantenstellen	Tätigkeitsgebiet a) Med. Strahlenkd. b) Histologie c) Med. Mikrobiologie, Serologie d) Klin. Chemie und Hämatologie
1	2	3	4
Kassel Untere Königstr. 81	Dr. med. F. Kreiker, Facharzt f. Röntgenologie u. Strahlenkunde	1	a
Kassel Möncheberger Straße 41	Stadtkrankenhaus	20	a b c d
Kassel Friedrich-Ebert- Straße 41	Dr. H. Terjung, Facharzt f. Röntgenologie u. Strahlenkunde	2	a
Kassel Lassallestraße 11	Dr. H. Zirkel, Facharzt f. Labor-Diagnostik	3	c d
3540 Korbach Enser Straße 19	Stadtkrankenhaus	2	d
3550 Marburg/L. Postfach 1130	Fa. Behringwerke AG	10	b c
3550 Marburg/L.	Universitätskliniken der Philipps-Universität	30	b c d
	Institut für Physikalische Biologie und Elektronen- mikroskopie	2	b
	Institut für Angewandte Physiologie	2	d
3550 Marburg/L.	Institut für Gerichtliche Medizin	2	d
	Hygiene-Institut	6	c
	Anatomisches Institut	12	b
	Institut für Pathologie	7	b c
	Institut für Physiolo- gische Chemie	6	d
	Institut für Human- genetik	1	c
	Institut für Pharma- kologie	5	d
3550 Marburg/L. Cappeler Str. 98	Psychiatr. Krankenhaus der LWV Hessen	2	d
3508 Melsungen Kasseler Str. 74	Städt. Krankenhaus	1	a d
	Klinik Sanatorium Dr. A. Wittich	1	a d
3501 Oberkaufungen bei Kassel	Heilstätte Oberkaufungen	2	d
6442 Rotenburg a. d. F. Am Kreuzberg 1	Kreis-Krankenhaus	2	a d
3551 Wehrda Postfach 80	Diakonie-Krankenhaus	2	a d
3430 Witzenhausen Steinstraße 22	Kreis- und Stadt- krankenhaus	1	d
3547 Wolfhagen Am Kleinen Ofenberg	Kreis- und Stadt- krankenhaus	1	a d
3579 Ziegenhain Krankenhaus- straße	Kreis-Krankenhaus	2	d

*) Die Zahl entspricht der Anzahl der zur Aufsicht über die Praktikanten befugten Personen. Sie ändert sich automatisch mit einer Änderung der Anzahl der Aufsichts-befugten

Anlage 2

Verzeichnis der zur Annahme von Praktikanten ermächtigten Krankenanstalten und sonstigen Einrichtungen für den Beruf des Krankengymnasten

Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	Zahl der Praktikantenstellen	Tätigkeitsgebiet: a) Chir. od. Orthopädie b) Innere Krankheiten c) Sonstige
1	2	3	4
Regierungsbezirk Darmstadt			
6380 Bad Homburg v. d. H. Urseler Straße 33	Kreis Krankenhaus Obertaunus	1	a b c
Bad Homburg v. d. H. Kaiser-Friedrich-Promenade 49	Sanatorium Geh.-Rat Trapp der LVA Hessen	2	b
6350 Bad Nauheim Ludwigstraße 29	Hessen-Sanatorium der LVA Hessen	1	c
Bad Nauheim Ludwigstraße 37	Klinik u. Institut für Physikalische Medizin u. Balneologie der Univ. Gießen	4	a b c
Bad Nauheim Bahnhofsallee 19	Sanatorium Hassia der LVA Hessen	1	b
Bad Nauheim Kurstraße 12	Spree-Sanatorium der LVA Berlin	1	b
Bad Nauheim Ludwigstraße 23	Sanatorium Rhein-Ruhr u. Deutscher Hof der LVA-Rheinprovinz	1	b
Bad Nauheim Ernst-Ludwig-Ring 2	Sanatorium Grand-Hotel der LVA-Rheinprovinz	1	c
Bad Nauheim Terrassenstraße 2-4	Sanatorium Groedel	1	b
Bad Nauheim Lindenstraße 15	Sanatorium Victoria der LVA Württemberg	2	b
Bad Nauheim Hochwaldstraße 50	Städt. Krankenhaus	1	a b c
Bad Nauheim Goethestraße 4	Taunus-Sanatorium	1	b
Bad Nauheim Terrassenstraße 8	West-Sanatorium	1	b
Bad Nauheim	Klinisches Sanatorium für Herz-, Kreislauf- und Rheumakranke „Haus Baden“	1	b
6482 Bad Orb Jahnstraße 29	Sanatorium Pfeiffer-Krug	1	b
6479 Bad Salzhausen	Sanatorium „Am Römerwall“ der BIA	1	b
6208 Bad Schwalbach Merianstraße 10	Kurklinik der LVA Oldenburg-Bremen	2	b
Bad Schwalbach	Sanatorium der LVA Hessen	2	b
6232 Bad Soden Am Eichwald 8	Sanatorium Dr. Mirsching	1	b
Bad Soden Rosertstraße 11	Taunus-Sanatorium	3	b
6333 Braunfels	Neurologische Klinik Haus Braunfels	1	a
6100 Darmstadt Landgraf-Georg-Straße 100	Diakonissenhaus Elisabethen-Stift Med. Klinik	1	b
Darmstadt Dieburger Straße 31	Stiftung Alice-Hospital vom Roten Kreuz	2	a b c
Darmstadt Bismarckstraße 28	Städtische Kliniken	3	a b c
6110 Dieburg	Kreis Krankenhaus St. Rochus	1	b
6340 Dillenburg Rotebergstraße 8	Kreis Krankenhaus	1	a b c

Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	Zahl der Praktikantenstellen	Tätigkeitsgebiet: a) Chir. od. Orthopädie b) Innere Krankheiten c) Sonstige
1	2	3	4
6122 Erbach l. Odw.	Kreis Krankenhaus	1	a b c
6243 Falkenstein/Ts. Debusweg 4	Taunusklinik	4	a b c
6000 Frankfurt/M. Friedberger Landstraße 430	Berufsgenossenschaftl. Unfallkrankenhaus	3*)	a c
Frankfurt M. Nibelungenallee 37-41	Bürger-Hospital	3	a b c
Frankfurt/M. Lange Straße 4-8	Hospital zum Hl. Geist	2	a b c
Frankfurt/M. Scheffelstraße 2-16	Krankenhaus Maingau vom Roten Kreuz	1	a b c
Frankfurt/M.-Praunheim Steinbacher Hohl 26	Krankenhaus Nordwest	2*)	a b c
Frankfurt-Niederrad Marienburger Straße 2	Orthopädische Univ.-Klinik Friedrichshelm	6	a
Frankfurt M.-Süd Schifferstraße 80	Krankenhaus Sachsenhausen	1	a b c
Frankfurt/M. Ginnheimer Straße 1-31	St. Elisabeth-Krankenhaus	5*)	a b c
Frankfurt M. Richard-Wagner-Straße 14	St. Marten-Krankenhaus	3	a b c
Frankfurt/M. Seckbacher Landstraße 65	St. Katharinen-Krankenhaus	3	a b c
Frankfurt/M. Wilhelm-Epstein-Straße 2	St. Markus-Krankenhaus	3	a b c d
Frankfurt/M. Ludwig-Rehn-Straße 14	Universitätskliniken	(unbegr.)*	a b c
Frankfurt/M.-Niederrad Heinrich-Hoffmann-Straße 10	Neurologische und Neurochir. Klinik	1	c
6340 Frankfurt/M.-Höchst Gotenstraße 6-8	Städtisches Krankenhaus	1*)	a b c
6360 Friedberg Kaiserstraße 141	Städt. Bürgerhospital	1	a b
6412 Gersfeld/Rhön Kreis Fulda	Sanatorium u. Krankenhaus Dr. Siegmund KG	1	b
6460 Gelnhausen Herzbachweg 14	Kreis Krankenhaus	1	a b c
6300 Gießen Schubertstraße 60	Bundeswehrlazarett	3	a b
Gießen Johannesstraße 7	Ev. Schwesternhaus Gießen	1	a b c
Gießen Friedrichstraße 25	Wilhelm-Conrad-Röntgen-Klinik	1	b
Gießen Klinikstraße 37	Kliniken der Justus-Liebig-Universität: Chirurgische Klinik	6	a
Gießen Klinikstraße 32	Frauenklinik	1	c
Gießen Klinikstraße 32 u. Friedrichstraße 27	Kinderklinik	1	c
Gießen Am Steg 18	Medizinische Klinik	4	b
Gießen Am Steg 18	Neurologische Klinik	2	c
Gießen Freiligrathstr. 2	Neuropsychiatr. Klinik	2	c
Gießen	Orthopädische Klinik	6	a
Gießen Tanncnweg 56	Spastikerzentrum der Arbeiterwohlf.	2	a

Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	Zahl der Praktikantenstellen	Tätigkeitsgebiet:		
			a) Chir. od. Orthopädie	b) Innere Krankheiten	c) Sonstige
1	2	3	4	5	6
6080 Groß-Gerau Wilhelm-Seipp-Straße	Kreis Krankenhaus	1	a	b	c
6081 Goddelau	Psych. Krankenhaus Philippshospital	1	b		
6450 Hanau/M. Nußallee 28	St. Vincenz-Krankenhaus	1	a	b	c
Hanau/M. Leimenstraße 20	Stadtkrankenhaus	1	a	b	c
6348 Herborn Austraße 40	Orth. Klinik des LWV Hessen	2	a		
6070 Langen	Dreieich-Krankenhaus	2	a	b	c
6320 Lich Goethestraße 4	Kreis Krankenhaus	1	b		
6250 Limburg Auf dem Schafsberg	St. Vincenz-Hospital	2	a	b	c
6050 Offenbach/M. Starkenburgering 66	Stadtkrankenhaus	2	a	b	c
Offenbach/M. Lichtenplattenweg Nr. 85	Ketteler-Krankenhaus	2	a	b	c
6090 Rüsselsheim Aug.-Bebel- Straße 59	Stadtkrankenhaus	1	a	b	c
6479 Schotten	Kreis Krankenhaus	1	a	b	c
6490 Schlüchtern Ludovica-v.- Stumm-Straße	Kreis Krankenhaus	1	a	b	c
6453 Seligenstadt Dudenhöfer Str. 9	Kreis Krankenhaus	1	a	b	
6330 Wetzlar Frankfurter Straße 59	Stadtkrankenhaus	1	a	b	c
6200 Wiesbaden Mosbacher Str. 10	Orthop. Klinik (Alfred-Erich-Heim) des LWV Hessen	5	a		
Wiesbaden	Kurbetriebe der Landes- hauptstadt (Kaiser-Friedr.-Bad, Rheuma-Klinik)	4	a	b	
Wiesbaden Schiersteiner Straße 43	Krankenhaus der Paulinenstiftung	1	a	b	c
Wiesbaden Solmsstraße 15	St. Josefs-Hospital	1	a	b	c
Wiesbaden Schwalbacher Straße 62	Kliniken der Landes- hauptstadt Wiesbaden	4*)	a	b	c
6292 Weilmünster/Ts. Weilstr. 10	Psych. Krankenhaus Weilmünster	1	a	b	c

Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	Zahl der Praktikantenstellen	Tätigkeitsgebiet:		
			a) Chir. od. Orthopädie	b) Innere Krankheiten	c) Sonstige
1	2	3	4	5	6
Regierungsbezirk Kassel					
6430 Bad Hersfeld Seilerweg 29	Kreis Krankenhaus	2	a	b	c
3437 Bad Sooden- Allendorf	Kurmittelhaus	5	b	c	
Bad Sooden- Allendorf Haintor 7	Sanatorium Kurhessen der LVA Hessen	2	b	c	
Bad Sooden- Allendorf Berliner Straße 3	Werra-Sanatorium der BfA	1	b	c	
3590 Bad Wildungen	Fachklinik Bad Wildungen der LVA Oldenburg- Bremen	2	b	c	
Bad Wildungen	Stadtkrankenhaus	1	a	b	c
Bad Wildungen- Reinhardshausen Privatweg 78a	Wald-Sanatorium	2	b	c	
6400 Fulda Edelzeller Straße 4	Städt. Krankenhaus	2	b	c	
3437 Hessisch-Lichtenau Am Mühlberg	Orthop. Klinik und Rehabilitationszentrum der Inneren Miss.	6	a		
3520 Hofgeismar Schützenhofweg 11	Christian-Stock- Kinder-Sanatorium	1	a		
6418 Hünfeld Niedertor 4	St. Elisabeth- Krankenhaus	2	a	b	c
3500 Kassel Möncheberger Straße 41	Stadtkrankenhaus	5	a	b	c
Kassel- Wilhelmshöhe Wilhelmshöher Allee 345	Orthop. Klinik	6	a		
3550 Marburg/L.	Kliniken der Philipps-Universität	15	a	b	c
3430 Witzenhausen Steinstraße 22	Kreis- und Stadt- krankenhaus	2	a	b	c
3579 Ziegenhain Krankenhausstraße	Kreis Krankenhaus	2	a	b	

*) Die Zahl entspricht der Anzahl der zur Aufsicht über die Praktikanten befugten Personen. Sie ändert sich automatisch mit einer Änderung der Anzahl der Aufsichtsbezugenen.

Anlage 3

Verzeichnis der zur Annahme von Praktikanten ermächtigten Krankenanstalten und Med. Badeanstalten für die Berufe des Masseurs und des Masseurs und Medizinischen Bademeisters

Anschrift	Einrichtungen Einrichtungen	K = Kranken- anstalten	B = Badenanst.	Anzahl der Praktikanten- stellen
1	2	3	4	
Regierungsbezirk Darmstadt				
6320 Alsfeld Marburger Str. 23	Institut für Physikalische Therapie, Ulrich Volmerz	B		1
6360 Bad Homburg v. d. H. Tannenwaldallee 50	Kur- u Badeanstalt Hirnverletztenheim	K B		1
Bad Homburg v. d. H. Urseler Str. 33	Kreiskrankenhaus	K B		1
Bad Homburg Landgrafenstr. 2-8	Parksanatorium Klinik der Bundesbahn- Versicherungsanstalt	K B		2*)
Bad Homburg Kaiser-Friedrich- Promenade 55	Sanatorium Geh.-Rat Trapp der LVA Hessen	K B		1
Bad Homburg Kaiser-Friedrich- Promenade 47	Sanatorium Wicker KG	K B		1
Bad Homburg Lulsenstr. 80	Versorgungsanstalt Gustav-Weigand-Stiftung	K B		1
6123 Bad König f. Odw.	Neues Badehaus der Kur- gesellschaft Bad König GmbH	B		1
Bad König f. Odw.	Kursanatorium Müller	B		1
Bad König f. Odw. Waldstr. 7	Odenwald-Sanatorium und Klinik Dr. W. Zimper	K B		2
6350 Bad Nauheim Ludwigstr. 29-31	Hessensanatorium der LVA Hessen	K B		1
Bad Nauheim Ludwigstr. 37-39	Klinik und Institut für Physikalische Medizin u. Balneologie d. Univ. Gießen	K B		6
Bad Nauheim Bahnhofsallee 10	Sanatorium Hassla der LVA Hessen	K		1
Bad Nauheim Kurstraße 43	Kurpark-Sanatorium	B		1
Bad Nauheim Quellenhof	Medizin. Badeanstalt der Kurverwaltung des Hess. Staatsbades	B		4
Bad Nauheim Kurstraße 32	Spree-Sanatorium der LVA Berlin	K B		3
Bad Nauheim Ludwigstr. 23	Sanatorium Rhein-Ruhr und Deutscher Hof der LVA Rheinprovinz	K B		3
Bad Nauheim Ernst-Ludwig- Ring 2	Sanatorium Grand Hotel der LVA Rheinprovinz	K B		2
Bad Nauheim Lindenstr. 15	Sanatorium „Victoria“ der LVA Württemberg	K B		1
Bad Nauheim Postfach 1329	Kurklinik Wetterau der BfA	K B		3
Bad Nauheim Goethestr. 4-6	Taunus-Sanatorium der BfA	K B		4
6482 Bad Orb	Bad Orb Gesellschaft mbH — Kurdirektion —	B		2
Bad Orb	Med. Badeanstalt und Massage-Praxis Werner Metzler	B		1
Bad Orb Sauerbornstr. 16	Kur-Diäthaus Regena	B		1
Bad Orb	Sanatorium Küppels- mühle	K B		1

Anschrift	ermächtigte ermächtigte	K = Kranken- anstalten	B = Badenanst.	Anzahl der Praktikanten- stellen
1	2	3	4	
Bad Orb Jahnstr. 29	Sanatorium Pfeiffer-Krug	K		1
Bad Orb Bennweg 5	Sanatorium Sonnenschein	K		1
Bad Orb Würzburger Str.	Spessart-Sanatorium	K B		3
6479 Bad Salzhausen	Phys. Therap. Betriebe des Hess. Staatsbades	B		5
Bad Salzhausen	Sanatorium „Am Römerwall“	K B		1
6208 Bad Schwalbach Emser Str. 29-31	Kreiskrankenhaus	K		1
Bad Schwalbach u. Schlangenbad	Kureinrichtungen des Hess. Staatsbades	K B		8*)
Bad Schwalbach Merianstraße 10	Kurklinik der LVA Oldenburg-Bremen	K B		1
Bad Schwalbach Parkstraße 6	Sanatorium der LVA Hessen	K		2
6291 Selters Sprudeistraße 25	Sanatorium Benediktus-Quelle	K B		4
6483 Bad Soden bei Salmünster Grovin-v.-Hutten- straße 14	Knappschafts-Sanatorium Kinzigtal der Ruhr- Knappschaft Bochum	K B		1
Bad Soden/ Salmünster	Kurheim Marienheim	B		1
6482 Bad Orb Salinenstr. 6/12	Quellenhof mit Villa Saline	K B		2
6483 Bad Soden/ Salmünster	Park-Sanatorium St. Georg	K B		1
6232 Bad Soden/Ts.	Eichwald-Sanatorium	K B		1
Bad Soden Ts.	Kreiskrankenhaus Main-Taunus	K B		1
Bad Soden Ts.	Kurverwaltung Bad Soden Ts.	B		1
Bad Soden/Ts. Debusweg 2	Taunus-Sanatorium der LVA Württemberg	B		4
6368 Bad Vilbel	Magistrat der Stadt Bad Vilbel — Heilbadeeinrichtung	B		3
Bad Vilbel Parkstr. 15/16	Sanatorium Haus Margarethe	K B		3
6140 Bensheim a. d. B.	Heil.-Geist-Hospital Hospitalstr. 81	B		1
Bensheim a. d. B.	Katharina-Schmidt- Badebetrieb	B		1
6142 Bensheim-Auerbach Heinrichstraße 4	Klinik Auerbach	K B		1
6483 Biblis Bahnhofstr. 27	Heinrich Lösch staatl. gepr. Masseur	B		1
3560 Biedenkopf	Med. Kurbadeanstalt Joh. Kurz	B		1
Biedenkopf Mühlweg 16	Kurbad Biedenkopf Inh. J. Gaschler	B		1
Biedenkopf	Med. Kurbad Fr. Schlink-Adolph	B		1
6094 Bischofsheim Mainzer Str. 15	Heinrich Ruppert Med. Badebetrieb	B		1
6333 Braunfels/Lahn Hubertus	Neurologisches Sanatorium	K B		2
Braunfels/Lahn	Kurbad	B		1
6470 Büdingen Auf der Schildwache 32	„Fischerhof“ Kurklinik für Psychosomatische Behandlungsweise	K B		1
6333 Braunfels	Kreiskrankenhaus „Falkeneck“	K B		1

Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	K = Kranken- anstalten	B = Badeanst.	Anzahl der Praktikanten- stellen
1	2	3	4	
6470 Büdingen Am Wildenstein 24	Kurheim „Am Wildenstein“ Fr. Gertr. Quickenstedt	B		1
Büdingen	Mathilden-Hospital	K	B	3
6308 Butzbach Bismarckstr. 9	Willi Arhelger, Masseur u. Med. Bademeister	B		1
6277 Camberg/Ts. Friebnitzstraße 16	Kurheim Geschw. Schmitt	B		1
Camberg/Ts.	Städt. Kurmittelhaus	B		1
6100 Darmstadt- Arheilgen Albrechtstr. 4	Massageinstitut Helmut Andres	B		2
6100 Darmstadt Saalbaustr. 36	Römerbad u. Saunabad	B		1
Darmstadt	Städt. Hallenbad Med. Bäderabt.	B		2
Darmstadt Goethestr. 59	Wolfgang Bothe Med. Badebetrieb	B		1
Darmstadt Dieburger Str. 31	Alice-Hospital	K		2
Darmstadt	Städt. Kliniken	K	B	3
3110 Dieburg Kratzeng. 1	Krankenhaus St. Rochus	K	B	1
Dieburg Fr.-Schubert- Straße 13	Anna Marg. Weber Badebetrieb	B		1
6340 Dillenburg Rotebergstr. 2	Kreiskrankenhaus	K	B	1
6380 Dornholzhausen üb. Bad Homburg v. d. H. Lindenstr. 6-8	Versehrtenheim	K	B	1
6228 Eltville/Rhg. Eltville Rhg. Rheingauer Str. 62	Stadtbad	B		2
	Kur- u. Badeanstalt Kurt Goetz	B		1
6069 Endbach üb. Gladenbach Krs. Biedenkopf	Kneipp-Kurinstitut Dr. Gerh. Meyer	K	B	1
6228 Eltville/Rhg. Rheingauer Str. 62	Städt. Krankenhaus	K	B	3
6069 Endbach	Kneipp-Rheuma-Bad	K	B	4
6122 Erbach/Odw.	Kreiskrankenhaus	K	B	1
6236 Eschborn Kurt-Schumacher- Straße 11, Ärztehaus	Rudolf Noss Masseur u. Med. Badem.	B		1
6093 Flörsheim/Main	St. Marienkrankenhaus	K	B	1
6000 Frankfurt/M. Friedberger Landstr. 430	Berufsgenossenschafil. Unfallkrankenhaus	K		1*)
Frankfurt/Main Zell 43	Bad an der Konstabler Wache, Rosemarie Noack	B		1
Frankfurt M. Holzhauser Str. 72	Diakonissenkrankenhaus	K		2
Frankfurt/M. 14 Wilhelmshöher Straße 279	Henry u. Emma Budge- Stiftung	B		1
Frankfurt/M. Im Prüfling 21	Diakonissenanstalt Bethanien	K	B	2
Frankfurt/M. Hochstraße 4	Der Magistrat der Stadt Ffm., Sport- u. Badeamt	B		5
Frankfurt/M. Scheffelstr. 2	Krankenhaus Maingau vom Roten Kreuz	K	B	2
Frankfurt/M. Höhenstraße 22	Med. Bad Carr und Paraffin-Institut	B		1

Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	K = Kranken- anstalten	B = Badeanst.	Anzahl der Praktikanten- stellen
1	2	3	4	
Frankfurt/M. Thomas-Mann- Straße 6b	Med. Badebetrieb Roland Heizel	B		2
6243 Falkenstein Debusweg 4	Taunusklinik Falkenstein	K	B	2
6000 Frankfurt/M. Ludwig-Rehn- Straße 14	Universitätskliniken Ffra.	K	B	unbegrenzt*)
Frankfurt/M. Pfortenstr. 20	Franz Röder	B		1
Frankfurt M. Gr. Friedberger Straße 32	Römerbad	B		1
Frankfurt/M. Richard-Wagner- Straße 14	St. Marienkrankenhaus	K	B	2
Frankfurt M. Seckbacher Landstraße 65	St. Katharina-Kranken- haus	K	B	2
Frankfurt/M. Rückertstr. 53	Sauna am Zoo — „Haus der Gesundheit“, Dr. B. Drexler	B		2
Frankfurt M. Wilhelm-Epstein- Straße 2	St. Markus-Krankenhaus	K	B	4
Frankfurt M. Gartenstr. 17	Sauna — Bad	B		1
Frankfurt M. Schillerstr. 28	Schillerbad H. u. W. Neumann	B		3
Frankfurt/M. Königswarter Straße 14	Rotes-Kreuz-Krankenhaus	K		2
Frankfurt/M. Im Trutz 23	Zentral-Sauna L. Keller u. Söhne KG	B		1
Frankfurt M. Richard-Wagner- Straße 14	St. Marien-Krankenhaus	K		2
Frankfurt M. Kriegskstr. 77	Gallus-Bad, E. Keller	B		1
6230 Frankfurt/M.- Höchst Zuckschwerdtstr. 12	Bolongaro-Bad, Inh. G. Stösche	B		1
Frankfurt/M.- Höchst Storchgasse 20	Med. Badeanstalt W. Schmelter & Sohn	B		1
Frankfurt/M.- Höchst Gotenstraße 6	Städt. Krankenhaus	K		1*)
Frankfurt/M.- Höchst Windhorststr. 31	Alten- u. Pflegeheim Victor-Gollancz-Haus	B		1
6000 Frankfurt/M.- Niederrad Marienburger Str. 2	Orthop. Universitäts- klinik Friedrichsheim	K	B	4
Frankfurt/M.- Niederrad Hch.-Hoffmann- Straße 10	Neurolog. u. Neuro- chirurg. Klinik	K		1
Ffm.-Praunheim Steinbacher Höhl 2	Krankenhaus Nordwest	K	B	4*)
Frankfurt/M.-Süd Am Mühlberg 30	Krankenhaus Bethanien	K		1
6230 Frankfurt/M.- Rödelheim Alexanderstraße 27	Bäder- u. Massage-Inst. „Jungborn“ d. Eheleute Werner u. El. Beier	B		1
6000 Frankfurt/M.-Süd Schifferstraße 78	Krankenhaus Sachsenhausen	K	B	2
6230 Frankfurt/M.- Sindlingen Farbenstraße 46	Jürgen Messenkopf, med. Badebetrieb	B		1

Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	K = Kranken- anstalten	B = Badenanst.	Anzahl der Praktikanten- stellen	Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	K = Kranken- anstalten	B = Badenanst.	Anzahl der Praktikanten- stellen
6360 Friedberg Kaiserstraße 141	Städt.-Bürgerhospital	K		1	6240 Königstein-Ts. Altenhainer Str. 1	„Haus Hainerberg“ der LVA Hessen	K	B	1
Friedberg Friedensstraße 13	Werner Gensrich Med. Badebetrieb	B		2	Königstein/Ts. Altkönigstr. 16	Privatklinik Dr. Amelung	K		1
6460 Gelnhausen Obere Haltzerg. 25	Diana-Bad R. Schmidthaus	B		2	Königstein/Ts. Ölmühlweg 65	Sanatorium Dr. KÜchler GmbH	K		1
Gelnhausen Herzbachweg 14	Kreiskrankenhaus	K	B	1	Königstein/Ts.	„Tanusheim“ Bundes- bahnklinik für Herz- und Gefäßkrankheiten	K	B	1
6300 Gießen Schubertstr. 60	Bundeswehr-Lazarett	K	B	1	6383 Köppern-Ts.	Waldkrankenhaus des LWV Hessen	K	B	1
Gießen	Kliniken der Justus- Liebig-Universität				6242 Kronberg/Ts. Schillerstr. 5	Erna Eisendraht	B		1
Am Steg 18	Neurologische Klinik	K		1	6840 Lampertheim Krimhildenstr. 11	Kurbad Steffan, Inh. Norbert Schinner	B		1
Freillgrathstr. 2	Orthop. Klinik	K	B	2	Lampertheim Arndtstr. 5	Moorbad Lampertheim	B		1
Gießen Diezstraße 11	Institut für Kurbäder u. Massage L. Kratz	B		3	Lampertheim Arndtstr. 5	Moorbad Karl Mitsch	B		1
Gießen Marburger Straße 251	Medizinal-Kurbad Fr. Inge Schuster	B		1	6070 Langen	Dreieich-Krankenhaus	K	B	2
3568 Gladenbach Marktweg 9	Ursula Theis, med. Badeanstalt	B		1	Langen Friedrichstr. 11	Elisabeth Bahr, Med. Badebetrieb	B		1
6949 Gras-Ellenbach Krs. Bergstr.	Heinrich-Glücklich-Haus, Dr. Karl Hillebrandt	K	B	1	Langen Darmstädter Str. 16	Horst Zielke, Med. Badebetrieb	B		1
6080 Groß-Gerau Wilh.-Seipp-Str.	Kreiskrankenhaus	K	B	2	6451 Klein-Krotzen- burg/M. Schleusenstr. 15	Badebetrieb B. + J Krammlig	B		2
6114 Groß-Umstadt Krankenhausstr. 3	Kreiskrankenhaus	K	B	2	6420 Lauterbach Bahnhofstr. 78	Camilla Kimm, Med. Badebetrieb	B		1
6305 Großen-Buseck Bismarckstr. 41A	Peter Knauber, Masseur u. med. Bademeister	B		1	Lauterbach Goldhelg 44	Therapeut. Institut, Dr. Karlheinz Wagner	B		1
6310 Grünberg Ailsfelder Str. 2	Heilbad Schnurre, Heinz Schnurre	B		1	Lauterbach	Krankenhaus Elchhof	K		1
6949 Hammelbach-Odw.	Diät- und Kneippkurheim „Tannenhöhe“ Fr. Gertrud Werner	B		1	6320 Lich Goethestraße 4	Kreiskrankenhaus	K		2
6450 Hanau M. Nußallee 28	St. Vincenz-Krankenhaus	K	B	2	6150 Limburg Auf d. Schafsberg	St. Vincenz-Hospital	K	B	4
Hanau Leimenstr. 20	Stadtkrankenhaus	K	B	2	6145 Lindenfels/Odw.	Städt. Bäder- und Massageinstitut	B		2
6301 Hausen üb. Gießen Breslauer Str. 13	Massage- u. Bäder- institut, Horst Bilke	B		1	6143 Lorsch Friedenstraße 2	Dr. med. Erwin Kretzmar, Facharzt für Chirurgie	B		1
6055 Hausen, Krs. Offenbach Beethovenstr. 15	Med. Badebetrieb	B		1	6078 Neu-Isenburg Georg-Büchner- Straße 1	Ärztehaus Neu-Isenburg GmbH, Med. Institut	B		4
6148 Heppenheim/ Bergstraße	Psychiatr. Krankenhaus des LWV Hessen	B		1	Neu-Isenburg Waldstraße 128	Heilbad Frau Margarete Wegener	B		1
Heppenheim Gräffstraße 30	Saunabad, Inh. Peter Rhein, Masseur u. med. Bademeister	B		1	6051 Nieder-Roden Max-Planck-Str. 4	Gerhard Knapp, Masseur u. med. Bademeister	B		1
6348 Herborn Dillkrs. Rosenwäldchen	Heilbad-Schwan Ferd. u. Annerose Schwan	B		2	6478 Nidda	Med. Bade- u. Massage- institut Hubertus Hubert M. Weißensel	B		1
Herborn Dillkrei Austraße 40	Orthop. Klinik des LWV Hessen	K	B	2	6376 Oberhöchstadt/Ts. Feldbergstr. 13-15	Altkönigstift — Abtl. f. physikalische Therapie	B		1
Herborn Dillkrei Austraße 40	Psychiatr. Krankenhaus des LWV Hessen	K	B	3	6053 Obertshausen Berliner Str. 7	Horst Greff, Med. Badebetrieb	B		2
6056 Heusenstamm Leibnizstraße 10	Hans Wiegand, med. Badebetrieb	B		1	6370 Oberursel/Ts. Friedloser Str. 2	Kuranstalt Hohe Mark	K	B	1
6341 Hillersbach bei Hirzenhain/Oberh.	Kurheim der LVA Hessen	K	B	2	6050 Offenbach/M. Lichtenplatten- weg 85	Ketteler-Krankenhaus	K	B	2
6421 Hochwaldhausen- Ilbeshausen über Lauterbach	Genesungsheim der AOK Kassel	B		1	Offenbach Starkenburgering 66	Stadtkrankenhaus	K	B	4
6238 Hofheim/Ts. Elisabethenstr. 15	Heru Sauna-Med. Bad Rud. Habermann	B		1	Offenbach/M. Friedrichsring 2	Römerbad Offenbach	B		4
Hofheim/Ts. Kurhausstr. 15	Sanatorium San.-Rat Dr. Schulze-Jahleiss	K	B	2	Offenbach/M.	Stadtwerke-Bäderabtlg.	B		2

Anschrift	Einrichtungen ermächtigte	K = Kranken- anstalten B = Badeanst.	Anzahl der Praktikanten- stellen
1	2	3	4
6149 Rimbach/Odw. Mozartstr. 3	Wolfgang Schopen, Masseur u. med. Bade- meister	B	1
6102 Pfungstadt Sandstraße 57	Massage-Praxis Söhngen	B	2
6301 Rodheim-Bieber Am Rillscheid	Institut für Physikal. Therapie, Horst Speier	B	1
6220 Rüdeshelm Elbinger Str. 9	Krankenhaus St. Joseph	K B	1
6090 Rüsselsheim Frankfurter Str. 9	Kurbad Abert	B	1
Rüsselsheim August-Bebel- Straße 59	Stadtkrankenhaus	K B	2
Rüsselsheim Lahnstraße 9	Dr. Günter S. Steeger Facharzt für Orthopädie	B	2
6129 Sandbach	Ernst-Ludwig-Sanatorium der LVA Hessen	K B	2
6490 Schlüchtern Ludovica-v.- Stumm-Straße	Kreiskrankenhaus	K	1
6479 Schotten	Kreiskrankenhaus	K B	1
6453 Seligenstadt Waidweg 7	Med. Badebetrieb, Anne- liese u. Bernhard Blumör	B	1
Seligenstadt Dudenhöfer Str. 9	Kreiskrankenhaus	K B	1
6079 Sprendlingen Immanuel-Kant- Str. 4	Massagebetrieb W. und K. Ronge	B	1
6463 Somborn Hauptstraße 106	Therap. Institut Heinz u. Hanna Wese- mann	B	1
6369 Nidderau 1 Hallenbad	Lothar Neumann, Med. Badeanstalt	B	1
6390 Usingen/Ts. Haltsteiner Allee 1-5	Kreiskrankenhaus Usingen	K B	1
6806 Viernhelm Heinrich-Lanz- Ring 2	Kurbad und Sauna, Inh. Günter Wagner	B	3
6948 Waldmichelbach/ Odw., Birkenweg 19	Kurbad Taufertshöfer	B	1
6290 Weilburg Hainallee 3	Weilburger Kurbadeanstalt	B	1
6330 Wetzlar Domplatz 10	Dr. Fieber, Med. Bade- anstalt	B	1
Wetzlar Domplatz 10	Günther Quilitzsch, Med. Badeanstalt	B	1
6292 Weilmünster Weilstr. 10	Psychiatr. Krankenhaus	K B	1
6330 Wetzlar	Stadtbad	B	2
Wetzlar Schillerplatz 10	Dr. Walter Schäfer, Facharzt für Orthopädie	B	1
Wetzlar Frankfurter Straße 59	Stadtkrankenhaus	K B	3
6200 Wiesbaden Chausseehaus	Genesungsheim „Haus Taunusblick“	B	1
Wiesbaden Kranzplatz 1	Hotel Rose Kochbrunnen-Badehaus	B	1
Wiesbaden Kranzplatz 12	Hotel „Schwarzer Bock“ Kochbrunnen-Badehaus	B	1
Wiesbaden	Kurbetriebe der Landes- hauptstadt (Kaiser- Friedr.-Bad, Rheuma- Klinik)	K B	6

Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	K = Kranken- anstalten B = Badeanst.	Anzahl der Praktikanten- stellen
1	2	3	4
Wiesbaden Mosbacher Str. 10	Orthop. Klinik (Alfred-Erich-Heim)	K B	2*)
Wiesbaden Schiersteiner Str. 43	Krankenhaus der Paulinenstiftung	K B	2
Wiesbaden Solmsstraße 15	St. Josefs-Hospital	K B	2
Wiesbaden Parkstraße 8	Dr. B. Drexler „Haus zur Gesundheit“	K B	3
Wiesbaden Paulinenstraße 19	Europäische Gesellschaft Kur- u. Erholungshäuser e. V., Haus am Kurpark	B	1
Wiesbaden Schwalbacher Straße 62	Klinik der Landeshaupt- stadt	K B	1
Wiesbaden Wilhelmstraße 8	Thermalbad P. und D. Dvorak	B	1
6202 Wi.-Biebrich Rathausstr. 57	Massageinstitut	B	1
6141 Winterkasten/Odw.	Eleonorenklinik und Kinderheilstätte der LVA Hessen	K B	2

*) Die Zahl entspricht der Anzahl der zur Aufsicht über die Praktikanten befugten Personen. Sie ändert sich automatisch mit einer Änderung der Anzahl der Aufsichtsbezugten.

Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	K = Kranken- anstalten	B = Badeanst.	Anzahl der Praktikanten- stellen	Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	K = Kranken- anstalten	B = Badeanst.	Anzahl der Praktikanten- stellen
1	2	3	4	5	1	2	3	4	5
Regierungsbezirk Kassel					3558	Frankenberg Bottendorfer Str. 3	Bade- u. Massageinstitut Josef Föllmann	B	2
3527	Allendorf Kreis Marburg	Massageinstitut Ursula Baumgart	B	1	3580	Fritzlar	Hospital z. hl. Geist	K	1
3548	Arolsen Postfach 169	Stadtkrankenhaus	K	1	6400	Fulda Mühlenstraße 3	Med. Badeanstalt der AOK	B	2
	Arolsen	Kurmittelhaus	B	2	3441	Eltmannshausen Soodener Str. 23	Massage- u. med. Badeanstalt	B	1
	Arolsen Bahnhofstraße 46	Karl-Heinz Volkland, Masseur u. med. Bademeister	B	1	6400	Fulda Butlerstraße 74	Herz-Jesu-Krankenhaus	K	2
6430	Bad Hersfeld Sellerweg 29	Kreiskrankenhaus	K B	4		Fulda Josefstraße 10	Udo Werner, Masseur u. med. Bademeister	B	1
	Bad Hersfeld	Kureinrichtungen des Staatsbades	K	2		Fulda Kurfürstenstr. 28	Institut für Physio- therapie Robert Hohmann	B	1
	Bad Hersfeld Am Hopfengarten 7	Massageinstitut/Sauna- Bad, Walter Kieseewetter	B	2		Fulda Edelzeller Str. 4	Städt. Krankenhaus	K B	2
	Bad Hersfeld	Badehäuser der Städt. Kurverwaltung	B	4	6412	Gersfeld/Rhön	Sanatorium Dr. Sieg- mann	K B	1
6427	Bad Salzschlirf Riedstraße 19	Krankenanstalt und Sanatorium Lock	B	1	3525	Helmarshausen über Hofgelsmar	Bezirkskrankenhaus der Arbeiterwohlfahrt Hessen-Nord e. V.	K B	1
	Bad Salzschlirf	Kurmittelhaus der Kurverwaltung AG	K B	10	3437	Hess. Lichtenau	Orth. Klinik und Rehabilitationszentrum der Inneren Mission	K B	4
3437	Bad Sooden- Allendorf	Kurmittelhaus der Städt. Kurverwaltung	K B	6	3520	Hofgelsmar Schützenhofweg 11	Christ.-Stock- Kindersanatorium	K	1
	Bad Sooden- Allendorf Balzerbornweg 27	Sanatorium Balzerborn	K B	1		Hofgelsmar	Ev. Krankenhaus Gesund- brunnen, Spezialkranken- haus für chronische Krankheiten u. Alters- leiden	K B	3
	Bad Sooden- Allendorf	Sanatorium Kurhessen der LVA Hessen	K B	2		Hofgelsmar Liebnauer Str. 1	Kreiskrankenhaus	K B	1
	Bad Sooden- Allendorf Hardtstraße 36	Sonnenberg-Sanatorium M. u. W. Wicker	B	1	3588	Homburg/Elze	Kreiskrankenhaus	K B	2
	Bad Sooden- Allendorf Berliner Str. 5	Werra-Sanatorium der BfA	K B	2	3522	Karlshafen	Kindersolbad des LWV Hessen	K	3
3590	Bad Wildungen	Fachklinik Bad Wildungen der LVA Oldenburg- Bremen	K B	2		Karlshafen	Ruth Kiener, Massage-Institut	B	1
	Bad Wildungen Brunnenallee 39	Sanatorium Fürstenhof	K	2	6414	Hilders/Rhön Kirchstraße	Med. Bäderabtlg. Markt- gemeinde Hilders, Inh. Margit Brenner	B	1
	Bad Wildungen Rich.-Kirchner- Straße 19	Institut Sunthelm	B	2	3501	Guxhagen- Ellenberg Brunslarer Str. 51	Badebetrieb Hildegard Leipholz	B	1
	Bad Wildungen	Kurmittelhaus der Kur- verwaltung des Staats- bades	K B	6	6418	Hünfeld Niedertor 4	Bürgerhospital St. Elisabeth-Krankenhaus	K	1
	Bad Wildungen Hufelandstraße 18	Park-Sanatorium	K B	2	3500	Kassel Friedr.-Ebert- Straße 49	Maren Büttner, Institut für Massagen, Gymnastik und Bestrahlungen	B	2
	Bad Wildungen Brunnenallee 54	Sanatorium u. Kurklinik Quellenhof, Dr. Klenie	K B	3		Kassel Königstr. 5-11	Bäderbetrieb der Städt.- Werke AG	B	5
	Bad Wildungen- Reinhardshausen	Privatkrankenanstalt „Waldsanatorium“	K B	2		Kassel Hansteinstraße 29	Rotes-Kreuz-Krankenhaus	K	1
	Bad Wildungen Am Kurpark	Kurbad Sanatorium Schumacher-Wicker KG	B	4		Kassel- Wilhelmshöhe Wilhelmshöher Allee 299	Institut Dr. Hans Stück	B	1
	Bad Wildungen	Stadtkrankenhaus	K	1		Kassel Goethestraße 85	Kurhess. Diakonissenhaus	B	1
	Bad Wildungen- Reinhardshausen	Bad Reinhardtsquelle Kur- und Badebetrieb	K B	4		Kassel Fr.-Ebert-Str. 92	Heil- u. Moorbad Helene Ulbricht	B	1
	Bad Wildungen Rich.-Kirchner- Straße 9	Sanatorium Windhuk Alfred Roth	B	1		Kassel Sternstraße 20	Sanatorium Jungborn Helmut Ulbricht	B	1
3501	Baunatal I Humboldtstr. 15	Jochen Racke	B	2		Kassel- Bettenhausen Pfarrstraße 19	Klinik Dr. Koch	K	2
5870	Borken	Massage-Institut Frau Irmhild Nagel	B	1		Kassel Kurt-Schumacher- Straße	Bad und Sauna Am Stern Pfaltrath-Henneberg	B	1
3554	Cappel Simmesstraße 5	Karl-Heinz Born, Massage-Institut	B	1					
3440	Eschwege Luisenstraße 23	Kreiskrankenhaus	K B	3					

Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	K = Kranken- anstalten B = Badeanst.	Anzahl der Praktikanten- stellen
1	2	3	4
Kassel Möncheberg- straße 41-43	Stadtkrankenhaus	K B	4
Kassel Karthäuserstr. 19	Massageinstitut Bad Steinert	B	2
Kassel Weinbergstr. 7	Elisabeth-Krankenhaus	K	1
Kassel Wilhelmstraße 15	Kur- und Heilbad Wilhelm	B	2
Kassel Dennhäuserstr. 156	Ludwig-Noll- Krankenhaus	K B	1
Kassel Weserstraße 13	Jürgen-Meykranz- Massage	B	1
Kassel- Rothenditold Marburger Str. 85	Marienkrankenhaus	K	1
Kassel- Bettenhausen Dorfstraße 29	Massagebetrieb Willi Stratmann	B	1
Kassel- Wilhelmshöhe Im Druselstal 12	Senioren-Wohnsitz- Wilhelmshöhe Sanator.	B	2
Kassel- Harleshausen Klinikstraße 5/16	Königin-Elena-Klinik	K B	1
Kassel- Wilhelmshöhe Wiegandstraße 1	Kuranstalt der Bundes- Betriebskrankenkasse	K B	2
Kassel- Wilhelmshöhe Wilhelmshöher Allee 299	Med.- u. Kneipp-Bad Dr. Stück, Bes. Marie-Luise Kranz	B	1
Kassel- Wilhelmshöhe Wilhelmshöher Allee 345	Orthop. Klinik des LWV Hessen	K B	4
Kassel- Wilhelmshöhe	Privatkrankenanstalt Dr. Rohrbach	K B	6
3540 Korbach Enser Straße 19	Stadtkrankenhaus	K	2
Korbach Bahnhofstraße 14	Hartmut Lattemann, Institut f. Physiotherapie	B	1
3550 Marbach Emil-von-Behring- Straße 28	Kurbad Berggarten, Inh. Friedbert u. Claude Witte, Sauna u. med. Badeanstalt	B	1
3550 Marburg/L. Pilgrimstein 35	Städt. Bäder	B	2
Marburg Bismarckstraße 20	F. W. Heinz, med. Bade- anstalt	B	1
3508 Melsungen Fr.-Gleim-Str. 11	Klinisches Sanatorium u. Klinik Dr. Wittich	K B	2
Melsungen Kasseler Str. 74	Städt. Krankenhaus	K	1
3579 Neukirchen	Waldsanatorium Urbachtal, Dr. Bartsch	K B	1
3504 Oberkaufungen	Horst Vogeler Masseur u. med. Bademeister	B	1
6442 Rotenburg/Fulda Am Kratzberg 1	Kreiskrankenhaus	K B	2
3578 Treysa Bahnhofstraße 28	Bernd Albrecht	B	1
Treysa	Hess. Brüderhaus e. V. Anstalten Hephata	K	2
3549 Volkmarsen Elisabeth- Krankenhaus	Fr. Anna Fliggen, med. Badeanstalt	B	1
3542 Willingen, Kreis Waldeck Am Orenberg 4	Kurmittelhaus Willingen Inh. Karl u. Gisela Wagner	B	2

Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	K = Kranken- anstalten B = Badeanst.	Anzahl der Praktikanten- stellen
1	2	3	4
Willingen	Kuranstalt	B	1
Willingen	Kuranstalt, lt. Arzt Dr. med. Hans Schmidt	B	1
3502 Vellmar 1 Staufenbergstr. 7	Frau Helga Schrage, Massagen und med. Bäder	B	1
3430 Witzenhausen Steinstraße 22	Kreis- u. Stadtkranken- haus	K	1
Witzenhausen Teichhöfen 2	Klinik am Warteberg z. Witzenhaus. (Nestophiler Verein e. V.)	K	1
3547 Wolfhagen Am Kleinen Ofenberg	Kreis- u. Stadtkranken- haus	K B	2
3569 Wommelshausen Rathausstraße 12	Hans-Jürgen Körner, med. Badeanstalt	B	1
3579 Ziegenhain Krankenhausstr.	Kreiskrankenhaus	K B	2
3581 Zwesten bei Bad Wildungen Hardtstr.	Hardtwaldklinik, Werner Wicker	K	2
3417 Wahlsburg 3	Klinik u. Rehabilitations- zentrum Lippoldsberg	K	2

* Die Zahl entspricht der Anzahl der zur Aufsicht über die Praktikanten befugten Personen. Sie ändert sich automatisch mit einer Änderung der Anzahl der Aufsichtsbezugten.

Anlage 4

Verzeichnis der zur Beschäftigung von Praktikanten ermächtigten Krankenanstalten für den Beruf der Beschäftigungstherapeuten

Anschrift	ermächtigte Einrichtung	Praktikanten- stellen
1	2	3

Regierungsbezirk Darmstadt

6380 Bad Homburg Tannenwaldallee 50	Hirnverletztenheim Neurologische Klinik Institut für Rehabilitation	1
6100 Darmstadt Fünfkirchner Straße 13	Verein zur Förderung und Betreuung spastisch gelähmter Kinder	1
6243 Falkenstein Debusweg 4	Taunusklinik Falkenstein	8
6000 Frankfurt/M.	Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie der Johann Wolfgang Goethe- Universität	1
Frankfurt/M. Friedberger Landstraße 430	Berufsgenossenschaft- liches Unfallkrankenhaus	2
Frankfurt/M. Windhorststr. 31	Victor-Gollancz-Haus Alten- und Pflegeheim des Frankfurter Ver- bandes für Altersfür- sorge e. V.	7
6230 Frankfurt/M.- Höchst Giftenstr. 6-8	Städt. Krankenhaus Ffm.-Höchst	4
6000 Frankfurt/M.- Niederrad Marienburgstr. 2	Orthop. Universitätsklinik Friedrichsheim	2*)
6300 Gießen Am Steg 18	Neuropsychiatrische Klinik der Justus-Liebig- Universität	2
6100 Darmstadt Fünfkirchner Straße 13	Verein z. Förderung u. Betreuung spast. gelähmt. Kinder e. V.	1

Anschrift	ermächtigte Einrichtungen	Praktikantenstellen
1	2	3
6000 Frankfurt/M. Deutschordenstr. 50	Klinik f. Kinder- u. Jugendpsychiatrie d. J. W. Goethe-Univ.	1
6300 Gießen Freiligrathstr. 2	Orthopädische Klinik der Justus-Liebig-Universität	3
Gießen	Albert-Schweitzer-Schule	1
6081 Goddelau	Psychiatrisches Krankenhaus „Philipps-Hospital“ LWV Hessen	1
6270 Idstein Postfach 1268	Jugendpsychiatr. Klinik — Kinder- und Familientherapie —	2
Regierungsbezirk Kassel		
3437 Hess. Lichtenau Am Mühlenweg	Orthopäd. Klinik und Rehabilitationszentrum der Inneren Mission	2
3500 Kassel	Orthopäd. Klinik des LWV Kassel	2
3417 Lippoldsberg	Waldsanatorium der Inneren Mission	3
3550 Marburg/L. Robert-Koch-Str. 8	Orthopädische Klinik und Poliklinik der Universität	2
3550 Marburg/L. Cappeler Str. 98	Psychiatrisches Krankenhaus Marburg	3

*) Die Zahl entspricht der Anzahl der zur Aufsicht über die Praktikanten befugten Personen. Sie ändert sich automatisch mit einer Änderung der Anzahl der Aufsichtsbezugenen.

Anlage 5

Verzeichnis der zur Beschäftigung von Praktikanten ermächtigten Universitätskliniken für den Beruf der Orthoptisten/Orthoptistinnen

Anschrift	ermächtigte Einrichtung	Praktikantenstellen
1	2	3
Regierungsbezirk Darmstadt		
6000 Frankfurt/M. Theodor-Stern-Kai 7	Med. Klinik der Johann Wolfgang Goethe-Universität	unbegrenzt*)
Frankfurt/M. Ludwig-Richter-Str. 14	Universitätsklinik	1*)
6230 Frankfurt/M.-Höchst Gotenstraße 6	Städt. Krankenanstalten	2
6300 Gießen	Universitäts-Augenklinik	1*)
Regierungsbezirk Kassel		
3500 Kassel Mönchebergstraße 41/43	Stadtkrankenhaus, Augenklinik	1
3550 Marburg/L.	Universitäts-Augenklinik	2

*) Die Zahl entspricht der Anzahl der zur Aufsicht über die Praktikanten befugten Personen. Sie ändert sich automatisch mit einer Änderung der Anzahl der Aufsichtsbezugenen.

1433

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Verwaltungsabkommen über die Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland — Institut für angewandte Vogelkunde —

Nachstehend wird das o. a. Verwaltungsabkommen bekanntgemacht.

Wiesbaden, 31. 10. 1973 **Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt**
III A 6 — 1172 — F 77
StAnz. 47/1973 S. 2052

*

Verwaltungsabkommen über die Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland — Institut für angewandte Vogelkunde —

Zwischen den Ländern

Hessen, gesetzlich vertreten durch den Ministerpräsidenten, dieser vertreten durch den Minister für Landwirtschaft und Umwelt,

Rheinland-Pfalz, gesetzlich vertreten durch den Ministerpräsidenten, dieser vertreten durch den Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz,

Saarland, gesetzlich vertreten durch den Ministerpräsidenten, dieser vertreten durch den Minister für Finanzen und Forsten

und der Stadt Frankfurt am Main, vertreten durch den Magistrat,

wird folgendes Abkommen geschlossen:

§ 1 Errichtung der Vogelschutzwarte durch das Land Hessen

(1) Das Land Hessen errichtet die Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland — Institut für angewandte Vogelkunde — in Frankfurt am Main. Die Vogelschutzwarte wird der Hessischen Landesanstalt für Umwelt angegliedert, die dem Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt untersteht.

(2) Die Auflösung der bestehenden Vogelschutzwarte — Institut für angewandte Vogelkunde — Frankfurt am Main e. V.

wird von den am Verwaltungsabkommen Beteiligten, die Trägermitglieder des Vereins sind, bei dem Verwaltungsrat des Vereins vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens beantragt.

(3) Das Land Hessen erklärt sich bereit, mit Wirkung vom 1. Januar 1973 die Bediensteten der bisherigen Vogelschutzwarte in den Landesdienst nach Maßgabe der beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen zu übernehmen.

§ 2 Aufgaben der Vogelschutzwarte

(1) Die Vogelschutzwarte berät die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland sowie die Stadt Frankfurt insbesondere auf folgenden Gebieten: Allgemeiner Vogelschutz im Rahmen der Naturschutzgebung, biologische Schädlingsbekämpfung mit Hilfe der Vögel in der Land- und Forstwirtschaft, Abwehr von Vogelschäden in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Luftverkehr.

(2) Weitere Aufgaben der Vogelschutzwarte sind: Untersuchungen zur Ökologie und Biologie solcher Vogelarten, die im Zusammenhang mit den vorstehend erwähnten Aufgaben stehen, Durchführung von Lehrgängen, Öffentlichkeitsarbeit über Vogelschutz.

§ 3 Kuratorium und Stimmrecht

(1) Bei wichtigen und grundsätzlichen Entscheidungen, die die Vogelschutzwarte betreffen, ist ein Kuratorium zu hören, das aus stimmberechtigten und nicht stimmberechtigten Mitgliedern besteht. Das Kuratorium wirkt insbesondere bei der Planung der Arbeiten und bei der Aufstellung des Haushaltsvoranschlags beratend mit.

(2) Dem Kuratorium gehören als stimmberechtigte Mitglieder an:

1. ein Vertreter des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt als Vorsitzender,
2. ein Vertreter des Magistrats der Stadt Frankfurt als stellvertretender Vorsitzender,
3. ein Vertreter des Ministers für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz des Landes Rheinland-Pfalz,
4. ein Vertreter des Ministers für Finanzen und Forsten des Saarlandes.

(3) Auf die vorstehend genannten stimmberechtigten Mitglieder verteilen sich die Stimmen wie folgt: Der Vertreter des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt erhält 3 Stimmen, der Vertreter des Ministers für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz des Landes Rheinland-Pfalz erhält 2 Stimmen, der Vertreter des Magistrats der Stadt Frankfurt und der Vertreter des Ministers für Finanzen und Forsten des Saarlandes erhalten je 1 Stimme.

(4) Dem Kuratorium gehören als nicht stimmberechtigte Mitglieder an:

1. ein Vertreter der Hessischen Landesanstalt für Umwelt,
2. ein Vertreter des Landesamtes für Umweltschutz Rheinland-Pfalz,
3. ein Vertreter des Deutschen Bundes für Vogelschutz,
4. die Präsidenten der Landesjagdverbände Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland,
5. der Leiter des Stadtforstamtes Frankfurt,
6. der Leiter des Gartenamtes der Stadt Frankfurt,
7. der Leiter eines Pflanzenschutzamtes der beteiligten Länder,
8. ein Vertreter der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft,
9. ein Vertreter des Landesverbandes Hessen der Kleingärtner.

(5) Bei Bedarf können Sachverständige zu Sitzungen des Kuratoriums hinzugezogen werden.

(6) Das Kuratorium gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 4 Beteiligung an den Kosten

(1) Die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland sowie die Stadt Frankfurt beteiligen sich an den persönlichen und sächlichen Verwaltungsausgaben und den Ausgaben für Investitionen der Vogelschutzwerke nach folgendem Schlüssel:

Hessen	47%
Rheinland-Pfalz	26%
Saarland	9%
Stadt Frankfurt	18%

(2) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die Ausgaben für Bauunterhaltung und Bauinvestitionen einschließlich Grunderwerb und Erschließung. Die hierfür erforderlichen Ausgaben werden vom Land Hessen allein getragen, in dessen Eigentum die Gebäude und die Liegenschaften der Vogelschutzwerke übergehen. Die Stadt Frankfurt als Anfallberechtigte des aufgelösten Vereins wird das hierfür Erforderliche veranlassen.

(3) Der Haushaltsvoranschlag bedarf der Zustimmung der Länder Rheinland-Pfalz und Saarland sowie der Stadt Frankfurt. Werden im Gesetzgebungsverfahren zusätzliche Maßnahmen beschlossen, trägt das Land Hessen die daraus begründeten Ausgaben, soweit sie von den Vertragspartnern nicht genehmigt werden. Zu erwartende Mehrausgaben im Vollzug des Haushaltsplanes bedürfen einer Zustimmung nur dann, wenn sie nicht auf rechtlicher Verpflichtung beruhen.

(4) Rheinland-Pfalz, Saarland und die Stadt Frankfurt leisten zum 1. April eines jeden Jahres eine Abschlagszahlung in Höhe von 50 v. H. des zu erwartenden Kostenanteils und bis zum 10. Dezember die Abschlußzahlung auf der Grundlage der zu erwartenden Istaussgaben für das laufende Haushaltsjahr.

(5) Sondermittel, die der Vogelschutzwerke für Forschungsaufträge zur Verfügung gestellt werden, dürfen nicht zur Deckung allgemeiner Ausgaben Verwendung finden.

§ 5 Kündigung

Dieses Abkommen wird für 10 Jahre geschlossen. Es verlängert sich jeweils um 4 weitere Jahre, wenn es nicht vor Ablauf mit zweijähriger Frist gekündigt wird. Die Kündigung hat schriftlich gegenüber allen Vertragsschließenden zu erfolgen.

§ 6 Inkrafttreten

Dieses Verwaltungsabkommen tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1973 in Kraft.

Wiesbaden, 5. 10. 1973

Für das Land Hessen

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt
gez. Dr. Best

Für das Land Rheinland-Pfalz

Der Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz
gez. Meyer

Für das Saarland

Der Minister für Finanzen und Forsten
In Vertretung
gez. Peter
Ministerialdirektor

Für die Stadt Frankfurt am Main

gez. Arndt
gez. Lingnau
(Stadtkämmerer)

1434

Gebührenordnung für amtstierärztliche Dienstgeschäfte

Bezug: Erlaß vom 5. Juli 1973 (StAnz. S. 1450)

Die o. a. Gebührenordnung wird wie folgt berichtigt beziehungsweise ergänzt:

In Teil A Nr. 1 Buchstabe e) bis h):

e) Geflügel	1—100 Tiere	4,— DM
	jedes weitere Tier	0,05 DM
Küken	1—1000 Tiere je 100 Tiere	4,— DM
	jede weiteren 100 Tiere	1,— DM
f) Großpapageien	je Tier bis zu 25 Tieren	2,— DM
	jede weiteren 10 Tiere	1,— DM
	Mindestgebühr	8,— DM
g) Großsittiche	je 10 Tiere bis zu 100 Tieren	4,— DM
	jede weiteren 10 Tiere	1,— DM
	Mindestgebühr	8,— DM
h) sonstige Psittaciformes	je 10 Tiere bis zu 100 Tieren	2,— DM
	jede weiteren 50 Tiere	1,— DM
	Mindestgebühr	8,— DM

In Teil B

ist bei der Überschrift hinter dem Wort „Ausland“ einzufügen „und dem Gebiet der DDR“.

Wiesbaden, 10. 8. 1973

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt
VI A 1 — 19 a 22/07 a
St.Anz. 47/1973 S. 2053

1435

Personalnachrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

Hessisches Landeskriminalamt

ernannt:

zum **Assistenten** Oberamtsmeister (BaL) Günter Gückinger (19. 10. 1973);

zum **Polizeiobermeister** Polizeimeister (BaL) Jürgen Dyroff;

zu **Kriminalobermeistern** die Kriminalmeister (BaP) Günter Schnegelsberg, Reinhard Vogt, Franz-Jürgen Zöller (sämtlich 31. 10. 1973);

berufen in das Beamtenverhältnis auf **Lebenszeit**:
Kriminalobermeister (BaP) Wolfgang Milke (31. 10. 1973);

versetzt:

zum Magistrat der Stadt Kassel Kriminalmeister (BaP) Wolfgang Stracke (1. 11. 1973);
 von der Schutzpolizei der Landeshauptstadt Wiesbaden Polizeiobermeister (BaP) Herbert Zachariasz, Polizeimeister (BaP) Harald Noll (beide 15. 10. 1973).

Wiesbaden, 1. 11. 1973

Hessisches Landeskriminalamt
 VII/1 — 8

StAnz. 47/1973 S. 2053

Hessische Polizeischule

ernannt:

zum **Polizeihauptmeister (BaL)** Polizeiobermeister (BaL) Lothar Dyck (1. 10. 1973);
 zum **Polizeiobermeister** Polizeimeister (BaP) Peter-Paul Bartels (1. 10. 1973);
 zum **Polizeimeister** Polizeihauptwachtmeister (BaP) Werner Hoyer (1. 10. 1973);

versetzt:

von dem Magistrat der Stadt Wiesbaden Polizeiobermeister (BaL) Gerhard Kraus (1. 10. 1973).

Wiesbaden-Dotzheim, 1. 11. 1973

Hessische Polizeischule
 VA/I

StAnz. 47/1973 S. 2054

Hessisches Wasserschutzpolizei-Amt

ernannt:

zu **Polizeiobermeistern (BaL)** die Polizeimeister (BaP) Norbert Röder (2. 10. 1973), Dieter Schreib (2. 10. 1973);
 zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Heinz Jürgen Heil (2. 10. 1973), Hugo Nieten (2. 10. 1973), Peter Schmitt (2. 10. 1973), Harald Wunsch (2. 10. 1973);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Polizeimeister (BaP) Hans Peter Czarny (25. 9. 1973);

in den Ruhestand getreten:

Polizeiobermeister (BaL) Heinrich Winkler (30. 9. 1973);

in den Ruhestand versetzt:

Polizeihauptmeister (BaL) Hans Naumann (31. 10. 1973) gem. § 51 i. Verb. mit § 193 (1) HBG.

Wiesbaden-Kastel, 31. 10. 1973

Hessisches
 Wasserschutzpolizeiamt
 1 — 5112/5113/73

StAnz. 47/1973 S. 2054

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

Regierungspräsident in Kassel

— Gymnasien —

ernannt:

zum **Oberstudiendirektor** Studiendirektor (BaL) Hans-Ludwig Hautumm, Fulda (1. 10. 1973);

zur **Studiendirektorin** Oberstudienrätin (BaL) Maria Michel, Marburg (1. 10. 1973);

zu **Studiendirektoren** die Oberstudienräte (BaL) Dieter Ulm, Kassel, Günter Tanneberger, Eschwege, Albrecht Ochs, Homberg, Heinrich Otto Hohmann, Marburg, Siegfried Becher, Marburg, Kurt Ebert, Kassel (sämtlich 1. 10. 1973), Dr. Ernstgünther Buchtman, Marburg (12. 10. 1973);

zu **Oberstudienrätinnen** die Studienrätinnen (BaL) Ingrid Schröder, Kassel, Margarita Wiegand, Fulda, Helena Pesenlehner, Rotenburg, Susanne Burtchen, Bad Hersfeld, Gabriele Urban, Eschwege, Uta Schiffer, Bad Hersfeld, Erika Rübsam, Cappel (sämtlich 1. 10. 1973);

zu **Oberstudienräten** die Studienräte (BaL) Michael Wisemann, Kassel, Horst Peter, Kassel, Adolf Pelzer, Fulda, Günther Ulbig, Fulda, Oskar Goebel, Fulda, Hans Jäger, Rotenburg, Reinhold Schäfer, Fulda, Dr. Ludwig Weber, Fulda, Manfred Lissek, Kassel, Klaus Rüffer, Kirchhain, Uwe Schauß, Kirchhain, Hanns-Georg Schmitt, Arolsen,

Hans-Jürgen Wepler, Hofgeismar, Rudi Steinbrecher, Hofgeismar, Otto Gerecht, Hofgeismar, Klaus Keimer, Hofgeismar, Hans-Dieter Jöllenbeck, Cappel, Hermann Michel, Marburg, Dr. Hans-Günther Bickert, Marburg, Karl-Heinz Walter, Hofgeismar, Helmut Röhrig, Fulda, Ulrich Frel, Fulda, Werner Lüth, Fulda, Horst Lorenz, Fulda, Elmar Bispinck, Fulda, Ewald Woppowa, Kassel, Gerhard Simon, Kassel, Gunther Düring, Kassel, Winfried Geppert, Eschwege, Dieter Schmidt, Bad Wildungen, Helmut Vollbracht, Korbach, Bruno Pelz, Korbach, Gerhard Hornung, Kassel, Hans Dieter Dämmer, Korbach, Wolf Dieter Wagner, Kassel, Günter Wagner, Kassel, Wigbert Mihm, Hünfeld, Karl Heinrich Fisch, Kassel, Hellfried Scheiter, Fritzlar, Manfred Grund, Bad Hersfeld, Hans-Joachim Schmidt, Bad Hersfeld, Dieter Schöttler, Bad Hersfeld, Günter Degenhardt, Bad Hersfeld, der Schulpsychologe (BaL) Dr. Klaus Gerhold, Marburg (sämtlich 1. 10. 1973);

zu **Studienrätinnen (BaL)** die Studienrätinnen z. A. (BaP) Barbara Gramse-Zinn, Kassel (8. 8. 1973), Renate Mihr, Fritzlar (20. 8. 1973), Margitta Thümer, Kassel (10. 8. 1973), Hildegard Henkel, Kassel (8. 8. 1973), Eva-Maria Sauer, Kassel (20. 8. 1973), Siegrun Podehl, Schwalmstadt (20. 8. 1973), Barbara Tuzek, Korbach (23. 8. 1973), Gudrun Koell, Eschwege (21. 8. 1973), Annemarie Teumer, Frankenberg (20. 8. 1973), Margret Schubart, Marburg (28. 8. 1973);

zu **Studienräten (BaL)** die Studienräte z. A. (BaP) Harald Jansa, Kassel (8. 8. 1973), Werner Figge, Korbach (10. 8. 1973), Dr. Friedrich-Martin Balzer, Cappel (4. 8. 1973), Wolfgang Eckert, Fritzlar (20. 8. 1973), Edgar Umbach, Kassel (15. 8. 1973), Winfried Trabert, Homberg (20. 8. 1973), Max Schön, Kassel (13. 8. 1973), Dieter Brosowski, M. A., Schwalmstadt (20. 8. 1973), Bernd Krock, Schwalmstadt (22. 8. 1973), Wolfgang Schiffner, Wolfhagen (22. 8. 1973), Rainer Schmidt, Frankenberg (20. 8. 1973), Reinhard Schäfer, Sontra (24. 8. 1973), Günther Kirchner, Kassel (20. 8. 1973), Hans-Erhard Zimmer, Homberg (5. 9. 1973), Reinhard Wulfmeyer, Schwalmstadt (8. 9. 1973), Helmuth Weidemeyer, Steinatal (18. 7. 1973), Wilfried Runte, Schwalmstadt (12. 10. 1973), Rainer Kettner, Homberg (20. 8. 1973);

zu **Studienräten** die Studienräte z. A. (BaP) Dieter Waßmuth, Arolsen (13. 10. 1973), Diethard Bersch, Schwalmstadt (12. 10. 1973);

zu **Studienrätinnen z. A. (BaP)** die Assessorinnen des Lehramts Renate Stepf, Kassel (20. 8. 1973), Susanne Colombel, Kassel (20. 8. 1973), Gerda Wilhelm, Kassel (20. 8. 1973), Hella Bauer, Korbach (15. 9. 1973), Studienreferendarin Annette Pöppel, Kassel (1. 9. 1973);

zu **Studienräten z. A. (BaP)** Studienrat i. K. Theodor Breitbach, Hilders (20. 8. 1973); die Assessoren des Lehramts Walter Höhn, Homberg (20. 8. 1973), Günther Miklitz, Korbach (20. 8. 1973), Jörn Ernst, Marburg (9. 8. 1973), Lutz Peter, Kassel (15. 9. 1973); die Studienreferendare (BaW) Friedrich Baake, Wolfhagen (1. 8. 1973), Wolfgang Wahner, Wolfhagen (1. 8. 1973), Christian Schüßler, Wolfhagen (1. 8. 1973), Volkmar Danne, Marburg (1. 8. 1973), Helmut Reuse, Wolfhagen (1. 8. 1973);

zum **Direktor als ständiger Vertreter des Leiters einer Gesamtschule mit Sekundarstufe I und II (BaL)** Rektor einer Haupt- und Realschule (BaL) Dr. Horst Schütt, Bad Sooden-Allendorf (1. 10. 1973);

zum **Pädagogischen Leiter einer Gesamtschule** Oberstudienrat (BaL) Hermann Diehl, Bad Sooden-Allendorf (1. 10. 1973);

zur **Lehrerin (BaL)** Lehrerin z. A. (BaP) Urte Scholz, Kirchhain (21. 8. 1973);

zum **Lehrer (BaL)** Lehrer z. A. (BaP) Heinz-Dieter Binder, Hessisch Lichtenau (3. 10. 1973);

zu **Lehrerinnen z. A. (BaP)** Heide Dobiak, Kirchhain (21. 8. 1973);

die apl. Lehrerinnen (BaW) Elke Nassauer, Kirchhain (21. 8. 1973), Elke Augustini, Bad Sooden-Allendorf (21. 8. 1973), Edeltraud Schmelz, Wolfhagen (20. 9. 1973), Christa Pfeiffer, Wolfhagen (20. 9. 1973);

zu **Lehrern z. A. (BaP)** die apl. Lehrer (BaW) Werner Störmer, Wolfhagen (1. 10. 1973), Werner Fülling, Wolfhagen (1. 10. 1973), Rainer Kräske, Wolfhagen (26. 9. 1973), Jork Hermann Reisinger, Hessisch Lichtenau (17. 8. 1973), Karl Hermann Reisinger, Bad Sooden-Allendorf (21. 8. 1973), Reckhard Weinreich, Wolfhagen (8. 8. 1973);

zu **Lehramtsreferendarinnen (BaW)** Renate Hellmann, Marburg (15. 8. 1973), Helga Dienethal, Kassel (15. 8. 1973);

zum **Lehramtsreferendar (BaW)** Jürgen Franke, Marburg (15. 8. 1973);

zur **Fachlehrerin für musisch-technische Fächer (BaL)** Fachlehrerin für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Gudrun Bartel, Kassel (4. 7. 1973);

zur **Fachlehrerin für musisch-technische Fächer z. A. (BaP)** apl. Fachlehrerin für musisch-technische Fächer (BaW) Heide Junker, Homberg (20. 8. 1973);

zum **Fachlehrer für musisch-technische Fächer z. A. (BaP)** apl. Fachlehrer für musisch-technische Fächer (BaW) Bernhard Fuchs, Heringen (19. 9. 1973);

zur **apl. Fachlehrerin für musisch-technische Fächer (BaW)** Johanna Dorothea Ratzel, Fulda (29. 8. 1973);

berufen in das **Beamtenverhältnis auf Lebenszeit**:
Realschullehrerin (BaP) Petra Fischer, Wolfhagen (9. 8. 1973);

versetzt:

von Marburg Studienrat (BaL) Dr. Helmut Schmidt nach Braunschweig (20. 8. 1973),

von Kassel Studiendirektorin (BaL) Dr. Ursula Starke nach Rosenheim (1. 8. 1973),

von Sontra Studienrat (BaL) Reinhard Schäder nach Norden (1. 9. 1973),

von Korbach Studienrätin z. A. (BaP) Allmuth Rebuschat nach Leer (1. 10. 1973);

in den **Ruhestand** versetzt:

Oberstudienrat (BaL) Dr. Peter Herzog, Kassel (31. 8. 1973, gemäß § 51 [1] HBG); die Studiendirektoren (BaL) Helmut Dortans, Kassel, Heinz Stegen, Kassel; die Oberstudienräte (BaL) Hans Redslob, Kassel, Wilhelm Klöppel, Steinatal (sämtlich 31. 7. 1973) gemäß § 51 (3) HBG;

entlassen:

die Studienrätinnen z. A. (BaP) Angelika Maultzsch, Kassel (31. 7. 1973) gemäß § 41 HBG, Dorothea Schuster, Wolfhagen (31. 8. 1973) gemäß § 41 HBG, Lehrerin (BaL) Roswitha Sausmikat-Leonhardt, Buchenau (31. 7. 1973), gemäß

§ 41 HBG, Fachlehrerin für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Heide Junker, Homberg (30. 9. 1973) gemäß § 41 HBG.
Kassel, 30. 10. 1973

Der Regierungspräsident

P/1 — 7 o 16/03 B

StAnz. 47/1973 S. 2054

I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt

Hessische Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden

ernannt:

zu **Regierungsdirektoren** die Oberregierungsräte (BaL) Wolfgang Klös (1. 10. 1973), Dr. Wolfgang Walter (BaL) (1. 10. 1973), Walter Fricke (BaP) unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit (1. 10. 1973);

zum **Chemierat z. A. (BaP)** Dipl.-Chemiker Dr. Bernd Kröber (5. 7. 1973);

zum **Oberamtsrat Revierförster (BaL)** Peter Kübel (1. 7. 1973);

zum **Regierungsrat z. A. (BaP)** Dipl.-Ing. Herbert Töpfer (31. 8. 1973);

zum **Amtsrat Amtmann (BaL)** Bruno Kunz (1. 10. 1973);

zum **Amtmann Oberinspektor (BaL)** Knut Baumgart (1. 10. 1973).

Berichtigung

In StAnz. 1973 S. 1250 muß es bei

I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt

— Hessische Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden —

unter „ernannt“ richtig heißen:

zum **Regierungsdirektor** Direktor der Landwirtsch. Versuchsanstalt Darmstadt (BaL) Prof. Dr. Herbert Buß unter **Einweisung in die Bes.-Gr. A 16** (1. 4. 1973).

Wiesbaden, 25. 10. 1973 **Hessische Landesanstalt für Umwelt**
V — 08 b — 02 — 4458/73

StAnz. 47/1973 S. 2055

1436 DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Zulassung als Gegenschverständiger für die Untersuchung von Lebensmittelgegenproben

Dr. Jürgen B u d d e, 61 Darmstadt, Rheinstraße 7—9 (Engel-Apotheke), habe ich mit Wirkung vom 19. 10. 1973 als Gegenschverständigen für die Untersuchung von Lebensmittelgegenproben zugelassen.

Die Zulassung ist beschränkt auf die chemische Untersuchung von Lebensmittelgegenproben nichttierischer Herkunft.

Darmstadt, 31. 10. 1973

Der Regierungspräsident

II 6 — 20 a 06/17

StAnz. 47/1973 S. 2055

1437

Vorhaben der Firma H. Tempel, Pappfabrik, Lautertal-Elmshausen

Die Firma Heinrich Tempel, Pappfabrik, 6141 Lautertal-Elmshausen, hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtl. Genehmigung zur Lagerung von Flüssiggas (Butan) auf ihrem Grundstück in 6141 Lautertal-Elmshausen Flur 4, Flurstück 26/9, 27, 28, 30/1, 35/1, 43, 127/1, 37/2, 26/11, Grundbuch Gemarkung Elmshausen, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß der §§ 16 ff. Gewerbeordnung (GewO) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der VO über die Zuständigkeit nach §§ 16, 25 GewO vom 15. 5. 1972 (GVBl. I S. 123) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Gemäß § 17 Abs. (2) GewO wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von vierzehn Tagen nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Nach Ablauf der Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der genannten Zeit im Regierungspräsidium Darmstadt, Luisenplatz 2, Zimmer 310 a, zur Einsicht offen.

Darmstadt, 1. 11. 1973

Der Regierungspräsident

IV 5 — 53 e 201 — T

StAnz. 47/1973 S. 2055

1438

Vorhaben der Firma Farbwerke Hoechst AG, Werk Offenbach

Die Firma Farbwerke Hoechst AG, Werk Offenbach, hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtl. Genehmigung zur Änderung der Betriebsweise in der Polykondensationsanlage I Gebäude 136/233/234 auf ihrem Grundstück in Offenbach, Flur 23, Flurstück 307/1, Grundbuch Gemarkung Offenbach, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß der §§ 16 ff. Gewerbeordnung (GewO) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der VO über die Zuständigkeit nach §§ 16, 25 GewO vom 15. 5. 1972 (GVBl. I S. 123) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Gemäß § 17 Abs. (2) GewO wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von vierzehn Tagen nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Nach Ablauf der Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der genannten Zeit beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, Zimmer 310 a, zur Einsicht offen.

Darmstadt, 5. 11. 1973

Der Regierungspräsident

IV 5 — 53 e 201 — FWO — (10 a)

StAnz. 47/1973 S. 2055

1139

Auflösung der Betriebskrankenkasse der Firma Granit- und Syenitwerke Karl Kreuzer, Bensheim

Auf Antrag des Arbeitgebers vom 19. September 1973 und entsprechend dem Beschluß der Vertreterversammlung vom gleichen Tage habe ich die Betriebskrankenkasse der Firma Granit- und Syenitwerke Karl Kreuzer, Bensheim, mit Ablauf des 31. Dezember 1973 aufgelöst.

Darmstadt, 5. 11. 1973

Der Regierungspräsident

III 6 — 54 e 06/01

StAnz. 47/1973 S. 2056

1140

Verordnung über das Naturschutzgebiet „Enkheimer Ried“, in der Gemarkung Bergen-Enkheim im Landkreis Hanau vom 30. Oktober 1973

Auf Grund der §§ 1 und 4, des § 12 Abs. 2, des § 13 Abs. 2, des § 14 Abs. 2, des § 15 und des § 16 Abs. 2 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Oktober 1972 (GVBl. I S. 349), sowie des § 6 Abs. 3 und 4, des § 7 Abs. 1 und 5, des § 8 Abs. 3 und des § 9 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Oktober 1972 (GVBl. I S. 349), in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. Oktober 1958 (GVBl. S. 159) wird mit Zustimmung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

§ 1

Das in § 2 näher bezeichnete Gebiet wird mit dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung unter den Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes gestellt und in das Landesnaturschutzbuch eingetragen.

§ 2

(1) Das Naturschutzgebiet hat eine Größe von 15,4434 ha. Es umfaßt in der Gemarkung Bergen-Enkheim die Grundstücke Flur 39, Nummer 164/1, 164/4, 164/5, 164/6, 164/7, 670/166, 682/164, 689/164, 755 und 756.

(2) Die Grenze des Naturschutzgebietes ist in der als Bestandteil zu dieser Verordnung gehörenden topographischen Karte im Maßstab 1 : 25 000 und 1 : 2000 rot eingetragen.

(3) Diese Verordnung und die in Absatz 2 genannten Karten sind bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt — höhere Naturschutzbehörde — hinterlegt.

Weitere Ausfertigungen dieser Unterlagen befinden sich bei dem Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt, — oberste Naturschutzbehörde — in Wiesbaden, bei der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden, bei dem Bezirksbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege und bei dem Kreis Ausschuß des Landkreises Hanau — untere Naturschutzbehörde — in Hanau. Sie können bei den genannten Stellen während der Dienststunden eingesehen werden.

(4) Das Naturschutzgebiet wird durch amtliche Hinweisschilder gekennzeichnet.

§ 3

(1) Es ist grundsätzlich verboten, in dem Naturschutzgebiet Veränderungen vorzunehmen (§ 16 Abs. 2 Reichsnaturschutzgesetz).

(2) Ferner sind in dem Naturschutzgebiet folgende, dem Schutz und der Erhaltung zuwiderlaufende Handlungen (§ 15 Abs. 1 Satz 2 Reichsnaturschutzgesetz) verboten, auch wenn sie nicht zu Veränderungen im Sinne des Abs. 1 führen:

1. Pflanzen, einschließlich Bäumen und Sträuchern, zu beschädigen oder zu entfernen;
2. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu photographieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen;

3. Pflanzen oder Tiere einzubringen;
4. Flächen zu betreten, zu befahren, dort zu reiten, zu lagern, zu baden, zu zelten oder Wohnwagen oder fahrbare Verkaufsstände aufzustellen;
5. die Wasserflächen mit Wasserfahrzeugen zu befahren oder dort andere Arten von Wassersport zu betreiben;
6. zu lärmern, Modellflugzeuge oder -schiffe einzusetzen oder Feuer anzuzünden;
7. die Jagd auf Wasserwild auszuüben;
8. die Fischerei auszuüben;
9. Bodenbestandteile zu entnehmen, Aufschüttungen, Abgrabungen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder Gewässer im Sinne des § 1 Abs. 1 des Hessischen Wassergesetzes vom 6. Juli 1960 (GVBl. S. 89) zu beeinträchtigen;
10. feste oder flüssige Abfälle einzubringen, Autowracks abzustellen, das Gelände sonst zu verunreinigen oder Wasser zu entnehmen;
11. Gebäude aller Art zu errichten, auch solche, die keiner Baugenehmigung oder Bauanzeige bedürfen;
12. Grundstückseinfriedigungen, Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen zu errichten;
13. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln aufzustellen oder anzubringen, soweit diese nicht auf den Schutz des Naturschutzgebietes hinweisen;
14. Biozide anzuwenden;
15. Hunde frei laufen zu lassen;
16. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
17. wasserwirtschaftliche, straßen- und wegebauliche Maßnahmen vorzunehmen.

§ 4

(1) Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. die Ausübung der Jagd mit den in § 3 Abs. 2 Nr. 7 genannten Einschränkungen;
2. die der wissenschaftlichen Forschung dienenden Maßnahmen, sofern dadurch das bestehende Ökosystem nicht beeinträchtigt wird;
3. wasserwirtschaftliche Maßnahmen, die zur Erhaltung der Vorflut im Riedbach dienen und die mit der höheren Naturschutzbehörde abgestimmt sind.

(2) Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben ferner solche Maßnahmen, die der geordneten Regulierung des Bestandes an Rabenkrähen, Elstern, Eichelhähern, Haus- und Feldsperlingen sowie an Haustauben in verwildertem Zustand dienen. Unberührt davon bleiben die Vorschriften des § 4 Abs. 2 bis 4 der Verordnung zur Ausführung des Naturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 10. Juli 1968 (GVBl. I S. 199).

§ 5

(1) In begründeten Einzelfällen kann die oberste Naturschutzbehörde nach Anhörung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt weitere Ausnahmen von den Vorschriften des § 3 zulassen.

(2) Die Ausnahmegenehmigung kann unter Bedingungen und Auflagen, befristet und unter Vorbehalt des Widerrufs erteilt werden. Gegenstand der Bedingungen und Auflagen können Sicherheitsleistungen sein.

(3) Die Ausnahmegenehmigung ist zu versagen, wenn kein vorrangiges öffentliches Interesse vorliegt oder trotz Bedingungen oder Auflagen eine Beeinträchtigung des Naturschutzgebietes zu befürchten ist.

(4) Die Ausnahmegenehmigung ersetzt nicht nach anderen Vorschriften erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Zustimmungen u. ä.

§ 6

(1) Der Eigentümer, Besitzer, Erbbau- oder Nutzungsberechtigte des Grundstücks und jeder, dem ein Recht an dem Grundstück zusteht, muß die notwendigen Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen für das Naturschutzgebiet nach den Anordnungen der höheren Naturschutzbehörde dulden (§ 15 Abs. 2 Satz 1 Reichsnaturschutzgesetz).



(2) Der Grundstückseigentümer oder sonst Berechtigte hat der höheren Naturschutzbehörde die in dem Naturschutzgebiet eintretenden Schäden oder Mängel unverzüglich zu melden (§ 9 Abs. 1 Satz 2 Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes).

§ 7

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 1 Buchst. b des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig in einem Naturschutzgebiet verbotene Veränderungen im Sinne des § 3 Abs. 1 vornimmt.

(2) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 3 Buchst. a des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

1. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Abs. 2 Nr. 1);
2. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Abs. 2 Nr. 2 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu ihrem Fang anbringt;
3. Pflanzen oder Tiere einbringt (§ 3 Abs. 2 Nr. 3);
4. das Gelände in der in § 3 Abs. 2 Nr. 4 verbotenen Art benutzt;
5. die Wasserfläche in der in § 3 Abs. 2 Nr. 5 verbotenen Art benutzt;
6. lärmt, Modellflugzeuge oder -schiffe einsetzt oder Feuer anzündet (§ 3 Abs. 2 Nr. 6);
7. die Jagd auf Wasserwild ausübt (§ 3 Abs. 2 Nr. 7);
8. die Fischerei ausübt (§ 3 Abs. 2 Nr. 8);
9. die Bodengestalt oder Gewässer in der in § 3 Abs. 2 Nr. 9 bezeichneten Art beeinflusst;
10. Abfälle einbringt, Autowracks abstellt, das Gelände sonst verunreinigt oder Wasser entnimmt (§ 3 Abs. 2 Nr. 10);
11. Gebäude errichtet (§ 3 Abs. 2 Nr. 11);
12. Grundstückseinfriedigungen, Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen errichtet (§ 3 Abs. 2 Nr. 12);
13. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln aufstellt oder anbringt (§ 3 Abs. 2 Nr. 13);
14. Biozide anwendet (§ 3 Abs. 2 Nr. 14);
15. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Abs. 2 Nr. 15);
16. Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 3 Abs. 2 Nr. 16);

17. wasserwirtschaftliche, straßen- und wegebauliche Maßnahmen vornimmt (§ 3 Abs. 2 Nr. 17).

(3) Ordnungswidrig im Sinne des § 15 Nr. 1 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig der Meldepflicht nach § 6 Abs. 2 nicht nachkommt.

(4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die untere Naturschutzbehörde (§ 21 Abs. 4 Reichsnaturschutzgesetz).

§ 8

Gegenstände, auf die sich eine Ordnungswidrigkeit nach § 21 des Reichsnaturschutzgesetzes bezieht, können eingezogen werden (§ 22 Reichsnaturschutzgesetz).

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft. Zugleich tritt die bisherige Verordnung über das Naturschutzgebiet „Enkheimer Riedteiche“ in der Gemeinde Bergen-Enkheim, Landkreis Hanau, vom 2. September 1937 (verkündet im ABl. der

Regierung in Kassel vom 11. September 1937, Ausgabe A.S. 211/212) außer Kraft. Die Eintragung in dem Landesnaturschutzbuch nach § 1 der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Enkheimer Riedteiche“ vom 2. September 1937 wird gelöscht.

Darmstadt, 30. 10. 1973

Der Regierungspräsident
— Höhere Naturschutzbehörde —
VII/9 — 46 d 04/01 E I
gez. Dr. Wierscher
StAnz. 47/1973 S. 2058

1441 KASSEL

Auflösung des Rindviehversicherungsvereins a. G. Frielendorf

Die Mitgliederversammlung des Rindviehversicherungsvereins a. G. Frielendorf in Frielendorf, Kreis Ziegenhain, hat in ihrer Sitzung am 27. 8. 1973 einstimmig die Auflösung des Versicherungsvereins zum 31. 12. 1973 beschlossen. Hierzu habe ich heute die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Kassel, 15. 10. 1973

Der Regierungspräsident
I 1 b — 39 i 30/03
StAnz. 47/1973 S. 2058

Buchbesprechungen

Einkommensteuer-Gesetz. Von Blümich-Falk. 10. Auflage, Band II: 1953 S., in Leinen 118,— DM. Band III: 334 und 159 S., in Leinen 35,— DM. Verlag Franz Vahlen, München.

Was die Kommentierung des 1. Bandes auszeichnet und wertvoll macht, gilt auch für den 2. Band, der die restliche Kommentierung des Einkommensteuergesetzes — beginnend mit § 13 — enthält. Auch hier wird der Benutzer des Kommentars von der Ausführlichkeit der Wiedergabe wirtschaftlicher Vorgänge und Zusammenhänge und deren eingehender Beurteilung unter steuerlichen Gesichtspunkten in gleicher Weise überrascht sein wie von der Einfachheit, Klarheit und Überzeugungskraft der Sprache. Diese für die gesamte Kommentierung geltenden Merkmale treten ganz besonders deutlich in Erscheinung bei der Kommentierung der §§ 15—17 EStG, die die steuerliche Erfassung der Gewinne aus Gewerbebetrieb regeln und in der Praxis eine besonders wichtige Rolle spielen. Den hierfür gewidmeten umfangreichen Erläuterungen (265 S.) haben die Verfasser zu jedem Paragraphen ein in Abschnitte und Unterabschnitte aufgegliedertes Inhaltsverzeichnis vorangestellt und jedem Abschnitt ein umfangreiches Literaturverzeichnis beigelegt. Die Kommentierungen lassen erkennen, mit welcher Sorgfalt und Gründlichkeit die Entscheidungen der Finanzgerichte, der Verwaltungsanweisungen und die in der Literatur vertretenen Meinungen verarbeitet worden sind. Abweichende eigene Ansichten sind als solche bezeichnet und mit entsprechenden Begründungen versehen. Bei der Darstellung der vielfachen Gestaltungsmöglichkeiten im wirtschaftlichen Bereich, insbesondere bei Gesellschaftsgründungen, -Änderungen und -Umwandlungen, haben die Verfasser nicht nur die steuerrechtlichen Probleme erörtert, sondern auch auf die Bedeutung der zu beachtenden Vorschriften aus anderen Rechtsgebieten hingewiesen. Für den Praktiker besonders wertvoll sind auch die eingehenden bilanzmäßigen Beurteilungen und Darstellungen wichtiger Vorgänge innerhalb eines Betriebes, vor allem bezüglich der vielfachen Änderungsmöglichkeiten auf dem Gebiete des Gesellschaftsrechts.

Der Praktiker mit langjähriger Erfahrung sieht beim Lesen größerer Abschnitte alle Fälle, die ihm jemals begegnet sind, gewissermaßen noch einmal Revue passieren und wird dabei feststellen, daß die Vorgänge vielfach so interessant und spannend dargestellt sind, daß er unwillkürlich zum Weiterlesen veranlaßt wird. Wer sich erst in die zum Teil sehr schwierige Rechtsmaterie einzuarbeiten beginnt, wird die Ausführlichkeit und Klarheit der Abfassungen als wohl-tuend empfinden. Für den erfahrenen Praktiker würde eine größere Straffung des Textes — mit stichwortartigen Bemerkungen — sicherlich ausreichen; aber auch dieser kann sich an Hand des aufgegliederten Inhaltsverzeichnisses und der im Text gesperrt gedruckten Stichwörter leicht orientieren und die gesuchte Kommentarstelle schnell auffinden.

Der 3. Band des Kommentars enthält Erläuterungen zu vier besonderen Gesetzen, nämlich zum Ergänzungsabgabengesetz vom 21. 12. 1967, Investitionszulagengesetz vom 18. 8. 1969, Auslandsinvestitionsgesetz vom 18. 8. 1969 und zum Umwandlungssteuergesetz 1969 vom 14. 8. 1969. Obwohl das Ergänzungsabgabengesetz ein Gesetz eigener Art (kein Einkommensteuergesetz) ist und das Investitionszulagengesetz nicht als Einkommensteuergesetz, wohl aber — trotz Fehlens der dafür nach § 1 AO erforderlichen Voraussetzungen — als Steuergesetz bezeichnet wird, ist die Kommentierung dieser beiden Gesetze wegen ihres engen Zusammenhangs mit einkommensteuerlichen Vorschriften nur zu begründen. Die Erläuterungen zum Ergänzungsabgabengesetz sind ganz auf die Praxis abgestellt. Verschiedene Tabellen mit entsprechendem Zahlenmaterial dienen für Lohnzahlungs- und Veranlagungsfälle der schnellen und zuverlässigen Berechnung der Höhe der Abgabe. In der Kommentierung zum Investitionszulagengesetz werden alle nach diesem Gesetz für die Gewährung der Zulage erforderlichen Voraussetzungen im einzelnen aufgeführt und unter Hinweis auf Entscheidungen des BFH und in verschiedenen Erlassen getroffene Gesetzesauslegungen so eingehend und vollständig erörtert, daß sich jeder interessierte Leser über den Umfang der möglichen Vergünstigungen gut unterrichten kann.

Da die wirtschaftlichen Beziehungen zu ausländischen Staaten immer enger und damit auch die zwischenstaatlichen Steuerrechtsprobleme immer umfangreicher und gewichtiger werden, ist die Kommentierung des Auslandsinvestitionsgesetzes von großer praktischer Bedeutung. Die Erläuterungen stellen eine wesentliche Hilfe für die Lösung auch verwickelter Fragen dar. Als besonders nützlich erweisen sich hierbei die angeführten praktischen Beispiele.

Einen breiteren Raum nimmt die Kommentierung des Umwandlungssteuergesetzes 1969 ein, was der Bedeutung dieses Gesetzes durchaus entspricht. Einmal erreichen die steuerlichen Auswirkungen bei Anwendung dieses Gesetzes einen nicht unbedeutlichen Umfang, zum andern gehört dieses Gesetz — in Verbindung mit dem Umwandlungsgesetz — zu den in den letzten Jahren erlassenen Steuergesetzen, deren Anwendung in der Praxis außerordentliche Schwierigkeiten bereitet. Der Kommentator hat — soweit erkennbar — alle in der Praxis bisher aufgetretenen Zweifelsfragen angesprochen und unter Heranziehung der Rechtsprechung und Auswertung der zu diesem Fragenkomplex bereits vorhandenen umfangreichen Literatur die erforderlichen Erläuterungen gegeben. Eine solche umfassende Darstellung der Gesamtmaterie ist um so mehr zu begrüßen, als das Umwandlungssteuergesetz 1969 — im Gegensatz zum Umwandlungssteuergesetz von 1957 — zeitlich nicht begrenzt ist.

Der 3. Band enthält in seinem Schlußteil ein gut aufgegliedertes Sachregister. Ihm sind als Nachtrag zum 1. und 2. Band der Wortlaut des Einkommensteuergesetzes 1971 (in der Fassung vom 1. 11. 1971) sowie der Wortlaut von zehn wichtigen Erlassen aus den Jahren 1971 und 1972 beigelegt.

daß es trotz der sich anbahnenden größeren Änderungen auf dem Dem großen und bedeutungsvollen Gesamtwerk bleibt zu wünschen, Gebiete des Einkommensteuerrechts durch zeitgerechte Ergänzungen und Erweiterungen seine Aktualität erhalten möge, damit es für Praktiker wie für Theoretiker aller Berufszweige ein zur umfassenden Orientierung auf diesem wichtigen steuerrechtlichen Gebiet außerordentlich geeignetes Hilfsmittel sein und bleiben kann.

Die Scheidung und ihre Folgen. Mit dem künftigen Scheidungsrecht. Von Rechtsanwalt Hans-Joachim Göring. 1973. 3. Auflage. 165 S., 4,80 DM. Deutscher Taschenbuchverlag — Verlag C. H. Beck, München.

Die kleine Schrift, die in der Reihe „Beck-Rechtsinformation“ nunmehr in der 3. Auflage erschienen ist, bezweckt eine allgemeine verständliche Unterrichtung über alle Probleme und Grundsatzfragen, die mit der Auflösung der Scheidung in Zusammenhang stehen. Der Verfasser verwertet dabei seine langjährigen Erfahrungen als Anwalt und Eheberater. Er behandelt deshalb nicht nur die in dem öffentlichen Interesse im Vordergrund stehende Scheidung, sondern auch die Aufhebung und die Nichtigerklärung der Ehe. Erfreulich ist, daß die Gesetzesbestimmungen und die zu ihrer Ausführung ergangenen Gerichtsentscheidungen in einer auch für den Laien leicht verständlichen Sprache geschildert werden. Ihm wird auch der Ablauf eines Scheidungsverfahrens klar vor Augen geführt. Gerade hier ist zu beobachten, daß den Betroffenen häufig die Vorgänge unklar sind. Ihnen wird vorgestellt, daß ein geordnetes Verfahren durchgeführt werden muß. Der Verfasser beschränkt sich nicht darauf, nur das staatlich geltende Recht mitzuteilen, sondern er unterrichtet seine Leser auch wieder über die Stellungnahme der großen Kirchen zur Ehescheidung. Auch die Sonderfragen bei Ehen mit Ausländern werden behandelt. Neu in der 3. Auflage ist, daß auch das künftige Scheidungsrecht mitgeteilt wird. Gerade hieran knüpfen sich bei dem Publikum oft falsche Vorstellungen. Der Verfasser macht klar, daß auch von einer Scheidungsrechtsreform nicht zu erwarten steht, daß alle Probleme, die sich insbesondere als Auswirkungen der Scheidung darstellen, nunmehr gelöst sein werden. Soweit der Verfasser seine eigene Meinung mitteilt, ist ihr durchweg zuzustimmen. Es sind abgewogene Gedanken, die zeigen, daß dem Verfasser die Probleme der Ehescheidung und vor allen Dingen deren Folgen aus Erfahrung klar vor Augen stehen.

Richter Dr. Mees

Sanierung und Sozialplan. Mitbestimmung gegen Sozialtechnik. Von Norbert Schmidt-Relenberg, Gernot Feldhüsen, Christian Lütke u. in der Fachbuchreihe: Stadt und Umwelt, 1973. 140 S. mit 35 Abb., Format 18 x 24 cm, kart. 28,— DM. Verlag Georg D. W. Callwey, München.

Die Verfasser wollen ihr Buch als politische Schrift, als Aufforderung zu weiterer Diskussion und zum praktischen Handeln verstanden wissen. Sie gehen davon aus, daß durch das Städtebauförderungsgesetz mit der Verankerung des „Sozialplanes“ die Kooperation zwischen Planung und Soziologie institutionalisiert worden sei. Sie sehen darin u. a., daß der Sozialwissenschaft, insbesondere der Soziologie, ein neues Tätigkeitsfeld eröffnet ist. Und sie geben der Befürchtung Ausdruck, daß auf eben diesem Tätigkeitsfeld die überwiegend technisch ausgebildeten und orientierten Planer, die Juristen und die Verwaltungsfachleute herrschen. So meinen sie, von vornherein aus einer zweitrangigen Position, einer Verteidigungsstellung heraus antreten zu müssen und in den beiden ersten Kapiteln den Nachweis zu liefern, daß Sanierung ein soziales und kein bauliches Problem sei. Planung und Soziologie werden als Bestandteile eines gesellschaftlichen Prozesses aufgefaßt. In erster Linie sind es theoretische Betrachtungen, die hier ausbreitet werden; soweit auf praktische Erfahrungen Bezug genommen wird, greifen die Verfasser auf eigene Untersuchungen, vorzugsweise in Hamburg, d. h. in sehr großen Städten, zurück. Die meisten städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen werden aber nicht in den Großstädten, sondern in Mittel- und Kleinstädten oder zentralen Orten niedriger Stufe durchgeführt. Dem schenken die Verfasser aber offensichtlich kaum Beachtung, sonst wären sie bei einer differenzierteren Betrachtungsweise auch zu modifizierteren Ergebnissen gekommen. — Im dritten Kapitel bringen die Verfasser einen Diskussionsbeitrag zur Frage der Beteiligung der Betroffenen an der Planung, ihrer Berechtigung und der Bedingungen, denen Versuche der Planungsmitbestimmung durch Bürgerinitiativen, Anwaltsplaner oder demokratische Gegenplanung unterliegen. Dieser Abschnitt ist in seinen Einzelheiten im Hinblick auf eine heute im Grundsatz allgemein anerkannte verstärkte Beteiligung der von einer Sanierung Betroffenen an der Sanierungsplanung von besonderem Interesse. Die angeführten, vielfach negativen Erfahrungen wirken sich bei dem in den folgenden Kapiteln angestellten Versuch, konkrete Handlungsvorschläge zu entwickeln, spürbar aus. Dazu nehmen die Verfasser eine Interpretation des Städtebauförderungsgesetzes vor, „die auf der Mitbestimmung aller Betroffenen am Sanierungsprozess basiert“. Es kommt ihnen darauf an, die Chance einer stärkeren Beteiligung aller Betroffenen wahrzunehmen, indem sie sich „die Unsicherheit des Gesetzgebers zunutze machen, um das Gesetz extensiv auszulagern“. Nach erläuternden Ausführungen zur Begriffsbestimmung „Sozialplan“, die — nach der vorgegebenen, aber nicht ganz geglückten Wortwahl — für das Verständnis notwendig sind, nehmen die Verfasser eine Zerlegung des Sozialplans in verschiedene Komponenten vor. Da in der zum Städtebauförderungsgesetz bis jetzt vorliegenden Fachliteratur Beiträge von Soziologen fast völlig fehlen, verdienen diese Darlegungen erhöhte Beachtung. Wenn auch nach dem Erscheinen dieser Schrift bzw. nach Abschluß des Manuskripts die Diskussion in verschiedenen Punkten schon darüber hinausgegangen ist und manche Klärung gebracht hat, so ist doch eine Lösung der Probleme noch nicht in Sicht. Deswegen sollte man über die Äußerungen der drei Verfasser keinesfalls hinwegsehen; sie enthalten viele anregende Momente. Nicht zuletzt verdient auch der Entwurf eines praxisbezogenen Sozialplanungs-Informationssystems, das für eine elektronische Datenverarbeitung geeignet ist, Anerkennung. Oberbaurat S a d o n i

Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG), erläuterte Textausgabe in Loseblatt-Form von Ministerialrat Dr. Erich Haniel und Dr. Martin Geiger, Bürgermeister der Stadt Wasserburg am Inn, fortgeführt ab dieser Ergänzungslieferung von Regierungsrat Willi Schmutterer. 5. Ergänzungslieferung nach dem Rechtsstand: 31. März 1973, 216 S., 30,20 DM, Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm KG, 8 München 80.

Ab der vorliegenden 5. Ergänzungslieferung hat RR Schmutterer vom Bayerischen Staatsministerium des Innern die Bearbeitung der erläuterten Textausgabe übernommen. Diese Ergänzungslieferung befaßt sich im wesentlichen mit einer gründlichen Überarbeitung der Gesetzestexte. Die Notwendigkeit hierfür ergab sich daraus, daß verschiedene Rechtsvorschriften wichtige Änderungen erfahren haben (z. B. neuer Begriff „Freiheitsstrafe“ im gesamten StGB). Eine weitere Lieferung, die in Kürze erscheinen soll, wird sich vor allem mit der Überarbeitung und Ergänzung der Kommentierung befassen. Um es dem Benutzer zu ermöglichen, ohne Zuziehung von Gesetzesblättern u. dgl. arbeiten zu können, wurde der Teil der abgedruckten Gesetzesvorschriften erweitert. So wurden u. a. die Höchstgeschwindigkeitsverordnung, die Verordnung (EWG) Nr. 543/60 sowie das Bundeszentralregistergesetz und das Gerichtskostengesetz neu aufgenommen. Mit diesen Ergänzungen ist sichergestellt, daß den Benutzern auch künftig ein Nachschlagewerk nach dem neuesten Stande zur Verfügung steht. Ministerialrat Dr. R ö s n e r

Reichsknappschaftsgesetz — RKG. Gesetzestext und Kommentar von Dr. Friedrich E t m e r, Vizepräsidenten, 21. Ergänzungslieferung, Stand: 1. März 1973. Verlag R. S. Schulz, München und Percha am Starnberger See.

Die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Rentenversicherung schreitet weiter voran. Sie wirkt sich auch auf das Reichsknappschaftsgesetz aus. Seit der Zusammenstellung in StAnz. 1972 S. 118 sind folgende Änderungen ergangen:

Das Gesetz zur Regelung der gewerbmäßigen Arbeitnehmerüberlassung — AUG — vom 7. 8. 1972 (BGBl. I S. 1393) bezieht sich auf die Haftung des Entleiher im Sinne des § 317 a RVO für die Erfüllung der Zahlungspflicht des Arbeitgebers nach § 393 Abs. 3 RVO und deren Behandlung im Reichsknappschaftsgesetz (§§ 114, 115); vgl. Art. 3 §§ 1 und 3 AUG.

§ 85 des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte) vom 10. 8. 1972 (BGBl. I S. 1433) regelt Meldungen bei der Bundesknappschaft.

Das Rentenreformgesetz vom 16. 10. 1972 (BGBl. I S. 1965) brachte wesentliche Neuerungen der gesetzlichen Rentenversicherungen, die auch für die Knappschaftsversicherung gelten (Art. 1 § 3). § 3 des 4. Rentenversicherungsänderungsgesetzes vom 30. 3. 1973 (BGBl. I S. 257) regelt das Knappschaftsruhegeld flexibel.

Art. 2 § 3 des 16. Rentenreformgesetzes vom 8. 6. 1973 (BGBl. I S. 526) reformiert den die Rentenversicherung betreffenden § 71 RKG. Mit Ausnahme der zuletzt genannten Änderung hat der Verfasser die genannten Änderungen des Textes des Reichsknappschaftsgesetzes in den zuletzt in StAnz. 1972 S. 1495 besprochenen Kommentar eingearbeitet, und zwar in den der Kommentierung vorangestellten Textteil. Dort ist auch jeweils auf die ändernde Vorschrift hingewiesen. Für die Praxis, die oft noch das frühere Recht anwenden muß, ist es besonders zu begrüßen, daß jeweils — allerdings nicht immer (z. B. § 41) — auch die alte Fassung abgedruckt ist.

Die Kommentierung ist diesen Änderungen zunächst nur teilweise angepaßt. Daher gilt es hier, bis zur Vervollständigung der Ergänzung anzupassen und den Textabdruck im ersten Teil des ersten Bandes hinzuzuziehen. So ist z. B. im Textteil bei § 15 vermerkt, daß dessen Absatz 3 durch das Gesetz vom 10. 8. 1972 gestrichen worden ist. Der Wortlaut ist noch als Anmerkung abgedruckt. Im Kommentarteil erscheint § 15 unverändert. Eine dem früheren § 15 Abs. 3 entsprechende verallgemeinerte Vorschrift findet sich seit dem Gesetz vom 10. 8. 1972 in § 141 Abs. 2 RKG.

Die Überarbeitung des Kommentars ist im übrigen bis zu § 48 RKG vorangeschritten. Die Rechtsprechung ist nachgetragen. Wesentlich ändern sich die Ausführungen zu Streik und Aussperrung (zu § 1 auf S. 9). Das Bundessozialgericht hat sich dem Bundesarbeitsgericht angeschlossen und geht jetzt auch von der Suspensivwirkung des Arbeitskampfes aus, hat aber eine zeitliche Grenze von 3 Wochen nach Beginn der Arbeitskämpfe festgesetzt.

Ministerialrat Dr. R e u ß

Aufzugsvorschriften II, herausgegeben und erläutert von Dipl.-Ing. R e u t e r, Bonn, und Dipl.-Ing. N e u b a u e r, Essen. Loseblattsammlung DIN A 5, 7. Ergänzungslieferung 50,32 DM, Seitenpreis 0,17 DM, Gesamtwerk 129,— DM. Deutscher Fachschriften-Verlag, Braun & Co. KG, Wiesbaden-Dotzheim.

Die Loseblattsammlung ist durch die 7. Ergänzungslieferung auf den neuesten Stand der Aufzugsvorschriften gebracht worden. Der größte Teil der Ergänzungslieferung beinhaltet Erläuterungen zur Neufassung der Aufzugsverordnung vom 21. März 1972, der TRA 200 — Personenaufzüge, Lastenaufzüge — und der TRA 300 — Vereinfachte Güteraufzüge, Unterfluraufzüge —. Die Verfasser haben hierbei u. a. die alten Vorschriften der Aufzugsverordnung und der Technischen Verordnung über Aufzugsanlagen mit den neuen Vorschriften der geänderten Aufzugsverordnung und der Technischen Regeln TRA verglichen. In den umfangreichen Erläuterungen werden die Änderungen dargelegt und begründet.

Außerdem enthält die 7. Ergänzungslieferung u. a. noch Bekanntmachungen und Erlasse der Länder zu den Aufzugsvorschriften, den für Aufzugsanlagen gültigen Teil der Kostenordnung für die Prüfung überwachungsbedürftiger Anlagen sowie die Zuständigkeitsregelungen der Länder.

Die Loseblattsammlung „Aufzugsvorschriften II“ mit den Ergänzungslieferungen ist für Hersteller und Betreiber von Aufzugsanlagen sowie für Erlaubnis-, Überwachungs- und Aufsichtsbehörden ein wertvolles Nachschlagewerk.

Gewerbedirektor Dipl.-Ing. R o l f - H e i n z M ü l l e r

Reichsknappschaftsgesetz von Dr. Friedrich E t m e r. 22. Ergänzungslieferung, Stand: 1. August 1973, DM 39,—; Gesamtwerk DM 46,—, Verlag R. S. Schulz, München und Percha am Starnberger See.

Die Einarbeitung der neuen Gesetzgebung in den von Etm er bearbeiteten Kommentar zum Reichsknappschaftsgesetz schreitet voran. Die jetzt vorliegende 22. Ergänzungslieferung betrifft die §§ 48 bis 65 RKG in Band 1 des 3bändigen Werkes. Ferner ist die neue Rechtsprechung nachgetragen, insbesondere zu § 64 RKG und zu mehreren Nebengesetzen, die in Band 2 abgedruckt sind.

Als weitere Gesetze sind in Band 3 neu abgedruckt das Beitragsrückzahlungsgesetz vom 15. 3. 1972 (BGBl. I S. 433), das Gesetz zur Förderung sozialer Hilfsdienste vom 17. 4. 1972 (BGBl. I S. 609), das Rentenreformgesetz vom 16. 10. 1972 (BGBl. I S. 1965) und das 4. Rentenversicherungsänderungsgesetz vom 30. 3. 1973 (BGBl. I S. 257). Soweit andere Nebengesetze, die ebenfalls in dem Werk — zum Teil auszugswise — abgedruckt sind, geändert wurden, hat der Herausgeber diese Änderungen berücksichtigt.

Der Text des Rentenversicherungsänderungsgesetzes vom 9. 6. 1965 (BGBl. I S. 476) und die Anmerkungen dazu sind auszusondern.

Ministerialrat Dr. R e u ß

Sozialversicherungsgesetze. Ordner IV: Rentenversicherung der Arbeiter. Begründet von J. E c k e r t, Ministerialdirektor a. D., fortgeführt von W. B r i g m a n n, Oberamtsrat, Stand Mai 1973. 12. Ergänzungslieferung. 720 S. In Schlaufe 25,80 DM. Grundwerk, ergänzt bis Mai 1973. Rd. 1600 S., 38,— DM. Verlag C. H. Beck, München.

In StAnz. 1972 S. 765, 1973 S. 1041 und 1641 konnte ich darauf hinweisen, daß der neue Herausgeber der Sammlung der Sozialversicherungsgesetze nach dem Tode des Ministerialdirektors Eckert die von ihm begründete Sammlung wesentlich zu straffen und zu modernisieren begonnen hat. Die Überarbeitung begann mit dem Ordner „Krankenversicherung“. Der Ordner „Allgemeines“ wurde dadurch obsolet, daß dem Band „Krankenversicherung“ der Wortlaut des Selbstverwaltungsrechts der Sozialversicherungsträger und des 1. Buches der Reichsversicherungsordnung mit einfließenden Vorbemerkungen vorgeheftet wurden. Die Überarbeitung setzt sich jetzt im Band „Rentenversicherung der Arbeiter“ fort. Zu ihm erscheint nach langer Pause (siehe zuletzt StAnz. 1969 S. 51) eine neue Ergänzungslieferung. Sie enthält als Teil 1 „Gedanken zur Rentenreform“. Auf 15 Seiten werden die entscheidenden Grundlagen der Sozialversicherung dargestellt. Als Teil 2 bringt sie den Wortlaut des 4. Buches der RVO mit Anmerkungen und Durchführungsvorschriften sowie den Text des Arbeiter-Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes mit Anmerkungen. Dem folgt der Abdruck des Rentenversicherungsberichts 1973 der Bundesregierung (Bundestagsdrucks. 7/88). Die entsprechenden ersten Teile des Werkes werden durch die Ergänzungslieferung geschlossen ersetzt.

Die anderen Teile des Bandes sollen bald überarbeitet werden.

Ministerialrat Dr. R e u ß

¹⁾ Wegen der früheren Besprechungen siehe StAnz. 1957 S. 581, 1966 S. 437 und 968, 1959 S. 1019, 1960 S. 1489, 1962 S. 622, 1963 S. 17, 1964 S. 1354, 1965 S. 529, 1966 S. 1053 und 1305, 1968 S. 51.

RVO, Viertes Buch, Rentenversicherung der Arbeiter, Arbeiterrentenversicherung — ArV, 53. Ergänzungslieferung, Stand: 1. Juni 1973. von Dr. F. E t m e r, Vizepräsidenten des Hessischen Landessozialgerichts a. D., Verlag R. S. Schulz, 8000 München 15 und 8136 Percha, Am Starnberger See, Berger Straße 8—10.

Die 53. Loseblattsammlung dient ausschließlich der Ergänzung bündelrechtlicher Gesetze und Bestimmungen sowie der Grünen Inhaltsübersicht. Als ergänzte Vorschriften seien genannt die Richtlinien der Rentenversicherungsträger über die Zuständigkeit für die Gewährung von Regelleistungen nach der RVO, dem AVG und dem RKnG (früher Stuttgarter Abkommen), die Richtlinien für die Zuständigkeit der Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und des Trägers der Rentenversicherung der Angestellten für die Durchführung von Gesundheitsmaßnahmen (früher Halberstädter Abkommen), die Vereinbarung über Zusammenarbeit und Verfahren bei der Arbeits- und Berufsförderung Behinderter (berufliche Rehabilitation) — Frankfurter Vereinbarung —, das Soldatengesetz, Bundesversorgungsgesetz, die Dritte Verordnung über Änderungen der Bezugsgrößen für die Berechnung von Renten in den Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten sowie in der knappschafflichen Rentenversicherung, die RV-Bezugsgrößenverordnung 1973, die einzelnen Bekanntmachungen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung über die Beitragsbemessungsgrenzen für die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, die Dritte Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über das Verfahren bei Anwendung des § 1255 RVO und des § 32 AVG, das Soldatenversorgungsgesetz, die Verordnung zur Ergänzung der Beitragsklassen in den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten, das Zweite Rentenanspassungsgesetz, die Verordnung über die Anerkennung von Systemen und Einrichtungen der sozialen Sicherheit als gesetzliche Rentenversicherungen, die Härtenovelle, das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst, das Arbeitsförderungsrecht, die Verordnung zur Änderung der Verordnung über die von den Trägern der Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten an die Deutsche Bundespost zu zahlende Vergütung für Rentenauszahlungen, die Verordnung über bargeldlose Entrichtung von Beiträgen zur Rentenversicherung der Arbeiter und zur Rentenversicherung der Angestellten und die Datenerfassungsverordnung mit Anlagen.

Regierungsdirektor K n u h r

Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Von Ministerialdirigenten Dr. Bruno S c h m i d t - B l e i b t r e u und Ministerialdirektor Dr. Franz K l e i n. 3. Auflage 1973. 1155 S., 98.— DM. Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied — Berlin.

Die von dem Rezensenten der 1967 erschienenen ersten Auflage dem Kommentar gestellte Prognose, er werde seinen Weg machen (StAnz. 1968 S. 627), hat sich voll erfüllt. 1970 konnte bereits die zweite Auflage (besprochen in StAnz. 1970 S. 1491) erscheinen. Das Werk hat seitdem seinen festen Platz in der Reihe der Grundgesetz-Kommentare und ist für jeden Verfassungsrechtler zu einem wertvollen Hilfsmittel geworden.

Die soeben erschienene dritte Auflage des Kommentars trägt erneut dem Anliegen der Verfasser Rechnung, ein vollständiges Erläuterungswerk vorzulegen. Sie berücksichtigt sämtliche inzwischen erfolgten Änderungen der Verfassung bis zum 31. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. Juli 1972 (BGBl. I S. 1305) und bringt die Darstellung der verfassungsgerichtlichen und höchstgerichtlichen Rechtsprechung, der Gesetzgebung und der Auswahl des Schrifttums auf den neuesten Stand. Besonders verdienstvoll erscheint dem Rezensenten, daß der Zwischenbericht der Enquete-Kommission des Bundestages für Fragen der Verfassungsreform (BT-Drucks. VI 3829) bei der Kommentierung berücksichtigt ist.

Angesichts der Fülle des Gebotenen können im Rahmen einer kurzen Rezension nur einige Schlaglichter gesetzt werden:

- Keine ungeteilte Zustimmung werden die Verfasser finden, wenn sie in der Einleitung (Rdnr. 38) die Auffassung vertreten, in dem Grundvertrag mit der DDR erkenne die Bundesrepublik die Teilung des Deutschen Reiches in zwei Teile an. Mit der Anerkennung der Staatlichkeit der DDR und der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenze ist kein „Spaltungsvertrag“ zustande gekommen. Vielmehr regelt der Vertrag ohne Verstoß gegen das Wiedervereinigungsgebot das besondere Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten im Sinne eines *modus vivendi*. Er löst damit die deutsche Frage nicht, sondern hält sie offen. Der bloße Klammerhinweis auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 enttäuscht.
- Bei den Erläuterungen zu Art. 16 GG (Rdnr. 6) bringt Schmidt-Bleibtreu lediglich zum Ausdruck, nach der Denkschrift der Bundesregierung zum Grundvertrag sollten durch diesen Vertrag Staatsangehörigkeitsfragen weder mittelbar noch unmittelbar berührt werden. Der Leser vermisst — im Gegensatz zu den Ausführungen zum Warschauer Vertrag — eine eindeutige Stellungnahme des Verfassers.
- Besondere Aktualität kommt derzeit der Frage zu, wer die Kosten von EG-Geldleistungsverordnungen zu tragen hat. Klein (Rdnr. 6 zu Art. 104 a) vertritt hierzu die Auffassung, aus dem Schutzgedanken des Art. 104 a Abs. 3 GG ergebe sich, daß die Länder im

Verhältnis zum Bund nicht verpflichtet werden könnten, ein Viertel der Ausgaben oder mehr zu tragen, da eine Zustimmung der Länder zu den EG-Verordnungen nicht vorgesehen sei. Diese Auffassung ist problematisch. Nach herrschender Auffassung sind durch den EWG-Vertrag Hoheitsrechte des Gesamtstaates, also auch solche der Länder, nach Art. 24 GG auf die Gemeinschaft übertragen worden. Auf das Fehlen der Zustimmung des Bundesrates wird man daher nicht abstellen können. Die vom Bund zu Lasten der Länder beauftragte entsprechende Anwendung der Art. 30, 104 a Abs. 1 GG auf EG-Geldleistungsverordnungen ist deshalb abzulehnen, weil das Gemeinschaftsrecht und das innerstaatliche Recht zwei selbständige, voneinander verschiedene Rechtsordnungen sind (BVerfGE 22, S. 296). Daher verbleibt nur die Möglichkeit, die Lücke durch eine sachgerechte Ergänzung der Verfassung zu schließen.

- Voll beizupflichten ist Klein, wenn er die Haftung zwischen Bund und Ländern für eine ordnungsmäßige Verwaltung (Art. 104 a Abs. 5 GG) auf Fälle „gewichtigen Fehlverhaltens“, das etwa der groben Fahrlässigkeit entsprechen soll, beschränkt sehen will (Rdnr. 19 zu Art. 104 a). Allein diese Auslegung trägt dem Umstand Rechnung, daß die Haftung für eine ordnungsmäßige Verwaltung in einem systemgerechten Verhältnis zu den Ingerenrechten des Bundes nach Art. 84, 85 GG stehen muß. Eine Erstreckung der Haftung auf den Bereich des nicht schuldhaften und nur objektiv fehlerhaften Verwaltungshandelns, wie sie der Referentenentwurf eines Ausführungsgesetzes zu Art. 104 a Abs. 5 GG vorsieht, steht daher mit der verfassungsrechtlichen Regelung des Bund/Länder-Verhältnisses nicht in Einklang.

- Nicht überzeugend erscheint die Auffassung Kleins, die im Entwurf eines Steueränderungsgesetzes 1973 (BR-Drucks. 14373) von der Bundesregierung ursprünglich vorgeschlagene zweite Ergänzungsabgabe (Stabilitätsabgabe) sei mangels eines konkreten Finanzbedarfs des Bundes unzulässig (Rdnr. 7 zu Art. 100). Die auf Vorschlag des Vermittlungsausschusses später in einen Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer umgestaltete Abgabe sollte nach dem Willen der Bundesregierung nach ihrer Freigabe einer breit gestreuten Vermögensbildung dienen. Die aus konjunkturellen Gründen gebotene vorläufige Stilllegung einer solchen Abgabe vermag die Verneinung eines Finanzbedarfs des Bundes nicht zu rechtfertigen. Eine andere Auffassung „entspreche einem statischen Haushaltsdenken“. Die Einnahmen des Staates wie auch seine Ausgaben werden „durch langfristige Zielvorstellungen bestimmt“. „Die Entscheidung darüber, welche Aufgaben, insbesondere welche Reformmaßnahmen in Angriff genommen werden und wie sie finanziert werden sollen, gehört zur Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers“ (BVerfGE 32, S. 342 f.).

Allein diese wenigen Beispiele zeigen, daß der klar und übersichtlich gegliederte Kommentar wesentlich mehr bietet als eine „Orientierungshilfe“, wie es die Verfasser in ihrem Vorwort bescheiden bezeichnen. So kann das Werk uneingeschränkt empfohlen werden und darf des Interesses aller, die mit der Verfassung zu arbeiten haben, gewiß sein.

Regierungsdirektor E m r i c h

RVO, Viertes Buch, Rentenversicherung der Arbeiter, Arbeiterrentenversicherung — ArV, 54. Ergänzungslieferung, Stand: 1. Juni 1973. von Dr. F. E t m e r, Vizepräsidenten des Hessischen Landessozialgerichts a. D., Verlag R. S. Schulz, 8000 München 15 und 8136 Percha, Am Starnberger See, Berger Straße 8—10.

In Fortsetzung der vorangegangenen Loseblattsammlung werden durch die 54. Lieferung weitere bundesrechtliche Gesetze und Bestimmungen in der Sammlung veröffentlicht oder ergänzt, so z. B. die Verordnung über das Entrichten von Beiträgen zu den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten bei Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes, die Allgemeine Verwaltungsvorschrift über das Einfordern von Rentenjahresbescheinigungen in den gesetzlichen Rentenversicherungen und in der gesetzlichen Unfallversicherung, die Datenübermittlungs-Verordnung, das Vierte Rentenversicherungs-Änderungsgesetz vom 30. 3. 1973, welches das Rentenreformgesetz vom 18. 10. 1972 insbesondere im Zusammenhang mit der Einführung der flexiblen Altersgrenze wesentlich ändert und ergänzt. An Länderbestimmungen sind die jährlichen Landesverordnungen über die Bewertung der Sachbezüge für die Sozialversicherung, hier der Länder Rheinland-Pfalz und Saarland, und die Fünfzehnte Rentenanspassungsverordnung Hamburgs zu nennen. Es schließt sich der Abdruck der Verordnung Nr. 4 zur Durchführung und Ergänzung der VO Nr. 3 über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer an, soweit eine Vervollständigung erforderlich wurde. An zwischenstaatlichen Abkommen über Soziale Sicherheit sind in der Loseblattsammlung die Niederlande, Schweiz, Türkei und USA durch Zusatzvereinbarungen, Verwaltungsvereinbarungen, Abkommen, Gesetze zu solchen Abkommen, Zusatzabkommen und Bekanntmachungen über das Inkrafttreten derselben berührt. Hervorzuheben ist ein neu bearbeitetes Stichwortverzeichnis. Im übrigen ist wieder die grüne Inhaltsübersicht zu Band I bis VI in sechsfacher Ausfertigung ausgedruckt und aus drucktechnischen Gründen am Schluß der Ergänzungslieferung beigelegt.

Regierungsdirektor K n u h r

Loseblattsammlung der baulichen und sicherheitstechnischen Bestimmungen des vorbeugenden Brandschutzes

Format 17 X 23 cm, Preis: Grundwerk 1. bis 10. Lieferung (ca. 4000 Seiten) mit 11 Plastikordnern DM 440,— einschl. Versandkosten und MwSt.



HERAUSGEBER
VEREINIGUNG ZUR FÖRDERUNG
DES DEUTSCHEN
BRANDSCHUTZES (VFDB) E. V., BONN

Bestellungen erbeten an
Buch- und Zeitschriftenverlag
Kultur und Wissen GmbH & Co KG
62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42
Telefon (0 61 21) 3 96 71

Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER
FÜR DAS LAND HESSEN“

1973

Montag, den 19. November 1973

Nr. 47

Gerichtsangelegenheiten

3830

Widerruf: Die dem Herrn Karl Wolf, geboren am 5. 12. 1919 in Hess. Lichtenau, wohnhaft in 6055 Hausen, Ostendstraße 5, am 12. 5. 1972 erteilte Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten unter Beschränkung auf das Recht der Haftpflicht- und Kraftfahrzeughaftpflichtversicherungsfälle einschließlich deren Regulierung wird hiermit widerrufen.

Der Widerruf erfolgt auf eigenen Antrag des Herrn Karl Wolf.

6050 Offenbach, 1. 11. 1973 **Amtsgericht**

Aufgebote

3831

2 AR 46/73 — **Aufgebot:** Der Magistrat der Stadt Bad Vilbel hat beantragt, für die nachfolgend aufgeführten Grundstücke ein Grundbuchblatt anzulegen und die Stadt Bad Vilbel — als Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Gronau — als Eigentümerin der Grundstücke einzutragen.

Das Grundbuchamt kündigt hiermit an, daß es für die Grundstücke der Gemarkung Gronau

Flur 6, Nr. 78/1, Wasserfläche (n. fl. Gew. III.) Mühlbach, 4826 qm;

Flur 6, Nr. 15/6, Wasserfläche (n. fl. Gew. II.) Nidder, 67 qm;

Flur 6, Nr. 15/13, Wasserfläche (n. fl. Gew. II.) Nidder, 17 qm

Flur 6, Nr. 81/1, Wasserfläche (n. fl. Gew. II.) Nidder, 2851 qm;

Flur 6, Nr. 15/9, Wasserfläche (n. fl. Gew. II.) Nidder, 1655 qm;

Flur 6, Nr. 46/2, Grünland in der Langwiese, 70 qm;

Flur 6, Nr. 47/2, Grünland in der Langwiese, 39 qm;

Flur 24, Nr. 3/9, Unland an der Nidda, 07 qm;

Flur 24, Nr. 3/10, Unland an der Nidda, 14 qm;

Flur 23, Nr. 1/10, Wasserfläche (n. fl. Gew. II.) Nidda, 83 qm;

Flur 24, Nr. 3/1, Wasserfläche (n. fl. Gew. II.) Nidda, 10 168 qm;

Flur 25, Nr. 18/1, Wasserfläche (n. fl. Gew.) Nidda, 12 406 qm;

Flur 7, Nr. 45/2, Wasserfläche (n. fl. Gew. II.) Nidda, 45 qm;

Flur 23, Nr. 1/1, Wasserfläche (n. fl. Gew. II.) Nidda, 3024 qm;

Flur 23, Nr. 1/9, Wasserfläche (n. fl. Gew. II.) Nidda, 787 qm;

Flur 1, Nr. 24/1, Wasserfläche Mühlbach, 4807 qm;

Flur 1, Nr. 22/4, Wasserfläche (n. fl. Gew. II.) Nidda, 327 qm;

ein Grundbuchblatt anlegen wird und die Stadt Bad Vilbel gem. § 5 Hess. Wassetzgesetz als Eigentümerin eintragen wird.

Personen, die das Eigentum in Anspruch nehmen, werden gebeten, ihr Recht innerhalb sechs Wochen anzumelden und glaubhaft zu machen, widrigenfalls ihr Recht bei der Anlegung des Grundbuchs nicht berücksichtigt wird.

6368 Bad Vilbel, 6. 11. 1973 **Amtsgericht**

Güterrechtsregister

3832

GR 182 — 26. 10. 1973: Die Eheleute Hans-Dieter Bross, Inhaber eines Isolierbetriebes in Volkmarshausen, Warburger Straße 20, und Jutta Anna Elisabeth, geb. Abel, ebenda, haben durch Vertrag vom 27. September 1973 Gütertrennung vereinbart.

3548 Arolsen, 26. 10. 1973 **Amtsgericht**

3833

GR 429 — **Neueintragung:** Silbermann, Wolfgang Hans Heinrich, Verkaufsleiter in Bad Hersfeld, und Magdalene geb. Köhl.

Durch Vertrag vom 3. September 1973 ist der gesetzliche Güterstand aufgehoben. Es gilt Gütertrennung.

6430 Bad Hersfeld, 1. 11. 1973 **Amtsgericht**

3834

GR 1995: Die Eheleute Istvan Jonas, Elektriker, und Christa geb. Latza, beide in Seeheim a. d. B., haben durch Vertrag vom 17. 9. 1973 Gütergemeinschaft vereinbart.

GR 1996: Die Eheleute Alfred Heinrich Zeißler, Dreher, und Gerda Helga geb. Schäfer, kaufm. Angestellte, beide in Bickenbach, haben durch Vertrag vom 13. September 1973 Gütergemeinschaft vereinbart.

6100 Darmstadt, 2. 11. 1973 **Amtsgericht**

3835

GR 289 — 25. Oktober 1973: Eheleute Malermeister Hans Gruber und Lieselotte Gruber, geb. Rader, wohnhaft in Niederwalluf, Taunusstraße 12.

Durch Vertrag vom 2. Oktober 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

6228 Eltville, 25. 10. 1973 **Amtsgericht**

3836

GR 232 — **Bekanntmachung** — 6. November 1973: Eheleute Rudolf Schieferstein und Gertrude geb. Schwamm, Eltville, Schwalbacher Straße 6.

Durch Vertrag vom 20. September 1973 ist die Wiederherstellung des gesetzlichen Güterstandes der Zugewinngemeinschaft vereinbart.

6228 Eltville, 6. 11. 1973 **Amtsgericht**

3837

73 GR 13 237: Kaufmann Fritz Gross und Felicia geborene Steinfeld, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 21. August 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 238: Kraftfahrzeughändler Klaus Dieter Michler und Rosemarie Ingeborg Sonja geborene Sojat, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 19. Juli 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 239: Installateur Karl-Heinz Ribbe und Sibille geborene Winkler, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 14. August 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 240: Kraftfahrer Hans Bräuer und Margit geborene Ellermann, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 26. Juli 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 241: Uhrmacher Walter Wilhelm Rudolf Georg Juniewicz und Inge Ilse Maria geborene Klock, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 31. August 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 254: Ingenieur Manfred Uwe Forster und Elfriede geborene Frühbauer, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 28. Mai 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 255: Bankkaufmann Martin Pfaff und Barbara geborene Seeger, Bad Soden (Taunus).

Durch Ehevertrag vom 24. März 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 256: Kaufmann Rolf Karl Friedrich Laukhuff und Doris Sieglinde geborene Führer, Eschborn.

Durch Ehevertrag vom 30. August 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 257: Freischaffender Künstler Reinhard Necas-Niessner und Almut Margarete Elwine geborene Beck, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 18. Juli 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 258: Koch Lutz Bohnstengel und Hildegard geborene Fricke, Bergen-Enkheim.

Durch Ehevertrag vom 23. August 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 259: Filialleiter Arno Born und Gisela Sigrid geborene Funke, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 7. August 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 260: Diplom-Psychologe Horst Spata und Renate geborene Dübler, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 28. August 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 261: Ingenieur Rolf Gerd Meinig und Michèle geborene Forestier, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 26. Juli 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 262: Werbeberater Günter Gröb und Ruth geborene Nickel, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 10. September 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 263: Schlosser Klaus-Dieter Schwelßing und Hermine geborene Wirsching, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 18. Mai 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 265: Student Gunar Schemmann und Ute geborene Körner, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 2. August 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 266: Redakteur Horst Lauenroth und Gisela geborene Keil, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 15. August 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 267: Kaufmännischer Angestellter Hans Philipp Franz Weinem und Inge geborene Levy, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 11. September 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 268: Rechtsanwalt Dr. Josef Polgar und Viorica geborene Farkas, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 28. September 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 269: Zimmermann Günter Rehfeldt und Angelika geborene Tummuscheit, Hattersheim am Main.

Durch Ehevertrag vom 26. April 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 270: Kfz.-Meister Dieter Schäfer und Eleonore Dorothea geborene Schäfer, Bad Soden (Taunus).

Durch Ehevertrag vom 25. Juli 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 271: Kaufmännischer Angestellter Udo Gerhard Bechtoldt und Brigitte geborene Leister, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 27. August 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 272: Kaufmann Mladen Kranjec und Annerose geborene Simon, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 16. Juli 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 273: Bankkaufmann Heinz Köhler und Helga geborene Plein, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 17. Juli 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 274: Elektro-Ingenieur Hans-Joachim Cohrs und Waltraud geborene Söffker, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 20. September 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 275: Verwaltungsangestellter Hermann Strack und Ingeborg geborene Hoffmann, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 20. Juli 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 276: Kaufmann Klaus Peter Vollet und Monika geborene Steinhoff, Eschborn.

Durch Ehevertrag vom 6. Juni 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 277: Kraftfahrer Albert Schröder und Margot Gisela geborene Ackermann, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 20. September 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 278: Ingenieur Erich Ebener und Isolde geborene Strack, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 21. September 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 279: Ingenieur Wolfgang Josef Wilhelm Kremers und Rosa geborene Hofmann, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 6. Oktober 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 280: Kaufmann Konrad Pohl und Renate geborene Schwenk, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 24. Oktober 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 281: Autolackierer Kurt Curtis James Treusch und Gisela geborene Kundermann, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 3. September 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 282: Kaufmann Franz Xavier Kling und Irene Liesbeth geborene Jäger, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 28. September 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 3620A: Rentner Karl Eiser und Elisabeth geborene Wichmann, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 10. September 1973 ist Zugewinngemeinschaft vereinbart.

73 GR 2677A: Rechtsanwalt Dr. Rudolf Hückmann und Anneliese geborene Merz, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 9. Oktober 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 5673A: Kaufmann Heinz Gerhard Petermann und Helga Ellen geborene Wiegand, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 27. Juni 1973 ist die Gütertrennung aufgehoben.

6000 Frankfurt am Main, 5. 11. 1973

Amtsgericht, Abt. 73

3838

GR 1889 — 6. 11. 1973: Dörle, Heinrich, Rentner, Dörle geb. Rieche, Emilie, beide Bad Nauheim, Stadtteil Schwalheim, Wetterstraße 16.

Gütertrennung gemäß Vertrag vom 2. Juli 1973.

GR 1890 — 6. 11. 1973: Höfmann, Armin, Kaufmann, Höfmann geb. Weller, Dagmar, beide Wöllstadt, Ortsteil Nieder-Wöllstadt, Wolfspfad 5.

Gütertrennung durch Vertrag vom 26. Juli 1972.

GR 1891 — 6. 11. 1973: Bechmann, Helmut, Kaufmann, Bechmann geb. Hack, Margarete, beide Niddatal, Stadtteil Kai-chen, Diebseicheweg 1.

Gütertrennung durch Vertrag vom 7. September 1973.

6360 Friedberg, 6. 11. 1973

Amtsgericht

3839

GR 1892 — 8. 11. 1973: Ehmann, Paul, Kraftfahrzeugmechaniker, Ehmann geb. Stamm, Ursula, beide Ober-Mörlen 1, Egerländer Str. 11.

Gütertrennung durch Vertrag vom 19. September 1973.

6360 Friedberg, 8. 11. 1973

Amtsgericht

3840

GR 146 — 26. 10. 1973: Eheleute Elektro-Maschinenbaumeister Harald Bogner und Magdalena, geb. Schweitzer, in Fernwald 2 — Annerod.

Durch Vertrag vom 1. Oktober 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

6300 Gießen, 29. 10. 1973

Amtsgericht

3841

41 GR 1475 — 23. 10. 1973: Eheleute Hotelangestellter Reinhard Hoffmann und Regina geb. Renno in Niederdorfelden haben durch Vertrag vom 2. 8. 1973 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 31. 10. 1973

Amtsgericht, Abt. 41

3842

41 GR 1476 — 23. 10. 1973: Eheleute Diplom-Kaufmann Horst Flach und Doris geb. Fischer in Hochstadt haben durch Vertrag vom 16. 7. 1973 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau/Main, 31. 10. 1973

Amtsgericht, Abt. 41

3843

41 GR 1477 — 23. 10. 1973: Eheleute Chemiker Dr. Axel Kleemann und Antje geb. Obermann in Großauheim haben durch Vertrag vom 18. 9. 1973 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 31. 10. 1973

Amtsgericht, Abt. 41

3844

41 GR 1479 — 23. 10. 1973: Eheleute Taxifahrer Josef Karl Storch und Renate geb. Klaschka, Dörnigheim. Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte zu besorgen, ausgeschlossen.

645 Hanau, 31. 10. 1973

Amtsgericht, Abt. 41

3845

GR 238: Eheleute Schornsteinfeger Gerhard Hermann Laßmann, Hochheim/M., Kauthstraße 1, und Rita Inge Laßmann, geb. Gläser, Niederzuzheim, Am Borngraben 2.

Durch Vertrag vom 22. Juni 1973 ist

Gütertrennung vereinbart.

6203 Hochheim/Main, 17. 10. 1973

Amtsgericht

3846

GR 239: Eheleute Technischer Angestellter Helmut Heimel und Hannelore, geb. Klein, Massenheim, Akazienring 42.

Durch Vertrag vom 17. Juli 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

6203 Hochheim/Main, 22. 10. 1973

Amtsgericht

3847

GR 240: Eheleute Industriekaufmann Lothar Johann Berg und Erika Katharina, geb. Heineremann, Flörsheim/M., Königsberger Str. 15.

Durch Vertrag vom 23. August 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

6203 Hochheim/Main, 22. 10. 1973

Amtsgericht

3848

GR 548: Eheleute Maurer Amandus Gerhard und Rosa, geb. Malkmus, beide in Hünfeld, Hinter der Mühle 1.

Durch Vertrag vom 3. Oktober 1973 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 19. 10. 1973

Amtsgericht

3849

1 GR 326 — Neueintragung: Die Eheleute Steuerbevollmächtigter Helmut Saure, Upland-Usseln, Am Loh 12, und Edith geb. Heymuth haben durch Vertrag vom 20. September 1973 Gütertrennung vereinbart.

3540 Korbach, 26. 10. 1973

Amtsgericht

3850

GR 905 — Neueintragung — 25. Okt. 1973: Klaus Poetter, Vertreter und Sophie Poetter geb. Wagner, beide in Marburg/Lahn, Renthof 8.

Durch notariellen Vertrag vom 14. September 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

3550 Marburg, 25. 10. 1973

Amtsgericht

3851

GR 906 — Neueintragung — 30. Okt. 1973: Nikolaus Tomiuk, Student und Iris Tomiuk geb. Berndt, Sekretärin, beide in Wehrda Krs. Marburg, Unter den Eichen Nr. 33.

Durch notariellen Vertrag vom 25. Juni 1973 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinngemeinschaft aufgehoben worden.

3550 Marburg, 30. 10. 1973

Amtsgericht

3852

GR 186 A — Neueintragung: Adolf Jäger, Kaufmann, und Ehefrau Friedel, geb. Ringshausen, Nidda/Bad Salzhausen, Kurstraße 3—5, haben durch notariellen Vertrag vom 15. 8. 1973 die Gütertrennung aufgehoben.

6478 Nidda 1, 29. 10. 1973

Amtsgericht

3853

Rü GR 285 — Neueintragung — 8. November 1973: Eheleute Schmitt, Hans Winfried und Hilde Else geb. Frankenberger, Rüsselsheim, Weinbergstr. 8.

Durch Vertrag vom 18. 10. 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

609 Rüsselsheim, 8. 11. 1973

Amtsgericht Groß-Gerau

Zweigstelle Rüsselsheim

3854

GR 309 — 10. 10. 1973: Horst Ernst Vatter, Verlagskaufmann und Evelin Vatter geb. Gruchel, beide wohnhaft in 6384 Schmitzen-Oberreifenberg, Feldbergstr. 3b, haben durch Ehevertrag vom 30. Aug. 1973 Gütertrennung vereinbart.

GR 310 — 10. 10. 1973: Ralf Dieter Engelhardt, Maurer und Armgard Engelhardt geb. Neumann, beide wohnhaft in Weilrod-Oberrlauken, Röderweg, haben durch Ehevertrag vom 19. 6. 1973 Gütertrennung vereinbart.

GR 311 — 10. 10. 1973: Karl Heinz Diehl, Industriekaufmann in Wehrheim, Töpferstr. 7, und Gabriele Diehl geb. Frein von Wangenheim in 638 Bad Homburg v. d. H., Viktoriaweg 2, haben durch Ehevertrag vom 28. 6. 1973 Gütertrennung vereinbart.
639 Usingen, 10. 10. 1973 **Amtsgericht**

3855

8 GR 507 — 7. November 1973: Eheleute Kaufmann Bernd Walter Dannewitz und Roswitha Erna Dannewitz geborene Zilliken, wohnhaft in Weilburg/Lahn. Durch Vertrag vom 24. Oktober 1973 ist Gütertrennung vereinbart.
629 Weilburg, 7. 11. 1973 **Amtsgericht**

3856

GR 723: Eheleute Dreher Rainer Schlaudraff und Waltraud Schlaudraff geb. Weidl, 6301 Biebertal 4, OT Fellingshausen, Im Wäldchen 13.

Durch notariellen Vertrag vom 31. Juli 1973 — Urkundenrolle Nr. 395/73 des Notars Otto Klier, Wetzlar — ist Gütertrennung vereinbart.
633 Wetzlar, 19. 10. 1973 **Amtsgericht**

3857

GR 724: Eheleute Kurt Conrady, Dreher, und Heidi Conrady geb. Redhardt, 633 Wetzlar, Magdalenenhäuser Weg 40.

Durch notariellen Vertrag vom 4. Oktober 1973 — Urkundenrolle Nr. 189/73 des Notars Wilhelm Saalbach, Wetzlar — ist Gütertrennung vereinbart.
633 Wetzlar, 19. 10. 1973 **Amtsgericht**

3858

GR 725: Eheleute Hauptmann Wolf Eberhard Poulet und Jutta Poulet geb. Werner, 6336 Solms, Donnersgraben 13.

Durch notariellen Vertrag vom 9. Juni 1973 — Urkundenrolle Nr. 254/73 des Notars Karl Braun, Wetzlar — ist Gütertrennung vereinbart.
633 Wetzlar, 19. 10. 1973 **Amtsgericht**

3859

GR 726: Eheleute Dreher, jetzt Kaufmann, Reinhold Sons und Helga Sons geb. Geus, 6334 Aßlar, Herborner Straße 47.

Durch notariellen Vertrag vom 3. September 1973 — Urkundenrolle Nr. 1125/73 des Notars Theodor Schäfer, Wetzlar — ist Gütertrennung vereinbart.
633 Wetzlar, 25. 10. 1973 **Amtsgericht**

3860

GR 727: Eheleute techn. Angestellter Adolf Thyssen und Ehefrau Gisela Thyssen geb. Müllich, 6301 Launsbach, Kirchstr. 4.

Durch notariellen Vertrag vom 21. September 1973 — Urkundenrolle Nr. 305/73 des Notars Peter Langreuter, Gießen — ist Gütertrennung vereinbart.
633 Wetzlar, 30. 10. 1973 **Amtsgericht**

3861

GR 3387 — 30. 10. 1973: Kruck, Peter Joachim und Iris geb. Groh, Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 27. August 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3388 — 30. 10. 1973: Schmid, Harry und Marion geb. Kröller, Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 4. September 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

6200 Wiesbaden, 5. 11. 1973

Amtsgericht, Abt. 21

3862**Neueintragungen:**

2 GR 407: Bekleidungstechniker Reimund Kutze und Karin Heide-Rose Kutze, geb. Metzke, Hess. Lichtenau, Egerlandstraße 3.

Durch Vertrag vom 16. Juli 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

2 GR 408: Kaufmann Fritz Jürgen Vogel und Sparkassenangestellte Helga Vogel, geb. Franz, Witzenhausen, Eschenbornrasen 16.

Durch Vertrag vom 13. Juni 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

3430 Witzenhausen, 26. 10. 1973

Amtsgericht

Vereinsregister**3863**

VR 1330 — 24. Oktober 1973: Golf-Club Darmstadt in Darmstadt.

VR 1331 — 24. Oktober 1973: „Hessischer Basketball-Verband“ HBV in Darmstadt.

VR 1333 — 29. Oktober 1973: Tennisfreunde der Technischen Hochschule Darmstadt in Darmstadt

VR 1334 — 30. Oktober 1973: Sportfischer- und Jagdschützenverein, ESOC in Darmstadt.

6100 Darmstadt, 2. 11. 1973 **Amtsgericht**

3864

VR 272 — Neueintragung — 5. 11. 1973: Geflügelzuchtverein 1927 e. V., Sitz: Urberach.

6110 Dieburg, 5. 11. 1973 **Amtsgericht**

3865

VR 104 — Neueintragung — 23. 10. 1973: Sängervereinigung Frankenau.

3558 Frankenberg/Eder, 23. 10. 1973 **Amtsgericht**

3866**Neueintragungen**

(mit dem Sitz in Frankfurt am Main):
73 VR 6414 — 9. Okt. 1973: Hessischer Billard-Landes-Verband.

73 VR 6415 — 9. Okt. 1973: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik.

73 VR 6416 — 9. Okt. 1973: „ARMARE“ Taekwon-Do Verein Frankfurt.

73 VR 6417 — 9. Okt. 1973: Bürgerverein Nieder-Eschbach.

73 VR 6418 — 9. Okt. 1973: Verein zur Förderung praxisbezogener Hochschulausbildung.

73 VR 6419 — 9. Okt. 1973: Arbeitskreis zur Demokratisierung und Sozialisation der Stadt- und Umweltplanung.

73 VR 6420 — 9. Okt. 1973: Karnevalverein Fidele Knerzcher.

73 VR 6421 — 9. Okt. 1973: Schutzgemeinschaft ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland.

73 VR 6422 — 9. Okt. 1973: Italienische Evangelisch-Christliche Kirche in Frankfurt/Main (Chiesa Christiana Evangelica Italiana).

73 VR 6423 — 9. Okt. 1973: Arbeiterwohlfahrt Ortsverein Sindlingen.

73 VR 6425 — 9. Okt. 1973: KÄNGURUH INTERNATIONALIS.

73 VR 6426 — 9. Okt. 1973: Automobilclub Verkehr Frankfurt/Main (ACV Ffm.).

73 VR 6427 — 11. Okt. 1973: Beamten-Sport-Schützen-Verein (BSSV).

73 VR 6428 — 9. Okt. 1973: Kinderhaus — Am Weingarten.

73 VR 6429 — 12. Okt. 1973: Club Laetitia.

73 VR 6432 — 19. Okt. 1973: Arbeitsgemeinschaft Luxemburger Allee.

73 VR 6433 — 19. Okt. 1973: Tennis-Verein Frankfurt/Main-Süd (AEG).

73 VR 6434 — 19. Okt. 1973: Kinderladen „Rote Eule“.

73 VR 6435 — 19. Okt. 1973: Motor-Boot-Club Frankfurt im ADAC.

73 VR 6436 — 18. Okt. 1973: Verein zur Pflege der Waldorfpädagogik.

73 VR 6444 — 1. Nov. 1973: Verein der guten Sitten.

73 VR 6445 — 1. Nov. 1973: Salon-Orchester Hedderheim.

73 VR 6446 — 1. Nov. 1973: Bürgervereinigung für offene Jugendarbeit Griesheim.

73 VR 6447 — 1. Nov. 1973: Arbeitsgemeinschaft der Autocordzwrinnereien.

73 VR 6448 — 1. Nov. 1973: Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner (DFG-IdK) Landesverband Hessen.

73 VR 6430 — 17. Okt. 1973: Fußball-sportverein 1910 Bergen-Enkheim, Sitz: Bergen-Enkheim.

73 VR 6431 — 17. Okt. 1973: Jugendclub „Rumpelkeller“, Sitz: Kriftel.

6000 Frankfurt am Main, 5. 11. 1973

Amtsgericht, Abt. 73

3867

VR 395 — Neueintragung: Vogelschutzverein Somborn 1963 eingetragener Verein, Freigericht, Ortsteil Somborn.

6460 Gelnhausen, 13. 10. 1973

Amtsgericht

3868

VR 396 — Neueintragung: Aktionsgemeinschaft Umweltschutz Spessart-Vogelsberg, eingetragener Verein, Gelnhausen.

6460 Gelnhausen, 23. 10. 1973 **Amtsgericht**

3869

VR 397 — Neueintragung: Schutzgemeinschaft der Bauherren, eingetragener Verein, Gelnhausen.

6460 Gelnhausen, 23. 10. 1973 **Amtsgericht**

3870

VR 398: Männergesangverein „Sängerkunst“ Lanzingen eingetragener Verein, Bieber, Ortsteil Lanzingen.

6460 Gelnhausen, 8. 11. 1973 **Amtsgericht**

3871

VR 399 — Neueintragung: Vogelschutzgruppe Niedermittlau eingetragener Verein, Niedermittlau.

6460 Gelnhausen, 8. 11. 1973 **Amtsgericht**

3872

41 VR 603 — 24. 10. 1973: Main-Vogelsberg-Schachverband, Sitz: Hanau/M.

645 Hanau, 25. 10. 1973

Amtsgericht, Abt. 41

3873

VR 162 — Neueintragung: Kleintierzucht-Verein 1938 Wicker e. V. in Flörsheim-Wicker.

6203 Hochheim/Main, 1. 11. 1973

Amtsgericht

3874

5 VR 329 — Neueintragung — 19. 10. 1973: Tauchclub Lampertheim, 684 Lampertheim.

648 Lampertheim, 19. 10. 1973 **Amtsgericht**

3875

VR 899 — Neueintragung: 31. Okt. 1973: BMW-CLUB LAHNTAL-MARBURG in Niederwalgern.

3550 Marburg, 31. 10. 1973 **Amtsgericht**

3876

VR 277 — Neueintragung: Einkaufsverein Druckguß Rhein-Main. Sitz: Nentershausen, Ortsteil Bauhaus.

6442 Rotenburg a. d. F., 7. 11. 1973

Amtsgericht

3877

VR 204 — **Neueintragung** — 2. 11. 1973: Schützenverein Winden, Sitz: 6391 Winden/Ts.

639 Usingen, 2. 11. 1973 **Amtsgericht**

3878

VR 1759 — 30. 10. 1973: Funkrettungsdienst, Wiesbaden.

VR 1760 — 30. 10. 1973: Sängervereinigung Harmonie 1861 Wiesbaden-Erbenheim, Wiesbaden-Erbenheim.

6200 Wiesbaden, 5. 11. 1973 **Amtsgericht**

3879

2 VR 1134 — **Neueintragung**: Bürgerverein Fürstentagen mit dem Sitz in Fürstentagen.

3430 Witzhausen, 24. 10. 1973 **Amtsgericht**

Vergleiche — Konkurse

3880

N 3.1972: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Helmar Bünnecke, Inhaber der Firma Helmar Bünnecke, Reformhaus — Buchhandlung — in Aisfeld, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

632 Aisfeld, 7. 11. 1973 **Amtsgericht**

3881

N 3.73: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Verkaufsfahrers Rolf-Peter Senkbell, Arolsen, ist gemäß § 204 KO eingestellt.

3548 Arolsen, 31. 10. 1973 **Amtsgericht**

3882

N 6.73 — **Beschluß** — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Rudolf Bamberger, Rolladenbau, 3569 Runzhausen, Hauptstraße 74, wird heute am 7. November 1973, 12.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Zum Konkursverwalter ist der Steuerberater Ewald Müller, 3568 Gladenbach, Schillerstraße, ernannt worden. Konkursforderungen sind bis zum 30. Dezember 1973 beim Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 11. Dezember 1973, 10.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 8. Januar 1974, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Biedenkopf, Hainstraße Nr. 72, 1. Stock, Zimmer Nr. 110.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 1. Dezember 1973 anzeigen.

356 Biedenkopf, 7. 11. 1973 **Amtsgericht**

3883

61 N 65.73 — **Beschluß**: In dem Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Südostdeutschen Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH, 61 Darmstadt, Adalungsstraße 16, vertr. durch die Geschäftsführer Franz Tachtler und Josef Penninger, ist der Beschluß vom 25. Oktober 1973, durch den das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Gemeinschuldnerin eröffnet worden ist, mit Beginn des 2. November 1973 rechtskräftig und damit wirksam geworden.

In Ergänzung dieses Beschlusses wird angeordnet:

Rechtsanwalt Rüdiger Moufang, 61 Darmstadt, Mathildenplatz 8, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 15. 1. 1974 bei Gericht in doppelter Ausfertigung anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines neuen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134, 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände:

Donnerstag, d. 13. Dezember 1973, 13.30 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Donnerstag, d. 7. Februar 1974, 13.30 Uhr, vor dem Amtsgericht in Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stock, Saal 506.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an die Schuldnerin verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Konkursverwalter bis 1. Dezember 1973 anzeigen. Es wird Postsperrung verhängt.

6100 Darmstadt, 5. 11. 1973 **Amtsgericht, Abt. 61**

3884

61 N 64.73 — **Konkursverfahren**: Über das Vermögen der Firma Adam Creter, Darmstadt, in 61 Darmstadt, Kiesstraße 21, wird heute, am 7. November 1973, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Firma zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. G. Mittelstädt, 61 Darmstadt, Hülgelstraße 67, Tel.: 2 48 40. Konkursforderungen sind bis zum 10. Januar 1974 beim Gericht in doppelter Ausfertigung anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Donnerstag, den 6. Dezember 1973, 14.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Donnerstag, den 31. Januar 1974, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Darmstadt, Mathildenplatz Nr. 12, I. Stockwerk, Zimmer Nr. 506.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 30. 11. 1973 anzeigen.

6100 Darmstadt, 7. 11. 1973 **Amtsgericht, Abt. 61**

3885

81 N 121.73 — **Beschluß**: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 3. 11. 1972 in Frankfurt (Main), Am Weigelsgarten, seinem letzten Wohnsitz, verstorbenen Philipp Adam Jünger wird nach abgehaltenem Schlußtermin hiermit aufgehoben, § 163 KO.

6000 Frankfurt am Main, 24. 10. 1973 **Amtsgericht, Abt. 81**

3886

81 N 402.73 — **Beschluß**: Der das Konkursverfahren über das Vermögen der Contract Baugesellschaft Jungel und Hasrich Gesellschaft mit beschränkter Haftung, 6238 Hofheim/Taunus, Am Römerlager 16, eröffnende Beschluß des Amtsgerichts Frankfurt/Main vom 24. Oktober 1973 ist durch sofort wirksamen Be-

schluß des Landgerichts Frankfurt am Main vom 29. 10. 1973 aufgehoben — 2/9 T 1060/73.

6000 Frankfurt/Main, 5. 11. 1973 **Amtsgericht, Abt. 81**

3887

81 N 146.73 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Karola Hermann, 6242 Kronberg (Ta.), Am Schafhof 13, Inhaberin eines Textileinzelhandelsgeschäftes für Kinderbekleidung, 6 Frankfurt (Main), Münchener Str. Nr. 10, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Prüfung nachträglicher Forderungsanmeldungen anberaumt auf den 14. Dezember 1973, 10.45 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstr. 2, Saal 137, Geb. B, I. Stock. Für den Verwalter werden festgesetzt: a) Vergütung auf 2300,— DM, b) Auslagen auf 114,40 DM zuzüglich 5,5% Ausgleich für Mehrwertsteuer.

6000 Frankfurt am Main, 5. 11. 1973 **Amtsgericht, Abt. 81**

3888

81 N 220.73 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Anke Adams GmbH, 6 Frankfurt (Main), Kaiserstr. 70, wird zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 14. Dezember 1973, 9.45 Uhr vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Gerichtsstr. 2, Saal 137, Geb. B, I. Stock, anberaumt.

6000 Frankfurt am Main, 6. 11. 1973 **Amtsgericht, Abt. 81**

3889

81 N 302.70 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Klaus-Dietrich Nickel, Frankfurt/Main, Am Atzelberg 6, wird zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 7. Dezember 1973, 10.45 Uhr vor dem Amtsgericht Frankfurt/Main, Gerichtsstr. 2, Saal 137, Gebäude B, anberaumt.

6000 Frankfurt/Main, 6. 11. 1973 **Amtsgericht, Abt. 81**

3890

81 N 146.73: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Karola Hermann, 6242 Kronberg/Ts., Am Schafhof 13, Inhaberin eines Textileinzelhandelsgeschäftes für Kinderbekleidung, 6 Frankfurt am Main, Münchener Str. 10, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Es stehen hier 9153,40 DM zur Verfügung, von denen noch die Kosten des Verfahrens und die Masseverbindlichkeiten abgehen. Es sind zu berücksichtigen Vorrechte I/I 3644,24 DM, Vorrechte I/II 10 834,61 DM, Vorrechte I/III 45,— DM und nicht bevorrechtigte Forderungen in Höhe von 44 990,79 DM. Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main offen.

6000 Frankfurt, 8. 11. 1973
Der Konkursverwalter:
Helmut Burghardt
Rechtsbeistand

3891

42 N 21.70: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der am 5. August 1966 in Gießen verstorbenen, zuletzt in Großen-Linden wohnhaft gewesenen Anna Brückel geborene Wolf soll die Schlußverteilung stattfinden. Verfügbar sind 2338,03 DM. Zu berücksichtigen sind Gerichtskosten in Höhe von ca. 1500,— DM und die Vergütung und Auslagen der Verwalter in Höhe von zusammen 850,— DM. Weitere bevor-

rechtigte und nicht bevorrechtigte Forderungen sind nicht zu berücksichtigen. Schlußrechnung, Schlußbericht, Verzeichnis der nicht verwertbaren Sachen und Belege sind auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) in Gießen — Aktz.: 42 N 21/70 — niedergelegt.

6300 Gießen, 6. 11. 1973

Der Konkursverwalter:
Helmut B e c h t
Rechtsanwalt

3892

5 N 16/72: Im Konkursverfahren über den Nachlaß der am 10. 11. 1972 verstorbenen Lehrerin Ursula Bartels, Steinbach/Dill bei dem Amtsgericht in Dillenburg — 5 N 16/72 — stehen für die Verteilung im Schlußtermin am 20. 12. 1973 4797,27 DM zur Verfügung. Die Summe der zu berücksichtigenden Konkursforderungen beläuft sich auf 98 944,18 DM.

6348 Herbörn, 8. 11. 1973

Der Konkursverwalter:
H. Wienecke
Rechtsanwalt u. Notar

3893

5 N 25/73 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Frank Panienska, Stadt Allendorf, ist an Stelle des bisherigen Konkursverwalters Rechtsanwalt Simon, Stadt Allendorf, der Rechtsanwalt und Notar Hans Martzloff, Kirchhain, bestellt worden. Der auf den 28. November 1973 anberaumte Prüfungstermin wird aufgehoben. Neuer Prüfungstermin wird auf den 19. Dezember 1973, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kirchhain, Niederrheinische Straße, Zimmer 20, anberaumt. Weiterer Tagesordnungspunkt: Gläubigerversammlung, insbesondere Wahl eines Gläubigerausschusses.

357 Kirchhain, 7. 11. 1973

Amtsgericht

3894

1 N 6/73 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 29. 3. 1973 verstorbenen Schreinermeisters August Juppe, zuletzt wohnhaft gewesen in Korbach-Eppe, ist Schlußtermin auf den 14. Dezember 1973 — 14.00 Uhr — im Gerichtsgebäude Korbach, Hagenstr. 2, Zimmer Nr. 8, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis.

Es sind festgesetzt: die Vergütung des Konkursverwalters auf 300,— DM, seine Auslagen auf 45,— DM.

354 Korbach, 3. 11. 1973

Amtsgericht

3895

1 N 20/73 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen der Firma FROSTEX Feinkost-Produktions- u. Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Korbach, Flechtendorfer Straße 71 — 1 HRB 51 — vertreten durch ihren Geschäftsführer Kaufmann Manfred Schaumburg in Kassel wird heute, am 7. November 1973, 10.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsbeistand Karl-Heinz Willich, 352 Hofgelsmar, Postfach Nr. 1128, Tel.: (0 56 71) 26 64.

Konkursforderungen sind bis zum 25. Januar 1974 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 27. November 1973, 10.40 Uhr, Prüfungstermin am 11. Februar 1974, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Korbach, Hagenstraße Nr. 2, Erdgeschoß, Zimmer Nr. 8.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 26. November 1973 ist angeordnet.

354 Korbach, 7. 11. 1973 Amtsgericht, Abt. 1

3896

7 Vn 2/73 — **Beschluß:** In dem Vergleichsverfahren der Fa. Pivoda, Inh. Hans Pivoda KG, Lampertheim. Der Kaufmann Hans Pivoda aus Lampertheim, Falterweg Nr. 5—7, geb. am 22. 6. 1912, alleiniger persönlich haftender Gesellschafter der Firma Bekleidungswerk Lampertheim Hans Pivoda KG, daselbst, hat durch einen am 7. 11. 1973 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens über die Firma Bekleidungswerk Lampertheim Hans Pivoda KG zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen der Firma beantragt.

Gemäß § 11 VglO wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens Rechtsanwalt und Notar Dieter Ahlheim, Lampertheim, Ernst-Ludwig-Straße 40, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Folgende Verfügungsbeschränkungen werden der Schuldnerin auferlegt:

1. Es wird gegen die Schuldnerin heute um 12.00 Uhr ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.
2. Der Schuldnerin wird verboten, über das im Grundbuch von Lampertheim, Band 68, Bl. 3854, eingetragene Grundstück, Flur 2 Nr. 712/5, Hof- und Gebäudefläche Falterweg 2, zu verfügen.
3. Über Vermögensgegenstände darf die Schuldnerin nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters verfügen; Verbindlichkeiten darf sie nur mit dessen Zustimmung eingehen.

6840 Lampertheim, 7. 11. 1973 Amtsgericht

3897

7 N 23/73 — **Beschluß — Konkursverfahren:** Über das Vermögen des Kfz-Mechanikers Friedrich Kegler in Limburg/Lahn, Frankfurter Straße 30, wird heute, am 5. November 1973, 11.45 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschaftschuldner dies wegen nachgewiesener Zahlungsunfähigkeit beantragt hat.

Der Rechtsanwalt Gerd Lawall in Limburg/Lahn, Werner-Senger-Straße 25, wird zum Konkursverwalter bestellt.

Konkursforderungen sind bis zum 5. Dezember 1973 bei dem Gericht in zwei Stücken anzumelden.

Es wird Termin anberaumt zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Konkursverwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses, gegebenenfalls über die in § 132 KO bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Mittwoch, den 19. Dezember 1973, 14.00 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschaftschuldner zu verabfolgen oder zu leisten und die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 19. 12. 1973 Anzeige zu machen.

6250 Limburg/Lahn, 5. 11. 1973 Amtsgericht

3898

7 N 10/71 — **Beschluß:** Im Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Hannelore Fischer, geb. Decker, Cappel, jetzt Wiesbaden, wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens

mangels Masse (§ 204 KO), zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen und zur Anhörung über die Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters Termin auf den 3. 1. 1974, 10.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht zu Marburg/L., Universitätsstr. 48, Zimmer 157, bestimmt.

3550 Marburg/Lahn, 29. 10. 1973

Amtsgericht, Abt. 7

3899

7 N 84/73 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen der Firma Nekubau GmbH, Heusenstamm, Dietzenbacher Str. 1, vertr. d. d. Geschäftsführer Rüdiger Kunzelmann, daselbst, ist am 6. 11. 1973, 16.00 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter: RA Ulrich Kneller, Bischofsheim, Hintergasse Nr. 13.

1. Gläubigerversammlung: Mittwoch, 16. 1. 1974, 10.00 Uhr, Prüfungstermin: 27. 2. 1973, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Offenbach/M., Gebäude B, Kaiserstraße 18, Zimmer 410.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 20. 12. 1973.

605 Offenbach/Main, 6. 11. 1973

Amtsgericht

3900

7 N 105/73 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen der Firma Schako-Bau GmbH, Neu-Isenburg, Offenbacher Str. 99, vertr. d. d. Geschäftsführer Kaufmann Helmut Giehr, Mühlheim/M., Körnerstr. Nr. 22, u. Kaufmann Hans Musken, Neu-Isenburg, Karl-Ulrich-Str. 49, ist am 6. 11. 1973, 14.35 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter: Karl Polkin, Offenbach/M., Frankfurter Str. 61.

1. Gläubigerversammlung: Mittwoch, 16. 1. 1974, 8.15 Uhr, Prüfungstermin: 27. 2. 1974, 8.15 Uhr, vor dem Amtsgericht in Offenbach/M., Kaiserstr. 18, Gebäude B, Zimmer 410.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 20. 12. 1973.

605 Offenbach/Main, 6. 11. 1973

Amtsgericht

3901

N 7/73 — **Beschluß — Nachlaßkonkursverfahren:** Über den Nachlaß des Ingenieurs Gebhardt Herbert Rudolf Auerswald, geboren am 18. 11. 1919, zuletzt wohnhaft gewesen in Rotenburg-Lispenshausen, Bahnhofstr. 45, gestorben am 2. 6. 1973 in Edesheim, wird heute, am 8. November 1973, 10.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Nachlaßpfleger Karl Walper, Rotenburg a. d. F., Gartenstraße 6, dies wegen nachgewiesener Überschuldung des Nachlasses beantragt hat.

Der Obergerichtsvollzieher i. R. Ernst Bonnet in Bad Hersfeld, Thorner Str. 1, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 7. Dezember 1973 bei dem Gericht in 2 Stücken anzumelden. Vertreter von Gläubigern haben ihre Vollmacht mit einzureichen oder diese spätestens im Termin vorzulegen.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubiger-Ausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 21. Dezember 1973, 9.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht (Weidenberggasse 1), Sitzungssaal Nr. 1, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig

sind, wird aufgegeben, nichts mehr an die Erben zu vererben oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 7. Dezember 1973 Anzeige zu machen.

6442 Rotenburg, 8. 11. 1973 Amtsgericht

3902

3 VN 2/73 — Beschluß — Vergleichsverfahren: Der Bauunternehmer Heinz Klunzbach, 6331 Rechtenbach, Dorfstraße 58, hat am 6. 11. 1973 Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen gestellt.

Gemäß § 11 Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Berthold Wudtke, Wetzlar, Karl-Kellner-Ring 29, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Über Vermögensgegenstände darf der Schuldner nur mit Zustimmung des vorläufigen Vergleichsverwalters verfügen. Verbindlichkeiten darf er nur mit dessen Zustimmung eingehen.

633 Wetzlar, 6. 11. 1973 Amtsgericht

Zwangsvorsteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

3903

K 39/72: Die im Grundbuch von Merlau, Band 7, Blatt 313, eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Merlau,

lfd. Nr. 9, Flur 2 Nr. 114, Ackerland beim Pfaffensteg, Größe 22,47 Ar,

lfd. Nr. 10, Flur 2, Nr. 115, Ackerland daselbst, Größe 22,69 Ar,

lfd. Nr. 12, Flur 2, Nr. 271, Betriebsgelände, Flensunger Weg 81, Größe 79,18 Ar, lfd. Nr. 13, Flur 2, Nr. 272, Hof- und Gebäudefläche, Flensunger Weg 83, Größe 10,73 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 16. Januar 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Alsfeld, Amthof Nr. 12, Zimmer Nr. 4, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. Sept. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Zimmermann Helmut Röhrig, Merlau.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: Flur 2, Nr. 114, auf 9000,— DM, Flur 2, Nr. 115, auf

9000,— DM, Flur 2, Nr. 271, auf 100 000,— D-Mark und Flur 2, Nr. 272, auf 60 000,— D-Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

632 Alsfeld, 6. 11. 1973 Amtsgericht

3904

4 K 34/73: Die im Grundbuch von Kleinhausen, Band 26, Blatt 1451, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 2, Gemarkung Kleinhausen, Flur Nr. 1, Flurstück 32/3, Bauplatz, Peterstraße (jetzt: Hof- und Gebäudefläche, Peterstraße 19), Größe 12,10 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Kleinhausen, Flur Nr. 1, Flurstück 902 2, Weg, Peterstraße, Größe 0,57 Ar,

sollen am 9. Januar 1974, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer Nr. 203, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. Oktober 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maria Roth geb. Wörtge, Einhausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

614 Bensheim, 5. 11. 1973 Amtsgericht

3905

4 K 23/73: Das im Grundbuch von Fehlheim, Band 25, Blatt 1057, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Fehlheim, Flur 1, Flurstück 233, Hof- und Gebäudefläche, Schulstraße 10, Größe 7,53 Ar,

soll am 9. Januar 1974, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße Nr. 26, Zimmer Nr. 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. Mai 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Elektriker Rudi Edgar Krieger, b) dessen Ehefrau Margarete Krieger geb. Lambert,

beide in Bensheim-Fehlheim, je zur ideellen Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 5. 11. 1973 Amtsgericht

3906

4 K 25/73: Das im Grundbuch von Auerbach, Band 81, Blatt 3751, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Auerbach, Flur 4, Flurstück 281, Hof- und Gebäudefläche, Drosselweg 22, Größe 1,57 Ar,

und der im selben Grundbuchblatt eingetragene $\frac{1}{4}$ (ein Achtel) Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Auerbach, Flur 4, Flurstück 278, Wegefläche, In den Zeilbäumen, Größe 1,07 Ar,

sollen am 16. Januar 1974, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße Nr. 26, Zimmer Nr. 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. Juni 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Gerda Wiegand geb. Leiser, Bensheim-Auerbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 5. 11. 1973 Amtsgericht

3907

4 K 35/72: Das im Grundbuch von Heppenheim, Band 11, Blatt 930, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Heppenheim, Flur Nr. 46, Flurstück 84, Ackerland (Weingarten), In der Bombach und Blinzig, Größe 7,50 Ar,

soll am 16. Januar 1974, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. August 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Nikolaus Schmitt I., Rentner und Landwirt, Heppenheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 9. 11. 1973 Amtsgericht

3908

K 8/73: Die im Grundbuch von Oberdieten, Band 18, Blatt 633, eingetragene Grundstücke

lfd. Nr. 10, Gemarkung Achenbach, Flur Nr. 3, Flurstück 114, Lieg.-B. 616, Nadelwald, Kriegshain, Größe 4,93 Ar,

lfd. Nr. 11, Gemarkung Wolzhausen, Flur Nr. 5, Flurstück 35, Lieg.-B. 404, Wald (Holzung), Auf'm Kahn, Größe 4,63 Ar,

lfd. Nr. 38, Gemarkung Oberdieten, Flur Nr. 3, Flurstück 44, Lieg.-B. 562, Betriebsgelände, Raiffesenstraße, Größe 23,46 Ar,

lfd. Nr. 39, Gemarkung Oberdieten, Flur Nr. 3, Flurstück 50, Lieg.-B. 562, Betriebsgelände, Raiffesenstraße, Größe 26,68 Ar,

lfd. Nr. 40, Gemarkung Oberdieten, Flur Nr. 8, Flurstück 98, Lieg.-B. 562, Ackerland, Heiligenstock, Größe 39,57 Ar,

lfd. Nr. 41, Gemarkung Oberdieten, Flur Nr. 8, Flurstück 261, Lieg.-B. 562, Ackerland, Hochwald, Größe 53,08 Ar,

lfd. Nr. 42, Gemarkung Oberdieten, Flur Nr. 2, Flurstück 45, Lieg.-B. 562, Bauplatz, Hofackerstraße 18, Größe 6,97 Ar,

lfd. Nr. 43, Gemarkung Oberdieten, Flur Nr. 2, Flurstück 99, Lieg.-B. 562, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 44, Größe 6,38 Ar,

lfd. Nr. 44, Gemarkung Oberdieten, Flur Nr. 7, Flurstück 72, Lieg.-B. 562, Wiese, Fortwiesen, Größe 46,29 Ar.

sollen am Dienstag, dem 15. Januar 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf/Lahn, Hainstraße 72, Zimmer Nr. 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. Februar 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Steinmetz Heinrich Otto Zilliox in Oberdieten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 9. 11. 1973 Amtsgericht

3909

K 37/73: Das im Grundbuch von Erdhausen, Band 12, Blatt 454, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Erdhausen, Flur Nr. 14, Flurstück 70, Hof- und Gebäudefläche, Schneebergstraße 4, Größe 5,42 Ar,

soll am Dienstag, dem 22. Januar 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf/Lahn, Hainstraße 72, Zimmer Nr. 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. August 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Hausfrau Elfriede Benath geborene Subel in Erdhausen,

b) Gastwirt Heinrich Schorge in Erdhausen,

— zu a) und b) zu je $\frac{1}{2}$ —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 9. 11. 1973 Amtsgericht

3910

61 K 12/73: Das im Grundbuch von Griesheim, Band 115, Blatt 6409, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 3, Gemarkung Griesheim, Flur 1, Flurstück 950/2, Lieg.-B. 3185, Hof- und Gebäudelfläche Schaafgasse 9, Größe 9,88 Ar,

soll am 24. Januar 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz Nr. 12, Saal 506, I. Stock, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. 2. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bäcker Heinrich Löw in Griesheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 1. 10. 1973

Amtsgericht, Abt. 61

3911

61 K 30/73: 1. Die Verfahren 61 K 38/73 u. 61 K 30/73 werden gem. § 18 ZVG verbunden zur gemeinsamen Versteigerung. Das Verfahren wird unter 61 K 30/73 fortgeführt.

2. Das im Grundbuch von Griesheim, Band 176, Blatt 8395, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Griesheim, Flur 8, Flurstück 95, Hof- und Gebäudelfläche Sandgasse 86, Größe 3,16 Ar,

soll am 31. Januar 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz Nr. 12, I. Stock, Saal 506, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. 5. 1973 bzw. 25. 6. 1973 (Tage der Versteigerungsvermerke):

a) Bauunternehmer Hans Rühl, geb. 29. 3. 1931, Griesheim, Friedrich-Ebert-Straße Nr. 41,

b) dessen Ehefrau Anneliese Rühl geb. Worzischek, geb. 2. 12. 1933, wohnhaft daselbst, zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 31. 10. 1973

Amtsgericht, Abt. 61

3912

31 K 53/72: Die im Grundbuch von Habitzheim, Band 23, Blatt 1208, eingetragenen Grundstücke

Ifd. Nr. 3 Gemarkung Habitzheim, Flur Nr. 2, Flurstück 146/1, Hof- und Gebäudelfläche, Ringstr. 2, Größe 35,65 Ar,

Ifd. Nr. 4, Gemarkung Habitzheim, Flur Nr. 2, Flurstück 193/1, Bauplatz, Ringstr., Größe 37,51 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 6. 2. 1974, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstraße Nr. 31, Zimmer Nr. 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. September 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maurer Friedrich Ambrosius Pfuhl in Habitzheim.

Der Wert der Grundstücke wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

a) bzgl. Flur 2 Nr. 146/1 auf 347 000,— DM,

b) bzgl. Flur 2 Nr. 193/1 auf 55 000,— DM.

Bieter müssen u. U. 1/10 ihres Bargebots im Termin als Sicherheit einzahlen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 31. 10. 1973

Amtsgericht

3913

31 K 41/73: Das im Grundbuch von Münster, Band 61, Blatt 2687, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Münster, Flur 13, Flurstück 603, Hof- und Gebäudelfläche, Berliner Str. 59, Größe 8,16 Ar,

soll am Mittwoch, 9. 1. 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstr.

Nr. 31, Zimmer Nr. 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 19. 7. 73 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ingeborg Gräf geb. Dincher, Dieburg, Konviktsweg 18.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 186 280,— D-Mark.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin 1/10 ihres Bargebots als Sicherheit in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 2. 11. 1973

Amtsgericht

3914

8 K 53/72: Die im Grundbuch von Weidelbach, Band 15, Blatt 506, eingetragenen Grundstücke

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Weidelbach, Flur Nr. 6, Flurstück 100, Grünland, im Übrigen, 4. Gew., Größe 5,35 Ar,

Ifd. Nr. 4, Gemarkung Weidelbach, Flur Nr. 10, Flurstück 199/40, Grünland, Altwies, 3. Gew., Größe 6,34 Ar,

Ifd. Nr. 8, Gemarkung Weidelbach, Flur Nr. 18, Flurstück 333/206, Ackerland, am Buchenweg, Größe 4,36 Ar,

Ifd. Nr. 10, Gemarkung Weidelbach, Flur Nr. 6, Flurstück 26, Grünland, Keuteltwiese, Größe 8,08 Ar,

Ifd. Nr. 11, Gemarkung Weidelbach, Flur Nr. 12, Flurstück 71, Ackerland, Hainhecke, 1. Gew., Größe 7,22 Ar,

Ifd. Nr. 12, Gemarkung Weidelbach, Flur Nr. 15, Flurstück 233/177, Hof- und Gebäudelfläche, Mühlweg 30—38, Größe 2,79 Ar,

Ifd. Nr. 19, Gemarkung Weidelbach, Flur Nr. 7, Flurstück 116, Ackerland, oberm Halbersweg, 2. Gew., Größe 5,08 Ar,

Ifd. Nr. 20, Gemarkung Weidelbach, Flur Nr. 10, Flurstück 200/40, Grünland, Altwies, 3. Gew., Größe 6,59 Ar,

Ifd. Nr. 22, Gemarkung Weidelbach, Flur Nr. 18, Flurstück 262, Ackerland, Homberg, Größe 7,63 Ar,

Ifd. Nr. 23, Gemarkung Weidelbach, Flur Nr. 17, Flurstück 240, Ackerland, Buchenweg, Größe 8,34 Ar,

Ifd. Nr. 24, Gemarkung Weidelbach, Flur Nr. 10, Flurstück 53, Grünland, Altwies, 2. Gew., Größe 7,44 Ar,

sollen am 16. Januar 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. Oktober 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Maschinist Bernd Hofheinz und Brunhilde, geb. Weber, Weidelbach — zu je 1/2 Anteil —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6340 Dillenburg, 31. 10. 1973

Amtsgericht

3915

8 K 43/71: Die im Grundbuch von Eiershausen, Band 32, Blatt 1231, eingetragenen Grundstücke

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Eiershausen, Flur Nr. 11, Flurstück 47, Hof- und Gebäudelfläche, Friedhofstr. 65, Größe 2,38 Ar,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Eiershausen, Flur Nr. 11, Flurstück 345/45, — desgl. —, Größe 0,51 Ar,

Ifd. Nr. 3, Gemarkung Eiershausen, Flur Nr. 14, Flurstück 143, Ackerland am Breitenstück 1. Gew., Größe 4,66 Ar,

Ifd. Nr. 4, Gemarkung Eiershausen, Flur Nr. 1, Flurstück 59, Grünland Simmersbach, Größe 6,32 Ar,

sollen am 16. Januar 1974, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg durch

Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. 8. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Hilfsarbeiter Franz Stoll, Eiershausen.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

Ifd. Nr. 1 = 19 034,— DM

Ifd. Nr. 2 = 408,— DM

Ifd. Nr. 3 = 139,80 DM

Ifd. Nr. 4 = 189,60 DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6340 Dillenburg, 7. 11. 1973

Amtsgericht

3916

84 K 34/73 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Unterliederbach des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Abt. Höchst, Band 77, Blatt 2086, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Unterliederbach, Flur 17, Flurstück 75/11, Hof- und Gebäudelfläche, Ibellstraße 12, Größe 2,79 Ar, am Montag, dem 4. Februar 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Gerichtsstraße Nr. 2, Zimmer Nr. 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. Mai 1973 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): a) Malermeister Gerhard Meissner, Köppern, b) Ingeborg Meissner geb. Löh, Frankfurt/Main-Unterliederbach, — je zu 1/2 —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 165 850,— D-Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (Main), 30. 10. 1973

Amtsgericht, Abt. 84

3917

84 K 31/73 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Niederhöchst des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abt. Höchst, Band 3, Blatt 141, eingetragenen Grundstücks

Ifd. Nr. 20, Gemarkung Niederhöchst, Flur 2, Flurstück 273/19, Hof- und Gebäudelfläche Mühlstraße 11, Größe 7,22 Ar, am Mittwoch, dem 13. Februar 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstraße Nr. 2, Zimmer Nr. 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 16. 4. 1973 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Frau Margarete Boje geborene Müller.

Der Wert der ideellen Grundstückshälfte ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 126 800,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (Main), 31. 10. 1973

Amtsgericht, Abt. 84

3918

84 K 62/72: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 19, Band 8, Blatt 301, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 3, Gemarkung 1, Flur 280, Flurstück 127/23, Hof- und Gebäudelfläche Oberlindau 108, Größe 5,10 Ar, am Donnerstag, 24. Januar 1974, 9.00 Uhr im Gerichtsgebäude B, Frankfurt am Main, Gerichtsstr. 2, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. Juli 1972 (Versteigerungsvermerk eingetragen):

Anna Elisabeth genannt Anneliese Bodanowski geb. Böker in Frankfurt am Main.
Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 952 000,— D-Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 7. 11. 1973

Amtsgericht, Abt. 84

3919

5 K 62/72: Das im Grundbuch von Fulda-Horas, Band 23, Blatt 801, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Horas, Flur 2, Flurstück 120/10, Hof- und Gebäudefläche, Niesiger Straße 100, Größe 7,82 Ar,

soll am 3. Januar 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstraße Nr. 38, Zimmer 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. Oktober 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Friseur Erwin Sebott in Fulda-Horas.

Der Verkehrswert des Grundstücks ist auf 193 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6100 Fulda, 8. 11. 1973

Amtsgericht

3920

2 K 20/73: Das im Grundbuch von Nauheim, Band 64, Blatt 2832, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 15, Gemarkung Nauheim, Flur 4, Flurstück 143/1, Ackerland, im Feldchen, Größe 22,48 Ar,

soll am 22. Januar 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude-Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Str. 4, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 3. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Erwin Bolbach, 6085 Nauheim, Hügelstr. 10.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 5. 11. 1973

Amtsgericht

3921

2 K 10/73 — **Beschluß:** Die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Grebenstein, Band Nr. 49, Blatt 1536, eingetragenen Grundstücks

lfd. Nr. 1, Gemarkung Grebenstein, Flur Nr. 21, Flurstück 75/2, Lieg.-B. 2798, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 40, Größe 3,50 Ar,

soll am 25. Januar 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Straße Nr. 8, Zimmer Nr. 26, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 22. Mai 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): für diese Grundstückshälfte: Frau Hedwig Ziegner geb. Weishaupt in Grebenstein.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 26 900,— D-Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3520 Hofgeismar, 9. 10. 1973

Amtsgericht

3922

K 10/72: Das im Grundbuch von Wölf, Band 12, Blatt 331, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wölf, Flur 7, Flurstück 29, Hofraum, im Dorf, Größe 9,35 Ar, sowie das im Grundbuch von Steinbach, Band 27, Blatt 875, eingetragene Erbbaurecht an dem Grundstück Steinbach, Flur 3, Flurstück 19/11, Hof- und Gebäudefläche, Josef-Schuchardt-Straße 14, Größe 24,47 Ar,

soll am 24. Januar 1974, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6418 Hünfeld, Hauptstraße Nr. 24, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. Juli 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Motoren Schlosser Ernst Seiler in Wölf.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 4300,— D-Mark. Der Wert des Erbbaurechts ist festgesetzt auf 93 991,20 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6418 Hünfeld, 8. 11. 1973

Amtsgericht

3923

64 K 94/73: Das im Grundbuch von Kirchditmold, Band 13, Blatt 322, eingetragene Grundstücks-Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 3, Gemarkung Kirchditmold, Flur C, Flurstück 311/1, Lieg.-B. 254, Hof- und Gebäudefläche, Riedelstr. 24, Größe 4,34 Ar,

soll am 29. Januar 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. Nr. 9, Zimmer 143 (Saalbau), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. August 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Elektrotechniker Horst Klaus Biermann in Kassel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 7. 11. 1973

Amtsgericht, Abt. 64

3924

64 K 42/73: Die im Grundbuch von Hohenkirchen, Band 27, Blatt 863, eingetragene Miteigentumshälfte an dem Grundstück Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 2, Gemarkung Hohenkirchen, Flur 7, Flurstück 72/1, Lieg.-B. 1084, Hof- und Gebäudefläche, Erbsgasse 3, Größe 11,88 Ar,

soll am 22. Januar 1974, 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. Nr. 9, Zimmer 143 (Saalbau), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer der zur Versteigerung anstehenden Miteigentumshälfte am 25. Mai 1973 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Dachdecker August Otto in Espenau 2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 7. 11. 1973

Amtsgericht, Abt. 64

3925

64 (51) K 9/72: Die im Grundbuch von Helsa, Band 30, Blatt 1319, eingetragenen Grundstücke Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 9, Gemarkung Helsa, Flur 22, Flurstück 6/1, Wasserfläche (Fabrikgraben), das Triesch, Größe 5,16 Ar,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Helsa, Flur 22, Flurstück 10/1, Lieg.-B. 703, Betriebsgelände, Gartenland, Sportplatzweg 13—19, Größe 152,81 Ar,

sollen am 30. Januar 1974, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. Nr. 9, Zimmer 106, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 15. 2. 1973 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Emil Seifert Söhne in Helsa (Sitz der Hauptniederlassung ist Marienberg, Sachsen).

Die Landeszentralbank in Hessen — Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank — Frankfurt a. M., hat mit Bescheid vom 9. Juni 1972 — Az.: 71/1/72 — die

devisenrechtliche Genehmigung zur Zwangsversteigerung der Grundstücke erteilt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 8. 11. 1973

Amtsgericht, Abt. 64

3926

9 K 28/73: Die im Grundbuch von Schönberg/Taunus, Band 22, Blatt 708, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Schönberg, Flur 4, Flurstück 11/10, Hof- und Gebäudefläche Margarethenstraße 10, Größe 2,87 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 4, Flurstück 187/070, Hof- und Gebäudefläche daselbst, Größe 0,09 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 4, Flurstück 11/9, Gartenland Margarethenstraße, Größe 1,78 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 4, Flurstück 11/3, Hof- und Gebäudefläche Margarethenstr. 10, Größe 3,70 Ar,

sollen am 13. Februar 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Nebengebäude Georg-Pingler-Straße 19, Sitzungszimmer, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 4. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Hausfrau Anna Reder geb. Borchert in Schönberg-Taunus, Am Hang 16.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 644 000,— D-Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6240 Königstein/Taunus, 6. 11. 1973

Amtsgericht

3927

7 K 71/72 — **Beschluß:** Die Hälften der im Grundbuch von Wetter, Band 46, Blatt 1813, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wetter, Flur 24, Flurstück 771/247, Gebäudefläche, Hospitalstraße 9, Größe 0,05 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Wetter, Flur 24, Flurstück 247/1, Hof- und Gebäudefläche, Hospitalstraße 11, Größe 2,31 Ar,

sollen am 7. März 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude zu Marburg/Lahn, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. Januar 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schuhmacher Heinrich Halmich, Wetter.

Der Wert der Grundstückshälften wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt.

lfd. Nr. 1 = 1000,— DM; lfd. Nr. 2 = 9000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 30. 10. 1973

Amtsgericht

3928

7 K 51/67 und 7 K 16/73 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Amönau, Band 27, Blatt Nr. 991, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Amönau, Flur 15, Flurstück 8/14, Hof- und Gebäudefläche, An der Koppe, Größe 3,89 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Amönau, Flur 15, Flurstück 8/15, Hofraum, An der Koppe, Größe 0,54 Ar,

sollen am 24. Januar 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude zu Marburg/Lahn, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer:

a) am 20. Juni 1966, (Tag des Versteigerungsvermerks),

b) am 25. September 1973.

a) Former Ernst Chaborski, Amönau, zur Hälfte,

b) dessen Ehefrau Rosemarie Chaborski geb. Schmidt, Amönau, zur Hälfte.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt. Lfd. Nr. 1 = 39 800,— DM, lfd. Nr. 2 = 200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 5. 11. 1973 Amtsgericht

3929

K 40/72: Die im Grundbuch von Höchst/Odw., Band 44, Blatt 1962, eingetragenen Grundstücke Gemarkung Höchst,

lfd. Nr. 1, Flur 1 Nr. 646/3, Hof- und Gebäudefläche, Bismarckstr. 8, Größe 2,92 Ar, lfd. Nr. 2, Flur 1 Nr. 646/4 desgl., daselbst, 6,81 Ar,

sollen am 12. Febr. 1974, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Michelstadt, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. Sept. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Katharina Wörle, geb. Mengler.

Wert gem. § 74 a ZVG: lfd. Nr. 1: 200 000,— DM, lfd. Nr. 2: 62 000,— DM, Sa.: 262 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6120 Michelstadt, 2. 11. 1973 Amtsgericht

3930

7 K 391/73: Zur Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Lämmerspiel, Band 63, Blatt 2205, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Lämmerspiel,

lfd. Nr. 1, Flur 6 Nr. 194/1 LB 206, Hof- und Gebäudefläche Mühlheimer Str. 34, Größe 1,07 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 6 Nr. 199/1 LB 206, Hof- und Gebäudefläche Mühlheimer Str. 34, Größe 2,41 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 6 Nr. 193/1 LB 206, Grünland auf den Dicesheimer Wald, 4,73 Ar, lfd. Nr. 4, Flur 6 Nr. 196 LB 206, Grünland daselbst, Größe 1,03 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 6 Nr. 197 LB 206, Grünland daselbst, Größe 2,09 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 6 Nr. 198, LB 206, Grünland daselbst, Größe 2,09 Ar, am Mittwoch, dem 16. 1. 1974, 11.00 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Kaiserstraße 18, Gebäude B, Zimmer 611, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer z. Z. des Versteigerungsvermerks (11. 10. 1973): a) Benroth geb. Zentgraf, Lilli Franziska, Mühlheim/M., b) Dey geb. Zentgraf, Christa, Katharina, Lämmerspiel in Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach/Main, 5. 11. 1973 Amtsgericht, Abt. 7

3931

2 K 22/73: Die im Grundbuch von Ennerich, Band 16, Blatt 533, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 9, Gemarkung Ennerich, Flur 2, Flurstück 223/1, Hof- und Gebäudefläche Limburger Straße 28, Größe 16,40 Ar,

lfd. Nr. 10, Flur 2, Flurstück 223/2, Ackerland Limburger Straße, Größe 21,43 Ar, sollen am 11. Januar 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Weilburg, Mauerstr. 25, Zimmer 24, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 9. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Elektromeister Hermann Döldey und Ehefrau

Luise geb. Krömmelbein in Ennerich zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6290 Weilburg, 23. 10. 1973 Amtsgericht

3932

3 K 36 + 37/73: Die im Grundbuch von Wetzlar, Band 200, a) Blatt 7129, b) Blatt 7136, c) Blatt 7138, d) Blatt 7141, eingetragenen Wohnungseigentumsrechte

zu a): 733/10 000 (I. W. Siebenhundertdreißig/Zehntausendstel Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Wetzlar, Flur 11, Flurstück 77/1, Hof- und Gebäudefläche, Philosophenweg 36, Größe 10,84 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 1 bezeichneten Wohnung im Kellergeschoß. Die Wohnfläche beträgt 48,50 qm.

Wert: 40 000,— DM.

zu b): 788/10 000 (I. W. Siebenhundertachtundachtzig/Zehntausendstel Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Wetzlar, Flur 11, Flurstück 77/1, Hof- und Gebäudefläche, Philosophenweg 36, Größe 10,84 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 4 a bezeichneten Wohnung im Dachgeschoß. Die Wohnfläche beträgt 54 qm.

Wert: 42 800,— DM.

zu c): 1400/10 000 (I. W. Eintausendvierhundert/Zehntausendstel Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Wetzlar, Flur 11, Flurstück 77/1, Hof- und Gebäudefläche, Philosophenweg 36, Größe 10,84 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 5 a bezeichneten Wohnung im Dachgeschoß. Die Wohnfläche beträgt 98 qm.

Wert: 76 200,— DM.

zu d): 629/10 000 (I. W. Sechshundertundneunundzwanzig/Zehntausendstel Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Wetzlar, Flur 11, Flurstück 77/1, Hof- und Gebäudefläche, Philosophenweg 36, Größe 10,84 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 8 bezeichneten Wohnung im Dachgeschoß. Die Wohnfläche beträgt 42 qm.

Wert: 34 000,— DM.

sollen am 9. Januar 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, Saal 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. 7. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Kaufmann Josef Karl Günter Bersch, b) seine Ehefrau Ursula geb. Schäfer in Lollar zu je 1/2.

Beschluß: Die Werte der Wohnungseigentumsrechte werden nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf die oben angegebenen Beträge auf Grund der ortserichterlichen Schätzung vom 21. August 1973 gegenüber allen Verfahrensbeteiligten festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 2. 11. 1973 Amtsgericht

3933

1 K 15/73: Die im Grundbuch von Rommerode, Band 33, Blatt 1043, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rommerode, Flur Nr. 5, Flurstück 198/1, Ackerland und Hutung, der Rehsberg, Größe 39,26 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Friedrichsbrück, Flur 1, Flurstück 2/4, Ackerland und Grünland, das alte Feld, Größe 18,00 Ar,

sollen am 16. Januar 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Witzenhausen, Walburgerstraße 38, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. Juli 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Rentner Karl Ludwig in Bad Sooden-Allendorf,

2. Kraftfahrer August Wilhelm Ludwig in Rommerode,

3. Krankenpfleger Willy Ludwig in Malvern-Link/England,

4. Angestellter Helmut Ludwig in Hess. Lichtenau,

5. Ehefrau Leni Geiger in Bergheim,

6. Ehefrau Elly Gnauck geb. Oetzel in Rommerode,

7. Schlosser Georg Herbert Oetzel in Hausen,

8. Kreisoberinspektor Hermann Willi Oetzel in Hausen,

9. Rentner Heinrich Karl Otto Oetzel in Hausen,

10. Bergmann Otto Krugmann in Großalmerode,

11. Ehefrau Johanna Elisabeth Wenzel geb. Lüther, verwitwete Ludwig in Hess. Lichtenau,

— in ungeteilter Erbengemeinschaft —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

3430 Witzenhausen, 6. 11. 1973 Amtsgericht

3934

2 K 32/72 — Beschluß: Das im Grundbuch von Breuna, Band 48, Blatt 2027, zur ideellen Hälfte des Rudolf Götte eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Breuna, Flur 10, Flurstück 36/2, Hof- und Gebäudefläche, Am Rottwege Haus Nr. 25¹/₄, Größe 4,00 Ar, soll am 12. Februar 1974, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Wolfhagen, Gerichtsstraße Nr. 5, Zimmer Nr. 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. Februar 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Maurer Rudolf Götte und

b) Ehefrau Gerlinde Götte, geb. Rest, aus Breuna — je zur ideellen Hälfte —.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 2400,— D-Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

3549 Wolfhagen, 7. 11. 1973 Amtsgericht

Anzeigenschluß
jeden Montag
um 14.00 Uhr
für die am
 darauffolgenden
Montag
erscheinende
Ausgabe des
Staats-Anzeigers

Andere Behörden und Körperschaften

3935**Vorhaben der Firma CABOT in Großauheim**

Die Firma CABOT GmbH in Großauheim hat die Erteilung einer gewerberechtlichen Genehmigung zur Umstellung ihrer Produktions- und Nebeneinrichtungen von Butan auf Erdgas auf dem Werksgelände in der Gemarkung Großauheim, Flur C. beantragt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 16 der Gewerbeordnung (GewO) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der VO über die Zuständigkeit nach §§ 16, 25 Gewerbeordnung vom 15. Mai 1972 (GVBl. I S. 123) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Gemäß § 17 Abs. (2) der Gewerbeordnung wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von vierzehn Tagen nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Nach Ablauf der Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der genannten Zeit beim Magistrat der Stadt Großauheim in Großauheim, Haggasse 1, Zimmer A 7, zur Einsicht offen.

Großauheim, 30. 10. 1973

Der Magistrat
VII 133 — 00

3936**Änderung der Satzung der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD)**

Der Verwaltungsrat der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung hat in seiner 8. Sitzung am 14. März 1973 beschlossen, die Satzung der HZD vom 22. Januar 1970 (StAnz. S. 953) wie folgt zu ändern:

§ 5 Abs. 3 Ziff. 10 erhält folgenden Wortlaut:

„Die Beschlüsse des Koordinierungsausschusses, die den Belangen der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung zuwiderlaufen und gegen die der Vorstand der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung Einwendungen erhoben hat.“

§ 7 erhält einen (neuen) Absatz 4 mit folgendem Wortlaut:

„Einwendungen nach Abs. 2 Ziff. 6 sind zur Einleitung einer Entscheidung nach § 5 Abs. 3 Ziff. 10 der Satzung dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats binnen vier Wochen zuzuleiten.“

§ 8 erhält folgenden Wortlaut:

„Abs. 1: Der Vorsitzende des Vorstands führt die laufenden Geschäfte und vertritt die Körperschaft nach außen. Das hauptamtliche Vorstandsmitglied ist sein ständiger Vertreter.“

Abs. 2: Erklärungen, durch die die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind nur rechtsverbindlich, wenn sie vom Vorsitzenden bzw. seinem ständigen Vertreter und einem weiteren Mitglied des Vorstands unterzeichnet sind.“

Abs. 3: unverändert

Abs. 4: unverändert

Abs. 5: unverändert

Die Hessische Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 23. Juli 1973 diese Änderungen gemäß § 15 des Gesetzes über die Errichtung der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) und Kommunalen Gebietsrechenzentren (KGRZ) vom 16. Dezember 1969 (GVBl. I S. 304) genehmigt.

Wiesbaden, 29. 10. 1973

**Hessische Zentrale
für Datenverarbeitung**
Der Vorsitzende des Vorstands
00 0 00 04

3937**Genehmigung zur Erweiterung des Linienverkehrs von Knüllwald nach Borken**

Die dem Unternehmen

**Erbengemeinschaft Hehr, Omnibusbetrieb,
3589 Knüllwald, Ortsteil Ellingshausen,**

am 17. 2. 1970 erteilte Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG

**von Knüllwald, Ortsteil Ellingshausen,
nach Borken, Stadtteil Lendorf**

habe ich heute auf die Einbeziehung des Ortes Wabern, Ortsteil Uttershausen, erweitert.

Kassel, 11. 10. 1973

Der Regierungspräsident
III/4 b — 66 f 02—07 B

3938**Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs innerhalb der Gemeinde Tann/Rhön**

Der

**Deutschen Bundesbahn, Bundesbahndirektion Kassel in
Kassel,**

habe ich heute die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gem. § 42 PBefG

von a) Tann

b) Tann

nach a) Tann

b) Tann,
Ortsteil Neuswärts

über a) Tann, Ortsteil Aura, Ortsteil Neuschwambach, Ortsteil Altschwambach, Ortsteil Untersrückersbach, Ortsteil Oberrückersbach, Ortsteil Schwarzenborn, Ortsteil Esbachsgraben, Ortsteil Habel, Ortsteil Mollartshof

b) Tann,
Ortsteil Günthers

befristet bis zum 31. August 1981 unter folgenden Bedingungen und Auflagen erteilt:

Der Fahrplan, dem die Genehmigungsbehörde zugestimmt hat, ist einzuhalten.

Gemäß § 2 Abs. 2 PBefG wird die Betriebsführung auf den Omnibusunternehmer Alfred Leubecher in Tann übertragen.

Kassel, 17. 10. 1973

Der Regierungspräsident
III/4 b — 66 f 02—03 B

3939**Genehmigung zur Erweiterung des Linienverkehrs von Eichenberg nach Walburg**

Die der

Deutschen Bundesbahn — BD Kassel —

am 10. 10. 1969 erteilte Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG

von Eichenberg (Bf) nach Walburg (Bf)

habe ich heute auf die Einbeziehung der Orte Uengsterode, Friedrichsbrück und Hess.-Lichtenau erweitert.

Auflage:

Die Bedienung des Verkehrs von Rommerode über Friedrichsbrück nach Hess. Lichtenau und zurück ist nur solange zulässig, wie das Einvernehmen der Firma Gebr. Friedrich OHG, Großalmerode, vorliegt.

Kassel, 9. 10. 1973

Der Regierungspräsident
III/4 b — 66 f 02-03 B**3940****Genehmigung der Erweiterung des Linienverkehrs von Eschwege nach dem Sender Hoher Meißner**

Die der

Oberpostdirektion Frankfurt/Main

am 21. Januar 1969 erteilte Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG

von Eschwege nach dem Sender Hoher Meißner

habe ich heute durch Einbeziehung des Ortes Wehretal, Ortsteil Reichensachsen, erweitert.

Auflage:

Die Bedienung des Verkehrs über die L 3403 von Reichensachsen nach Eschwege ist nur solange zulässig, wie das Einverständnis der Firma Eschweger Kraftverkehr Adam Meister vorliegt.

Kassel, 11. 10. 1973

Der Regierungspräsident
III/4 b — 66 f 02-01 B**Öffentliche Ausschreibungen****3941****Darmstadt:** Die Bauleistungen zum Ausbau der Landesstraße Nr. 3103 zwischen Bundesstraße 3 und Kreuzung Landesstraße Nr. 3100, einschl. Ortsdurchfahrt Jugenheim, zwischen Bau-km 0,000 bis Bau-km 1,281 sowie Bau-km 0,000 bis Bau-km 0,586 und Bau-km 13 480 bis Bau-km 13 850, sollen vergeben werden.**Leistungen u. a.:**

15 000 qm	Waldfläche roden
30 000 cbm	Boden lösen
10 000 qm	Fahrbahnaufbruch
500 lfd. m	Schleuderbetonrohre ϕ 1000
14 000 qm	Bodenverfestigung mit Zement
10 000 qm	Schottertragschicht
3 300 t	bit. Tragschicht
4 000 qm	Asphaltbinder 0/22
23 000 qm	Asphaltbinder 0/16 und Asphaltbeton 0/8 mm
2 000 lfd. m	Entwässerungsrinne mit Hochbordsteinen in Beton

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 250 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 19. 11. 1973 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 13,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto Nr. 35 599-602 beim Postscheckamt Frankfurt/M. mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen L 3103, Jugenheim“.

Eröffnung: Mittwoch, den 5. 12. 1973, 10.00 Uhr.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 18 Werktage.

6100 Darmstadt, 5. 11. 1973 Hessisches Straßenbauamt**3942****Marburg:** Die Bauleistungen für den Ausbau der Landesstraße Nr. 3048 Umgehung Hachborn, Bau-km 0,000 bis 2,760 im Landkreis Marburg sollen vergeben werden.**Die Arbeiten umfassen im wesentlichen:**

100 000 cbm	Erdbewegung
15 000 cbm	Frostschutzmaterial d. K. 0/45 mm
26 000 qm	bit. Tragschicht (15 cm dick) und Decke (9 cm dick)
21 000 qm	Betonfahrbahndecke (20 cm dick) (alternativ)

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 450 Werktage.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Gebühr von 20,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Marburg/Lahn, Gutenbergstraße 29, Postscheckkonto Frankfurt (Main), Nr. 6758-604 oder bei der Kreissparkasse Marburg, Konto Nr. 26, einzuzahlen.

Meldeschluss am 23. 11. 1973.**Eröffnungstermin:** 13. 12. 1973, 10.00 Uhr, im Zimmer 14 des Hessischen Straßenbauamtes Marburg/Lahn, Ketzlerbach 11.**Zuschlags- und Bindefrist:** 13. 1. 1974.**355 Marburg/Lahn, 7. 11. 1973 Hessisches Straßenbauamt****3943****Schotten:** Die Bauleistungen für den Neubau der Rombachunterführung bei Fraurombach, Bau-km 1 + 999,00 im Zuge der L 3176 sollen vergeben werden. Lichte Weite = 7,00 m, Lichte Höhe = 3,95 m.**Leistungen u. a.:**

rd. 1850 cbm	Baugrubenaushub
rd. 900 cbm	Bauwerkshinterfüllung
rd. 770 cbm	Beton- u. Stahlbeton
rd. 70 t	Betonstahl IIIb
rd. 850 qm	Schutzanstrich
rd. 370 qm	Imprägnierung
rd. 370 qm	Mastix-Abdichtung
rd. 370 qm	Gußasphalt-Schutzschicht
rd. 575 qm	Sohl- u. Böschungspflaster

Bauzeit: 140 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 28. 11. 1973 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 13,— DM, die nicht zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Gießen, Postscheckkonto Frankfurt Nr. 39 312 mit Angabe der Zweckbestimmung.

Eröffnungstermin am 4. 12. 1973, 11.00 Uhr, im Hess. Straßenbauamt Schotten, Vogelsbergstraße 51.**Zuschlags- und Bindefrist: 3 Monate.****6479 Schotten, 8. 11. 1973 Hessisches Straßenbauamt**

3944

Darmstadt: Für die Errichtung der Rodaubrücke — K 147 — im Zuge der B 45 (BAB) Weiskirchen—Dieburg sollen folgende Bauleistungen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

ca. 1550 cbm Erdaushub
ca. 640 cbm Stahlbeton
ca. 60 t Stahl I und III
und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 170 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis 28. 11. 1973 anzufordern; sie werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 30,— DM portofrei zugestellt.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Darmstadt, Neckarstraße 3a, Postscheckkonto Frankfurt/Main Nr. 35 599-602 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 8. 1. 1974 um 11.00 Uhr im Sitzungszimmer (Nr. 206) des Straßen-Neubauamtes Hessen-Süd, Darmstadt, Schottener Weg 5.

Zuschlags- und Bindefrist: 15. 3. 1974.

61 Darmstadt, 8. 11. 1973 **Straßen-Neubauamt Hessen-Süd**

3945

Schotten: Die Bauleistungen für den Ausbau (Fahrbahnverbreiterung und Linienkorrektur) der K 109 zwischen Lanzenhain und Herbstein von km 2+266—km 3+380 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

1 300 cbm Mutterboden abtragen
10 000 cbm Boden lösen
3 500 t Abraumschotter
2 000 t Steinerde
200 lfd. m Sickerleitung NW 100 mm
1 000 lfd. m Sickerleitung NW 150 mm
1 700 lfd. m Sickerleitung NW 250 mm
12 000 t Basaltmaterial d. K. 0/56 mm
6 000 t bit. Tragschicht d. K. 0/32 mm
19 000 qm Asphaltbinder d. K. 0/16 mm
19 000 qm splittarm. Asphaltbeton d. K. 0/8 mm

Bauzeit: 11. Oktober 1974.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 22. 11. 1973 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 10,— DM, die nicht zurück-erstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Gießen, Postscheckkonto Frankfurt Nr. 39 312 mit Angabe der Zweckbestimmung.

Eröffnungstermin am 29. November 1973, um 11.30 Uhr, im Hessischen Straßenbauamt Schotten, Vogelsbergstraße 51.

Zuschlags- und Bindefrist: 3 Monate.

6479 Schotten, 6. 11. 1973 **Hessisches Straßenbauamt**

3946

Schotten: Die Bauleistungen für den Ausbau der K 236 Odf. Altenstadt, von km 3+380—4+180 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

2100 cbm Boden lösen
1400 t Abraumschotter
4200 t Basaltmaterial
4700 qm bit. Tragschicht d. K. 0/22 mm
4700 qm Asphaltbinder d. K. 0/16 mm
4800 qm splitt. Asphaltbeton d. K. 0/8 mm
450 qm Rinnenplatten liefern und verlegen
1500 qm Gehwegplatten
1400 lfd. m Betonhochbordsteine
100 qm Verbundsteinbelag

Bauzeit: 190 Werktage

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 22. 11. 1973 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 9,— DM, die nicht zurück-erstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Gießen, Postscheckkonto Frankfurt Nr. 39 312 mit Angabe der Zweckbestimmung.

Eröffnungstermin am 29. 11. 1973 um 11.00 Uhr im Hess. Straßenbauamt Schotten, Vogelsbergstraße 51.

Zuschlags- und Bindefrist: 3 Monate.

6479 Schotten, 6. 11. 1973

Hessisches Straßenbauamt

3947

Bei dem

Staatlichen Rechnungsprüfungsamt Darmstadt

sind drei Stellen mit

Prüfungsbeamten

(Bes.-Gr. A 11, spätere Aufstiegsmöglichkeit gegeben)

zu besetzen.

Für die Stellen kommen ein Forstbeamter (Außen- oder Innendienst) und zwei Beamte der Allgemeinen Verwaltung in Betracht. Die Bewerber sollen gründliche Kenntnisse auf dem Gebiet des gesamten Verwaltungsdienstes, insbesondere des Haushalts-, Kas- sen- und Rechnungswesens besitzen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an den **Leiter des Staatlichen Rechnungsprüfungsamtes Darmstadt,** 61 Darmstadt, Neckarstraße 4—6.

Allgemeine Bergverordnung

für das Land Hessen
- ABV vom 6. 6. 1968

Herausgeber
Hessisches Oberbergamt
Zu beziehen bei

Juch Jno Zeitschriftenverlag
Kultur und Wissen
GmbH & Co KG
12 Wiesbaden Wilhelmstr. 42

Reklamationen

bei Ausbleiben des Staats-Anzeigers sofort an die Postanstalt richten, von der die Zustellung erfolgt. Nachlieferung durch den Verlag gegen Entrichtung der Gebühren lt. Impressum.

*wir kaufen:
Feuerwehr-
fahrzeuge
Drehleitern
Anhängelleitern
Zubehör
auch älter und reparatur-
bedürftig. Angebote an
A.P.A., 66 Saarbrücken,
Am Römerkastell
4*

Der „Staats-Anzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 18,80 (einschließlich 5/4% = 0,98 DM MWST.) Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gantz für den übrigen Teil Karl Blum. Wiesbaden Verlag Buch und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG, 62 Wiesbaden Postfach 1329 Post-scheckkonto Frankfurt M. Nr. 143 60-603 Bankkonto Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 800 Druck: Pressehaus Giesel Nacht 62 Wiesbaden. Anzeigenannahme und Ver-

trieb: Staats-Anzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon Sa.-Nr. 3 95 71, Fernschreiber 04 186 648 Preis von Einzelstücken bis 32 Seiten Umfang DM 1,90 bis 40 Seiten DM 3,00, bis 48 Seiten DM 4,50 über 48 Seiten DM 5,00 Die Preise verstehen sich einschließlich Versandspesen und 5/4 Prozent Mehrwertsteuer Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt M. 143 60-603 Anzeigenschluß 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 10 vom 1. 4. 1973. Der Umfang dieser Ausgabe beträgt 40 Seiten.